

A stylized world map composed of a grid of dots in various shades of gray, with several dots highlighted in red. The map is centered behind the title text.

Chinas gesellschaftliche Transformation

Entwicklungen, Trends und Grenzen

THOMAS HEBERER UND ARMIN MÜLLER

Januar 2017

- Der Wandel der chinesischen Gesellschaft seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik lässt sich nur aus dem Wechselspiel zwischen der politischen Agenda des chinesischen Entwicklungsstaats und dem rasanten ökonomischen Modernisierungsprozess der letzten 35 Jahre begreifen.
- Der chinesische Staat fungiert demnach heute nicht einfach als »Entwicklungsagentur«, sondern zugleich als politischer Unternehmer und politischer Architekt, der funktionierende Strukturen schaffen und das Land entwickeln will. Von daher ist der Partei-Staat im gegenwärtigen China eine Entwicklungsagentur mit »infrastruktureller Macht«. Auch der chinesische Staat ist auf die Einbindung gesellschaftlicher Gruppen angewiesen, verfügt aber gleichzeitig über ein hohes Maß an Kontroll- und Repressionspotenzial.
- Im Zentrum der Studie steht die soziale Frage. Der chinesische Entwicklungsstaat hat weltweit einzigartige Erfolge hinsichtlich Armutsbekämpfung und Wohlstandsgewinn für Hunderte Millionen von Menschen erzeugt. Allerdings ging das rasante Wirtschaftswachstum auch mit stark anwachsender sozialer Ungleichheit einher. Trotz des Ausbaus der sozialen Sicherungssysteme können diese elementaren Lebensrisiken bisher nur bedingt schützen, insbesondere auf dem Land. Insofern steht der chinesische Entwicklungsstaat vor der großen Herausforderung der Umstrukturierung des Wirtschafts- und Sozialmodells.
- Ob es angesichts der sozioökonomischen Herausforderungen und des zu beobachtenden Wertewandels sowie des Wandels der Familienstrukturen ausreicht, mithilfe rein effizienzgetriebener Reformen diesen sozialen und ökonomischen Transformationsprozess zu gestalten, ist eine offene Frage. Weitergehende politische Reformen sind jedenfalls aus Sicht der Autoren kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten.

Vorwort	3
Zusammenfassung	4
1. Einführung: Kernpunkte der Wandlungsprozesse seit Beginn der Reformeinleitung (1978)	5
2. Einschätzung der Funktion des Staates und des Verhältnisses Staat und Gesellschaft	7
2.1 Die Funktion des chinesischen Staates als »Entwicklungsstaat« (<i>developmental state</i>) und die Folgen für Politik und Gesellschaft	7
2.2 Staatskapazität als zentraler Faktor für einen Entwicklungsstaat 3.0	10
2.3 Interaktion zwischen zwei Formen des Entwicklungsstaates: Der zentrale und der lokale Staat	10
2.4 Multiple Modi der Regierungsführung, Krisenprävention und Sicherstellung von Stabilität	11
2.5 Die relative Legitimität des chinesischen Entwicklungsstaates	13
2.6 Modifizierung des Entwicklungsmodells: Das neue Reformprogramm der 3. Plenartagung des XVIII. Zentralkomitees vom November 2013	14
3. Staat und Gesellschaft: Die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen	15
3.1 Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Strukturen	15
3.2 Vereinigungen, Verbände, NGOs	17
3.3 Das Internet als öffentlicher Raum	19
3.4 Bildet sich in China eine Zivilgesellschaft heraus?	21
4. Kontrolle der Gesellschaft	21
5. Wertewandel und -orientierung	24
6. Soziale Entwicklungs- und Problemfelder	28
6.1 Soziale Ungleichheit als Ergebnis des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells	28
6.2 Neue Mittelschichten	31
6.3 Armut und soziale Ungleichheit	33
6.4 Das chinesische Bildungssystem	34
7. Urbanisierung und Migration	35
7.1 Das <i>hukou</i> -System und die Trennung von Stadt und Land	36
7.2 Migration, Industrialisierung und Urbanisierung in der Reformperiode	37
8. Verhältnis von Individuum, Familie und Gesellschaft	39
8.1 Chinesische Familie aus historischer Perspektive	39
8.2 Ehe, Familie und Sexualität im Kontext der Modernisierung	41
8.3 Soziale Sicherung durch die Familie und demografischer Wandel	43



9. Aufbau eines modernen sozialen Sicherungssystems	44
9.1 Soziale Sicherung zwischen Planwirtschaft und Reformperiode (bis ca. 2000)	45
9.2 Die Reform der sozialen Sicherung in der Reformperiode	47
10. Die ethnische Komponente des politischen Systems	49
11. Fazit	53
Literatur	57

Vorwort

Die Volksrepublik China ist in den letzten drei Jahrzehnten in atemberaubendem Tempo zur zweitgrößten Wirtschaftsnation aufgestiegen. In den internationalen Beziehungen wird China inzwischen nicht nur von außen als unverzichtbarer regionaler und globaler Akteur wahrgenommen. Auch auf den verschiedenen politischen Ebenen in Peking wird immer deutlicher und selbstbewusster ein internationaler Führungs- und Gestaltungsanspruch formuliert. Dabei gilt auch in China, dass das Handeln auf der internationalen Bühne von innenpolitischen Faktoren und Abwägungen beeinflusst wird. Auch deshalb lohnt es sich, die komplexen Dynamiken in der chinesischen Gesellschaft in den Blick zu nehmen.

Als die Friedrich-Ebert-Stiftung vor über 30 Jahren begann, die chinesische Reform- und Öffnungspolitik mit Dialog- und Beratungsaktivitäten zu begleiten, ging es auch um die Grundwerte der Sozialen Demokratie, denen die Stiftung in ihrer Arbeit im In- und Ausland verpflichtet ist. Gleichwohl gelang es, einen vertrauensvollen und offenen Austausch zwischen deutschen und chinesischen Gesprächspartnern zu ermöglichen – auch und gerade zu politisch schwierigen Themen und in schwierigen Zeiten. Dieser Anspruch gilt bis heute. Dabei beobachten wir, wie unter der Führung von Präsident Xi Jinping eine neue Phase der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik eingeleitet wurde. Es ist weitestgehend unstrittig, dass die davon ausgehenden Veränderungen nicht nur in China selbst, sondern auch in den internationalen Beziehungen mit neuen Herausforderungen verbunden sind. Noch ist jedoch unklar, welches Ausmaß diese Veränderungen und Herausforderungen annehmen werden. Hier setzt die vorliegende Studie an.

Die Autoren verfolgen dabei keinen normativen, sondern einen analytischen Ansatz. Auf der Grundlage einer intensiven empirischen Beschäftigung mit den gesellschaftspolitischen Veränderungsprozessen in China haben sie sich für den Analyserahmen des „Entwicklungsstaats“ entschieden, um das politische System Chinas und seine Dynamiken zu erklären. In einer zentralen Streitfrage der westlichen China-Forschung – über die Stabilität bzw. Instabilität des chinesischen politischen Systems – beziehen die Autoren klar Position. So attestieren Thomas Heberer und Armin Müller dem politischen System Chinas

zumindest kurz- und mittelfristig ein hohes Maß an Stabilität und Flexibilität. Zwar erlebe die chinesische Gesellschaft derzeit in vielen Bereichen gravierende Umbrüche, die nicht nur das ökonomische Modell, sondern auch ganz andere Bereiche wie beispielsweise die Religionsausübung, die Systeme der sozialen Sicherung oder die Rolle der Familie betreffen. Angesichts dieser Umbrüche habe die aktuelle politische Führung in Peking, wie auch bereits einige ihrer Vorgänger, vom »Normalmodus« in den »Transitionsmodus« umgeschaltet. In den nächsten Jahren sei jedoch weder eine »Implosion« noch eine fundamentale Reform des politischen Systems zu erwarten. Ob eine Transformation des ökonomischen Modells ohne eine weitergehende Reform des politischen Systems möglich ist, bleibe eine offene Frage.

Wir wünschen Ihnen eine informative und aufschlussreiche Lektüre.

Jürgen Stetten

Leiter des Referats Asien und Pazifik

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie skizziert zuerst den sozialen und politischen Wandel in der Reformära Chinas seit Ende der 1970er Jahre. Sodann wird versucht, das politische System und seine Entwicklung von seiner Funktionalität her zu erklären und die politischen Abläufe in das Konzept des »Entwicklungsstaates« einzuordnen. Dieser Ansatz erlaubt die Interpretation politischer, ökonomischer und sozialer Abläufe in einem größeren Kontext des Wandels sowie des Wechselspiels zwischen verschiedenen Modi der Politikgestaltung, die wir als »Normalmodus«, »Krisenmodus« und »Transitionsmodus« klassifizieren. Ohne eine solche Einordnung sind Erklärungen politischer Abläufe in China schwer zu verstehen. Der chinesische Entwicklungsstaat zeichnet sich durch ein hohes Maß an Staatskapazität aus, das nicht nur politische Durchsetzungskraft besitzt, sondern auch repressiv ist. Erfolgreiche institutionelle Anpassungen an die innenpolitischen und globalen Veränderungsprozesse haben dem »Partei-Staat« bislang relative Stabilität und relative Legitimität beschert. Die Umschaltung auf unterschiedliche Politikmodi als jeweilige Reaktion auf Krisen, politisch-ökonomische Neuordnungen oder auch Zeiten normalen gesellschaftlichen Wandels erlauben dem Partei-Staat auf unterschiedliche Herausforderungen in einer Weise zu reagieren, die die politische Führung für angemessen hält. Das Risiko besteht darin, dass in einem Einpartei-enstaat mit relativ gering ausgeprägten unabhängigen Kontrollinstanzen (*checks and balances*) Einschätzungsfehler, Fehlentscheidungen und Überreaktionen nicht ausgeschlossen werden können, vor allem dann, wenn Repressionskapital eingesetzt wird, um Ordnung und Stabilität aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

Eine Analyse aus der Perspektive des zentralen Entwicklungsstaates ist nicht ausreichend, um Entwicklungen und Prozesse in China begreifen und erklären zu können. Es müssen zugleich die Entwicklungen auf der lokalen Ebene beobachtet und berücksichtigt werden, das heißt die Ebene der Politikumsetzung inklusive Reaktionen aus der Bevölkerung. Die ökonomische und gesellschaftliche Dynamik in China lässt sich ohne Rückbezug auf die lokale Ebene nicht ausreichend erklären und verstehen. Der Fokus auf das Politbüro und die Hauptstadt verbirgt oft den Blick auf die tatsächlichen Mechanismen. Wir haben die lokale Ebene entsprechend als »lokalen Entwicklungsstaat« klassifiziert, der allerdings nicht

unabhängig agiert, sondern mit der zentralen und der Provinzebene interagiert.

Nach dem Blick auf den Staat wenden wir uns im Folgenden dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu. Wir befassen uns mit zivilgesellschaftlichen Prozessen, die sich keineswegs nur »von unten« entwickeln, sondern auch »von oben« (durch den Partei-Staat und seine verschiedenen administrativen Ebenen) gesteuert werden. Teil der zivilgesellschaftlichen Entwicklung sind die Internet- und Bloggediskurse, die trotz der Versuche rigider Kontrolle durch den Staat einen zentralen Teil des öffentlichen Raums, der Partizipation und der zivilisatorischen Prozesse bilden. Allerdings weisen auch die Internetdiskurse einen dualen Charakter auf: Einerseits tragen sie zur Verbesserung von governance bei, andererseits gibt es stark autoritär und nationalistisch geprägte Strömungen.

Teil des sozialen Wandlungsprozesses ist der Verlust traditioneller Moral und Werte aufgrund des raschen Modernisierungs- und Transformationsprozesses. Der Partei-Staat bemüht sich, ein neues Wertesystem zu etablieren, das unter anderem auf konfuzianischen Grundideen basieren soll. Hier erörtern wir die Frage, inwieweit ideengeschichtliche Traditionen, Volkskultur und religiöse Vorstellungen das Wertevakuum füllen und zu einer »neuen Moral« beitragen können.

Ein weiterer Teil des Wandlungsprozesses ist die Entstehung und Intensivierung sozialer Ungleichheit, welche vor allem ein Ergebnis der Transformation des chinesischen Wirtschaftssystems ist. Die weitreichenden Reformen in Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen setzten Märkte als Austausch- und Koordinationsmechanismen wirtschaftlichen Handelns durch. Die Reformen haben einen steigenden Wohlstand bewirkt, der sich allerdings auf bestimmte Bevölkerungsgruppen und Regionen konzentriert. Vor allem in Chinas Städten sind neue Mittelschichten entstanden, welche als Gewinner der Reform einen wichtigen Stabilitätsfaktor für die chinesische Gesellschaft darstellen. Bei der Armutsbekämpfung konnten substantielle Verbesserungen erzielt werden. Die Armut konzentriert sich allerdings nach wie vor im ländlichen Raum. Das Bildungssystem tendiert dazu, die soziale Ungleichheit zu reproduzieren, unter anderem durch das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land und die Einführung von Studiengebühren. Ferner stellen hohe Zahlen arbeitsloser Universitätsabsolventen die Funktion höherer Bildung als Motor sozialen Aufstiegs infrage.

Die im *hukou*-System institutionalisierte Trennung zwischen städtischen und ländlichen Bürgern und zwischen verschiedenen Sozialräumen hat Chinas wachsende Binnenmigration Dynamiken unterworfen, welche sonst eher von internationalen Migrationsregimen bekannt sind. Vor allem Metropolen wie Peking und Shanghai schotten sich gegen eine formalisierte Zuwanderung aus dem ländlichen Raum ab. Wanderarbeiter_innen arbeiten oft in den Städten, während ihr *hukou* und Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum bleibt. In den Städten treten sie als billige Arbeitskräfte in Konkurrenz mit den städtischen Arbeiterschichten, was besonders niedrig qualifizierte Frauen auf den Arbeitsmärkten unter Druck setzt. Dem niedrigen Status der Wanderarbeiter_innen in den Städten steht ein höherer Status in ihren ländlichen Entsendegemeinden gegenüber. Dort gelten sie oft als jene, die oben angekommen sind.

Im Anschluss daran betrachten wir die Familie als eine Kerninstitution der chinesischen Gesellschaft. Sie unterliegt einem langfristigen Trend: weg von patriarchalen Großfamilien und Clanstrukturen hin zu stärker gleichberechtigten Kleinfamilien. Seit der Gründung der Volksrepublik China (VR China) haben sich die Hierarchien zwischen den älteren und jüngeren Generationen sowie zwischen Männern und Frauen deutlich abgeschwächt. Damit einher ging auch eine größere Mitsprache der jungen Generation bei der Auswahl der Ehepartner sowie die Entdeckung der Romantik und die Ausbreitung vor-ehelicher sexueller Beziehungen. Nach wie vor ist die Familie die zentrale Instanz der sozialen Sicherung: Insbesondere die Alterssicherung wird überwiegend von den Kindern getragen. Die strukturellen Veränderungen der chinesischen Familien untergraben die Nachhaltigkeit dieses Modells, welches auf eine fundamentale Krise zusteuert beziehungsweise bereits in dieser steckt.

Der Aufbau eines effektiven Systems der sozialen Sicherung, welches die Familien von dieser Bürde entlasten könnte, hinkt derweil hinterher. Während die politischen und wirtschaftlichen Eliten eine umfassende Versorgung genießen und die urbanen Mittelschichten auf eine relativ effektive Sozialversicherung bauen können, sind die »Arbeiter und Bauern« weitgehend außen vor. Zwar stellt der Staat für sie eine Grundsicherung bereit, aber diese kann kaum mehr als eine Unterstützung der Familien bei der sozialen Sicherung leisten.

Zum Schluss befassen wir uns mit der Frage der Nationalitätenpolitik, denn China ist ein Vielvölkerstaat, auch wenn die ethnische Mehrheit der Han-Chines_innen über 90 Prozent der Bevölkerung stellt und ein Auseinanderbrechen Chinas an der Peripherie von daher kaum vorstellbar ist. Das mangelnde Verständnis der politischen Führung von der Komplexität der »Nationalitätenfrage« verstellt gegenwärtig den Blick auf mögliche Lösungsoptionen zur Vermeidung beziehungsweise Minimierung von ethnischen Konflikten.

Politisch gesehen, ist kurz- und mittelfristig kein Regimewandel zu erwarten. Auch mit »großen Reformen« wie der Etablierung eines unabhängigen Rechtssystems oder der Einführung von Gewaltenteilung ist nicht zu rechnen. Allerdings sind Reformen zu erwarten im Hinblick auf politische Institutionalisierung und Verbesserung von *governance*.

1. Einführung: Kernpunkte der Wandlungsprozesse seit Beginn der Reformeinleitung (1978)

1976 war ein Schicksalsjahr für China. Der Parteivorsitzende Mao verstarb, im gleichen Jahr waren bereits der ehemalige Oberkommandierende der Streitkräfte und Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses Zhu De verstorben sowie Ministerpräsident Zhou Enlai, das heißt die drei wichtigsten Führungskräfte des Landes. Im April 1976 kam es zu Protesten der Bevölkerung auf dem Tiananmen-Platz in Peking und in anderen chinesischen Städten. Deren blutige Niederschlagung und die folgende »Bewegung gegen den Wind von rechts«, in deren Verlauf Deng Xiaoping als »Kopf des rechten Windes« zum zweiten Mal aller Ämter enthoben wurde, waren Kernpunkte der politischen Entwicklung in jenem Jahr. Zugleich forderte das Erdbeben von Tangshan im Juli Hunderttausende Menschenleben. Unmittelbar nach dem Tode Maos im September wurden die Kernrepräsentanten der »Kulturrevolution«, die sogenannte Viererbande, verhaftet. 1976 war zugleich ein Jahr der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Beginn der Kulturrevolution. China hatte politisch, wirtschaftlich und von den Lebensbedingungen der Bevölkerung her einen Tiefpunkt erreicht.

1977 wurde Deng Xiaoping rehabilitiert. Eine große Zahl von in der Kulturrevolution abgesetzten und verfolgten Führungskadern wurde rehabilitiert. Der XI. Parteitag 1977 erklärte die Kulturrevolution für beendet, Deng wurde Vizevorsitzender der Partei. Zugleich wurde eine Kritikkampagne gegen die Politik der Viererbande eingeleitet und damit gegen die Politik der Kulturrevolution und deren Auswüchse. Im Dezember 1978 fand schließlich die historische »3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees« statt, gekennzeichnet durch die Abkehr von kulturrevolutionären Prinzipien und die Einleitung von tiefgehenden Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Schwerpunkt der Arbeit wurde vom »Klassenkampf« auf die Entwicklung und Modernisierung des Landes gelegt und eine reformfreundliche neue Führung eingesetzt.

1979 setzte eine Reform der Landwirtschaft ein, in deren Rahmen die Großkollektive (»Volkskommunen«) aufgelöst und der Boden den Bauernfamilien zur vertraglichen Bearbeitung übergeben wurde. Zwar blieb das Land im Eigentum der Dorfgemeinschaften und wurde nicht privatisiert. Die Bauern mussten noch einen bestimmten Teil ihrer Erträge zu Marktpreisen an den Staat verkaufen, das Übrige konnten sie frei auf den Märkten veräußern. Dies stimulierte die Agrarproduktion, so dass im ganzen Land bäuerliche Märkte aus dem Boden schossen. 1985 wurde zudem die Getreideverkaufspflicht der Bauern an den Staat abgeschafft. Rasch verbesserte sich die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs.

In den folgenden Jahren erhielten auch die Staatsbetriebe größere Selbstentscheidungsrechte, staatliche und betriebliche Verwaltung wurden voneinander getrennt. Aus Direktivplänen, die unter allen Umständen umzusetzen waren, wurden Indikativpläne mit ungefähren, »weichen« Vorgaben, deren Erfüllung eher Empfehlungen glich. Da aufgrund der Rückkehr zur Familienbewirtschaftung weniger Arbeitskräfte im Agrarsektor benötigt wurden, strömten Millionen von Landbewohnern auf der Suche nach Arbeit in die Städte. Als Folge ließ der Staat bereits Ende der 1970er Jahre private Kleinwirtschaft zu, das heißt, man konnte sich im Bereich Handel, Handwerk und Dienstleistungen selbstständig machen. Es waren zunächst die Ausgegrenzten ohne Beschäftigung, die diese Chance wahrnahmen, wie Angehörige ehemaliger »Klassenfeinde«, arbeitslose Jugendliche, Hausfrauen, Rentner_innen, Behinderte, entlassene Strafgefangene und andere. Die Einstellung von Arbeits-

kräften in diesem »Individualektor« blieb zunächst noch verboten. Doch dehnte sich dieser Sektor, der erheblich zur Versorgung der Bevölkerung beitrug und Arbeitslosigkeit und politische Unzufriedenheit zu verringern half, so rapide aus, dass 1987 jede Beschränkung des Privatsektors im Hinblick auf Investitionen und Arbeitskräfte aufgegeben wurde. Ab 1980 wurden Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischem und ausländischem Kapital erlaubt und 1981 sogenannte Wirtschaftssoonderzonen ins Leben gerufen.

Der rasche politische und ökonomische Wandel fand nicht bei allen Zustimmung. Konservative Kräfte in der Parteiführung machten sich Sorgen im Hinblick auf den raschen gesellschaftlichen Wandel, das Entstehen einer neuen »Kapitalistenklasse«, wachsende Einkommensunterschiede und »westliche« Einflüsse unter der Stadtjugend. Bereits 1983 wurde eine Kampagne gegen »geistige Verschmutzung«, sodann gegen »bürgerlichen Liberalismus« unter Intellektuellen ins Leben gerufen. 1987 wurde der für raschere Reformen und Offenheit eintretende Parteichef Hu Yaobang auf Veranlassung einer Gruppe konservativer Parteiveteranen abgesetzt. 1989 entstand landesweit eine städtische Protestbewegung aufgrund der Unzufriedenheit mit Bürokratismus, Inflation, Korruption, der Einmischung von konservativen Parteiveteranen in die Alltagsgeschäfte, der Gängelung der Hochschulen und des sich verlangsamenden Verlaufs politischer und wirtschaftlicher Reformen. Diese Bewegung wurde in der Nacht zum 4. Juni 1989 gewalt- sam und blutig niedergeschlagen. Die größte Bevölkerungsgruppe, die Bauern, hatten sich nicht daran beteiligt. Die Bewegung blieb auf die Städte beschränkt. Das Ziel der Mehrheit der Protestbewegung war nicht die Beseitigung der Parteiherrschaft, sondern die Verbesserung der Regierungstätigkeit und die Beschleunigung des Reformprozesses.

In der Folge kamen die Reformen zunächst überwiegend zum Stillstand oder wurden stark eingeschränkt. Tausende wurden vor Gericht gestellt und zu zum Teil hohen Haftstrafen verurteilt. Auch der Privatsektor verringerte sich deutlich. Erst mit einer Reise Dengs, des »Vaters der Reformen«, nach Südchina 1992, auf der dieser zu tatkräftiger Ausweitung von Reformen, zum Lernen vom Westen und zu weiterer Außenöffnung aufrief und die Entwicklung in den Wirtschaftssoonderzonen ausdrücklich lobte, begann sich der Reformprozess wieder zu erholen.

Inzwischen finden wir in China eine Gesellschaft, die sich deutlich von der der frühen 1990er Jahre unterscheidet. Das Internet hat den Diskurs zwischen Staat und Gesellschaft nachhaltig verändert, Hunderttausende von gesellschaftlichen Vereinigungen und NGOs sind entstanden, die Debatten an den Hochschulen und in der Gesellschaft sind offener geworden. China ist zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt nach den USA aufgerückt, ist im Umgang mit der westlichen Welt selbstbewusster geworden und engagiert sich deutlich aktiver in der regionalen und Weltpolitik. Auf der einen Seite leben die Chines_innen jetzt in einer heterogenen Gesellschaft: Die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sowie innerhalb des urbanen und ländlichen Raums nehmen weltweit einen Spitzenplatz ein. Zudem ist eine große Mittelschicht mit selbstbewussten Unternehmerpersönlichkeiten, Managern, Anwälten und Hochschullehrern entstanden. Auf der anderen Seite halten sich ca. 200 Millionen ländliche Wanderarbeiter_innen in den Städten auf, wo sie überwiegend als Bürger zweiter Klasse leben. Mittlerweile möchte ein Teil der Jüngeren weder in die Landwirtschaft noch aufs Land zurückkehren. Die traditionelle Werteordnung ist zerfallen, eine neue hat sich noch nicht herausgebildet. Reichtum und Luxus stehen noch ca. 100 Millionen Chines_innen gegenüber, die in Armut leben. Kommerzialisierung und Geld sind zu bestimmenden Gesellschaftszielen geworden. Die Überalterung der Gesellschaft und ihre Folgen haben 2015 zur Ersetzung der Ein- durch die Zwei-Kind-Politik geführt.¹ Sie ist gleichermaßen eine Triebkraft des zunehmenden Ausbaus der staatlichen Sozialsysteme (Gesundheits- und Rentenversicherung) im städtischen wie im ländlichen Raum. Das Internetzeitalter hat die Regierungstätigkeiten transparenter gemacht, auch wenn die Hegemonie der Kommunistischen Partei (KP) fortexistiert. Die Partei bestimmt aber heute nicht mehr das Leben der Individuen, solange sich deren Aktivitäten nicht gegen die Parteiherrschaft und das politische System richten. Trotz aller Widersprüche und partiellen Repressionsmaßnahmen ist die Gesellschaft insgesamt freier geworden, auch wenn die Entwicklung des Rechts hinter der Pluralität und Freizügigkeit der Gesellschaft zurückbleibt.

Der folgende Studie befasst sich schwerpunktmäßig mit Veränderungen der Gesellschaft, weniger mit denen in Wirtschaft und Politik. Um diese Veränderungen verste-

hen und besser einordnen zu können, bedarf es zunächst einer Einschätzung der Funktion und Handlungsweise des Partei-Staates, die wir im folgenden Kapitel vornehmen möchten.

2. Einschätzung der Funktion des Staates und des Verhältnisses Staat und Gesellschaft

2.1 Die Funktion des chinesischen Staates als »Entwicklungsstaat« (*developmental state*) und die Folgen für Politik und Gesellschaft

Der Begriff des »Staates« bezieht sich in China auf den Partei-Staat (*party state*). Er umfasst sowohl die Strukturen der herrschenden Partei (KPCh) als auch die des Staates. Der Einfachheit halber bezeichnen wir das im Folgenden als »Staat«. Dieser Staat wird im Westen häufig als ein autoritäres Staatswesen begriffen, das die Entwicklung Chinas behindere und die gesamte Gesellschaft beherrsche und kontrolliere. Oft heißt es auch, autoritäre Systeme seien per se ökonomisch ineffizient, innovationsfeindlich und repressiv. Da sie innerhalb der Bevölkerung keine Legitimität besäßen, müssten die Herrschenden ihre Macht mittels Zwangsmaßnahmen verteidigen. Eine Überzentralisierung im Hinblick auf politische und ökonomische Entscheidungen sowie die Dominanz persönlicher Macht über institutionalisierte Normen und Verfahrensregeln bewirkten ein fragiles Staatswesen.² Der erfolgreiche sozioökonomische Prozess Chinas seit Ende der 1970er Jahre und die relative Stabilität des politischen Systems haben indessen verdeutlicht, dass solche Einschätzungen allzu vereinfachend sind. In der westlichen Chinawissenschaft wurde lange darüber diskutiert, weshalb – anders als die sozialistischen Systeme in der Sowjetunion und in Osteuropa – das politische System Chinas Ende der 1980er Jahre nicht zusammengebrochen und trotz aller Verwerfungen vergleichsweise stabil geblieben ist. Fast drei Jahrzehnte nach den urbanen Protestbewegungen von 1989 scheint China stabiler als in den 1980er Jahren zu sein, und der Reformprozess hat sich seitdem deutlich in die Tiefe entwickelt. Die Politikwissenschaftler Gandhi und Przeworski haben daher die Frage aufgeworfen, weshalb manche Autokraten jahrzehntelang überleben, während andere nach kurzer Zeit wieder ver-

¹ Siehe <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-10/china-ein-kind-politik-abschaffung> (aufgerufen am 21.11.2016).

² Andrew J. Nathan (2003): Authoritarian Resilience, in: *Journal of Democracy*, 1, S. 6.

schwinden.³ Der Begriff des »autoritären Staates« trägt offensichtlich nur wenig zur Beschreibung und Analyse so komplexer Institutionen, Mechanismen, Strukturen und Prozesse wie denjenigen im gegenwärtigen China bei.

Zum einen vermag das Konzept des Autoritarismus die Funktionalität und inneren strukturellen Abläufe eines Systems sowie die Qualität seiner Institutionen nicht zu erklären. Zum anderen gibt es keine Erklärung dafür, weshalb es sowohl stabile als auch fragile autoritäre Systeme gibt. Die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen und Prozesse in China sind in den letzten Jahrzehnten erheblich differenzierter, komplexer und fragmentierter geworden. Zudem gibt es eine signifikante Vielfalt von Akteuren, die Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nehmen. Von daher bedarf es einer Analyse der inneren Dynamik, der Logik und der Funktion des politischen Systems, um diese Entwicklung verstehen zu können. Adam Przeworski hat dieses Dilemma, dass die Sowjetunion gescheitert ist, während China floriert, damit umschrieben, dass der Unterschied nicht am Einparteiensystem liegen könne.⁴

Während westliche Sozialwissenschaftler_innen die Frage nach dem »besten System« in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung rücken und die entscheidende Rolle der Steuerung durch Gesetze und Rechte betonen, war die zentrale Frage der traditionellen chinesischen Philosophie stets die nach dem Erhalt der Ordnung (治), um Unordnung und Chaos (亂) zu vermeiden. Mithilfe der konfuzianischen »Riten« (礼), so hieß es, sollten die Individuen und die Gesellschaft gesteuert werden, um ihr Denken und Verhalten in eine spezifische Richtung zu lenken.

Nun stellt sich die Frage, weshalb China sich im Verlauf des Reformprozesses relativ erfolgreich entwickelt hat und was die Gründe dafür sind. Wir argumentieren, dass die Ursachen dafür im Wirken des chinesischen Staates als Entwicklungsstaat (*developmental state*) auf zentraler sowie lokaler Ebene zu suchen sind. Diesen Staat bezeichnen wir als »Entwicklungsstaat 3.0«. Der »Entwicklungsstaat 1.0« während der Mao-Ära (1949-1976) zielte auf

Industrialisierung ohne Modernisierung ab. Der »Entwicklungsstaat 2.0« nach 1978 fokussierte sich dagegen auf ungebremstes quantitatives Wirtschaftswachstum. Seit dem Beschluss der 3. Plenartagung des XVIII. Zentralkomitees strebte der Entwicklungsstaat 3.0 schließlich eine Änderung des Wachstumsmodells an, und zwar in Richtung Gestaltungs- und Dienstleistungsstaat. Hinzu trat die Schaffung höherwertiger Wirtschaftssektoren (*upgrading*), die Innovationsförderung sowohl im technisch-wissenschaftlichen als auch im politisch-administrativen und sozialen Bereich, zunehmende Nachhaltigkeit des Entwicklungsprozesses und die Suche nach neuen Formen von Legitimität auf der Basis der Steuerung und Institutionalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Entwicklungsstaaten sind starke Staaten, die über Staatskapazität verfügen. Starke Staaten bilden die optimale Grundlage für ein dauerhaftes und stabiles autoritäres System.⁵ Dies gilt indessen nicht für jeden Typ eines »starken« autoritären Systems, sondern nur für solche mit effektiver Politikformulierung, effektiven Politikentscheidungen und effektiver Politikimplementierung. Gleichwohl sind selbst »starke« Staaten nicht a priori gegen Irrtümer und Fehlentscheidungen gewappnet.

Das Konzept des Entwicklungsstaates wurde in den 1980er Jahren von dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler Chalmers Johnson entwickelt und zunächst auf die Entwicklung Japans und die Rolle des japanischen Staates angewandt. Johnson war der Meinung, dass in Japan, das sich im Prozess nachholender Industrialisierung befinde, der Staat als Entwicklungsagentur fungiere. Er organisiere die volkswirtschaftliche Entwicklungsplanung und -steuerung, interveniere beständig in die Wirtschaft und agiere relativ autonom.⁶ Dieses Analysekonzept wurde später auf die Entwicklung anderer Länder, speziell in Ost- und Südostasien (wie Südkorea, Taiwan, Singapur etc.) angewandt. In diesem Sinne argumentieren wir daher, dass der chinesische Staat sowohl auf der zentralen wie auch auf der lokalen Ebene als ein typischer Entwicklungsstaat fungiert.

Der Begriff des Entwicklungsstaates unterscheidet sich von dem des sogenannten Entwicklungslandes. Es han-

3 Jennifer Gandhi/Adam Przeworski (2007): *Authoritative Institutions and the Survival of Autocrats*, in: *Comparative Political Studies*, vol. 40/11, S. 1279.

4 Adam Przeworski (2014): *Parties, States, and Economic Reforms in the Soviet Union and China*, paper presented at the international conference »Governance, Adaptability and Institutional Stability under Contemporary One-party Rule: Comparative Perspectives«. Nanchang, March, S. 27-29.

5 Dan Slater/Sofia Fenner (2011): *State Power and Staying Power: Infrastructural Mechanisms and Authoritarian Durability*, in: *Journal of International Affairs*, Fall/Winter, vol. 65, No. 1, S. 16.

6 Chalmers Johnson (1982): *MITI and the Japanese Miracle*. Stanford: Stanford University Press.

delt sich dabei um zweckorientierte Staaten mit einem starken Willen und Konsens der politischen Elite, das Land in strukturierter Weise, vornehmlich *top-down* und unter einheitlicher Führung, ökonomisch, gesellschaftlich und politisch zu entwickeln. Diese Funktion wird in China von der KPCh und ihrem Staat wahrgenommen. Entwicklungsstaaten sind in der Lage, über alle gesellschaftlichen Partikularinteressen und Widerstände hinweg allseitige Entwicklung durchzusetzen. Dies verlangt effektive Intervention in die Wirtschaft sowie Kontrolle der Arbeitskräfte und der Gewerkschaften, wobei Intervention auch Marktdefizite auszugleichen vermag. Ferner bedarf es einer engen Symbiose von Regierung und Unternehmen. Entwicklungsstaaten müssen zudem in der Lage sein, ihre Politik landesweit durchzusetzen. Sie haben zugleich ein relativ hohes Maß an Unabhängigkeit gegenüber Einflüssen gesellschaftlicher Interessengruppen sicherzustellen. Ohne eine solche Autonomie vermag der Staat keine effektive Kontrolle über die Gesellschaft auszuüben, die gesellschaftlichen Beziehungen nicht zu regulieren und gesellschaftliche Kräfte im Interesse nationaler Entwicklung gegebenenfalls nicht zu disziplinieren. Teil dieses Konzeptes ist striktes und repressives Vorgehen gegen potenzielle Opponenten der Entwicklungsziele des Hauptakteurs, hier der KPCh. Solche Staaten verfügen überdies über eine effektive Bürokratie, die beständig professionalisiert wird und politische Stabilität gewährleistet.

Der chinesische Philosoph und Literat Liang Qichao (1873-1929) schrieb Ende des 19. Jahrhunderts, die Entwicklung Chinas bedürfe eines starken, aber zugleich aufgeklärten und ausgleichenden autoritären Staatsgebildes. Er war gegen Gewaltenteilung und Systeme zur Überwachung und Kontrolle des Staates (*checks and balances*), weil diese den Handlungsraum der Regierung einschränkten und die Durchsetzungsfähigkeit des Staates schwächten. Zugleich sprach er sich – im Sinne der konfuzianischen Doktrin – für die Führung der Staatsgeschäfte durch die Elite aus und gegen eine Regierung durch das Volk.⁷ Seine Auffassungen kamen dem modernen Konzept des Entwicklungsstaates bereits sehr nahe. Dies verdeutlicht, dass dieses Konzept bereits in der Ende des 19. Jahrhunderts einsetzenden chinesischen Modernisierungsdebatte seine Entsprechung findet. Liangs Kon-

zept erinnert zugleich an die in den 1980er und 1990er Jahren in China populäre Theorie des »Neoautoritarismus«, das heißt die Durchsetzung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Modernisierung durch eine starke Führungskraft.

Zweifellos erfüllt der chinesische Staat die angeführten Kriterien eines Entwicklungsstaates. So hat sich Chinas Wirtschaftsleistung in den letzten 25 Jahren extrem rasch und effektiv entwickelt, mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von zehn Prozent seit den 1980er Jahren. Benötigte Großbritannien 60 Jahre für die Verdoppelung seines Bruttosozialprodukts, die USA 40, so China lediglich 12. Dabei hat die chinesische Führung durchaus erkannt, dass die zentrale Planwirtschaft im Gegensatz zur Marktwirtschaft Menschen ausschließt, die für ein gemeinsames Ziel arbeiten wollen (zum Beispiel Unternehmer). Die Direktivplanung wurde mittlerweile durch makroökonomische Indikativplanung ersetzt, Marktstrukturen wurden etabliert und der Klassencharakter der KPCh zugunsten der Argumentation aufgegeben, dass die Partei das gesamte Volk vertrete⁸ – der Übergang von einer Klassen- zu einer Volkspartei. Gleichwohl tragen auch heute noch Pläne im Sinne langfristiger Entwicklung, langfristigen Wachstums und strukturellen Wandels zu einer kontinuierlich sich wandelnden Volkswirtschaft bei.

Obschon Johnson den autoritären Charakter des Staates nicht notwendig zu den Kriterien für Entwicklungsstaaten zählte, waren alle ostasiatischen Entwicklungsstaaten autoritäre Gebilde. Autoren wie Kenichi Ohno bezeichnen Entwicklungsstaaten als autoritäre Staaten mit ökonomischem Entwicklungspotenzial⁹ oder wie Adrian Leftwich als einerseits erfolgreich Entwicklung betreibend, andererseits charakterisiert durch eine Mischung aus politischer Repression, defizitären Menschenrechten und dem Fehlen demokratischer Verhältnisse.¹⁰

7 Siehe dazu Liang Qichaos (2005) politische Artikel, in: Liang Qichao zuopin jingxuan (*Ausgewählte Schriften Liang Qichaos*). Wuhan: Changjiang Wenyi Chubanshe, S. 3-180.

8 Jiang Zemin (2001): Zai qingzhu Zhongguo Gongchandang chengli bashi zhounian dahuishang de jianghua (Speech at the meeting on celebrating the 80th anniversary of the founding of the CCP), in: He Yiting (Hrsg.): *Xuexi Jiang Zemin »qi yix jianghua pudaowenda (Questions and answers on studying Jiang Zemin's speech of July 1st)*. Beijing: Dangjian Duwu Chubanshe, S. 17-19.

9 Kenichi Ohno (2013): The East Asian Growth Regime and Political Development, in: K. Ohno/Izumi Ohno (Hrsg.): *Eastern and Western Ideas for African Growth. Diversity and Complementarity in Development Aid*. New York: Routledge, S. 30-52.

10 Adrian Leftwich (2000): *States of Development. On the Primacy of Politics in Development*. Cambridge: Polity, S. 174.

In Staaten mit einem geringen Institutionalierungsgrad und einer schwachen Zivilgesellschaft kann eher ein »starker Staat« Entwicklung herbeiführen, wobei es sich bei solchen Staaten in der Regel um autoritäre Gebilde handelt. Der Begriff »autoritär« sagt indessen nichts darüber aus, ob ein Staat einen effektiven Entwicklungsplan zu konzipieren und diesen effektiv umzusetzen vermag. Von daher charakterisiert der »autoritärer Entwicklungsstaat« die Funktion des chinesischen Staates besser als das reine Attribut »autoritär«.

2.2 Staatskapazität als zentraler Faktor für einen Entwicklungsstaat 3.0

Staatskapazität (»starker Staat«) ist ein wesentliches Charakteristikum von Entwicklungsstaaten. Aus der Perspektive eines zentralisierten Staates rekuriert der Begriff auf das Steuerungspotenzial eines Staates und sein Vermögen, politische Beschlüsse und Programme landesweit um- und durchsetzen zu können. Staatskapazität bezieht sich dabei auf sieben Felder: Die transformatorische Kapazität ist, erstens, die Fähigkeit, nationale Ziele in ein stringentes Entwicklungskonzept umsetzen und effektive Implementierung dieses Konzepts *top-down* gewährleisten zu können; die Legitimität des politischen Systems bedeutet, zweitens, die Verbesserung des politischen Outputs im Dienste der Akzeptanz und Unterstützung durch die Gesellschaft; es muss, drittens, die Kapazität zu sozialer Regulierung und sozialer Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft inklusive der Kapazität zu kontinuierlicher Institutionalisation des Staatswesens sowie des Beziehungsgefüges Staat–Gesellschaft–Individuum gegeben sein; viertens besteht die Kapazität zur Regulierung, Steuerung und Kontrolle des politischen Gemeinwesens (Steuerungskapazität); die Durchsetzungskapazität bedeutet, fünftens, das Vorhandensein finanzieller und personeller Ressourcen (wie eine effektive Verwaltung) zur Durchsetzung staatlicher Politik im Landesmaßstab und die Verfügung über Zwangsmittel (inklusive repressiver und disziplinierender Maßnahmen), um die Politik des Staates gegebenenfalls auch mit solchen Mitteln durchsetzen zu können; sodann die Verhandlungskapazität, die, sechstens, die Fähigkeit des Staates ausdrückt, gesellschaftliche Akteure, darunter auch neu aufkommende gesellschaftliche Gruppen und Organisationen, in Verhandlungsprozesse einzubinden, potenzielle Oppositionsgruppen zu kooptieren und eine Balance zwischen den verschiedensten partikularis-

tischen Interessen zu finden; schließlich bringt die Lernkapazität, siebtens, das Vermögen zum Ausdruck, aus vergangenen Fehlern zu lernen, die Politik den Wandlungsprozessen institutionell anzupassen, gesellschaftliche Innovationskraft zu entwickeln und neue Lösungen für Probleme zu finden. In diesem Sinne ist Staatskapazität von zentraler Bedeutung für die Umsetzung eines effektiven Entwicklungsprogramms und für den effektiven Umgang mit inneren Krisen, Problemen und Konflikten.

2.3 Interaktion zwischen zwei Formen des Entwicklungsstaates: Der zentrale und der lokale Staat

Die Rolle des lokalen Staates für Staatskapazität und die Robustheit eines autoritären Staatswesens wurde lange Zeit unterschätzt. Jedoch fungiert nicht nur die zentrale Ebene als Entwicklungsstaat, sondern auch die lokale Ebene (Präfekturstädte, Landkreise und Gemeinden). Aufgabe des lokalen Staates ist es, die Politik der höheren Ebenen im Rahmen zentraler Richtlinien lokal umzusetzen. Der lokale Staat erhielt im Verlauf des Reformprozesses größere Selbstentscheidungsrechte dafür, von oben delegierte Maßnahmen im Rahmen lokaler Gegebenheiten, Ressourcen und Spezifika lokal angepasst zu implementieren. Auf diese Weise sollen lokale Probleme effektiver gelöst werden, wobei die Umsetzungs- und Lösungspolitik zugleich durch spezifische Evaluierungsverfahren überprüft und bewertet wird. Die Karriere lokaler Führungskader wird zunehmend an die Ergebnisse solcher Evaluierungsverfahren gebunden, wobei diese Verfahren kontinuierlich verfeinert werden.

Die Etablierung lokaler Politik- und Experimentiermodelle ist mittlerweile ein zentrales Anliegen, das dazu dient, von übergeordneten Instanzen Ressourcen zu erhalten und (für lokale Führungskader) gefördert zu werden. Jede Präfekturstadt, jeder Landkreis und jede Gemeinde ist aufgefordert, solche lokalen Entwicklungsschwerpunkte zu definieren und umzusetzen. Bei der jährlichen Kaderevaluierung spielt dies eine herausragende Rolle. In den Landkreisen, in denen die Autoren in den letzten Jahren geforscht haben, fanden sich unter anderem folgende Modelle:

- Meitan (Provinz Guizhou): Agrotourismus und ökologischer Tee
- Deqing (Zhejiang): nationales ökologisches Modell

- Shouguang (Shandong): grüne Landwirtschaft
- Xifeng (Guizhou): roter Tourismus
- Suining (Sichuan): religiöser Tourismus
- Nanfeng (Jiangxi): Aufforstung und Bewahrung der traditionellen Nuo-Kultur
- Jiangyin (Jiangsu): Aufbau einer glücklichen Gesellschaft
- Shiquan (Shaanxi): Bildung für zurückgelassene Kinder von Wanderarbeiter_innen
- Shihezi (Xinjiang): Recycling
- Xiamen (Fujian): Energieeinsparung und erneuerbare Energien
- Meigu (Autonomer Bezirk Liangshan der Yi, Sichuan): Nutzung der schamanistischen Bimo-Kultur zum Ausbau des Tourismus

2.4 Multiple Modi der Regierungsführung, Krisenprävention und Sicherstellung von Stabilität

Die KPCh begreift Stabilität als entscheidenden Faktor für die Vermeidung beziehungsweise Überwindung von Krisen und die Sicherung von Legitimität. In der Tat sind Stabilität und Legitimität zwei zentrale Elemente von Entwicklungsstaaten. Der renommierte Politikwissenschaftler Yu Keping argumentiert, Stabilität ist der »höchste Wert« in China und sei zentrales Ziel von *governance* und Kernpunkt zur Vermeidung von Krisen.¹¹ Stabilität in diesem Sinne bedeutet nicht, dass alles konstant bleibt, sondern dass die Politik es versteht, ihre Institutionen den kontinuierlichen Wandlungsprozessen anzupassen. Dabei kann der Staat durchaus zu unterschiedlichen Maßnahmen greifen. Der chinesische Politikprozess verdeutlicht, dass je nach Sachlage der Staat fähig ist, im Interesse von Stabilität blitzschnell von einem »normalen Modus« in einen »Krisenmodus« umzuschalten. Der Normalmodus zeichnet sich unter anderem durch größere Liberalität in gesellschaftlichen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen aus. Im Fall einer ökonomischen, sozialen und damit einhergehenden politischen Krise findet ein Wechsel in den Krisenmodus statt. Der Staat geht dann zu stärkerer Rezentralisierung, Ideologisierung und rigideren Formen der Entscheidungsdurchsetzung über. Sebastian Heilmann hat darauf hingewie-

sen, dass der Staat in Krisensituationen immer wieder versucht, über seine Parteinetzwerke Entscheidungen in seine Hand zu nehmen und stärker zu rezentralisieren.¹² Zugleich verstärken sich dann repressive Elemente gegen Gruppen und Ideen, die als »oppositionell« oder »abweichend« begriffen werden. Sobald sich die Lage stabilisiert hat, kehrt der Staat in der Regel in den Normalmodus zurück. Dies war zum Beispiel am Ende der »Kulturrevolution« (1966-1976) oder während der Krise 1989, aber auch 1992 der Fall, als der überragende Führer Deng Xiaoping in einige Sonderwirtschaftszonen in Südchina reiste, um die Reformpolitik, die nach der Niederschlagung der städtischen Protestbewegung von 1989 ins Stocken geraten war, wieder in Gang zu bringen. In Reden in Shenzhen und anderen Städten erklärte er, dass – im Interesse der Wahrung der Stabilität – der Reformprozess und die Öffnung nach außen in starkem Maße ausgeweitet werden müssten und China von kapitalistischen Ländern lernen müsse.¹³

Als dritten Modus neben Normal- und Krisenmodus finden wir in China den »Transitionsmodus«: Hier liegt der Fokus auf der Durchsetzung einer neuen, grundlegenden Politik durch die zentrale Führung und die Brechung des Widerstandes dagegen. In solchen Phasen bedient sich die Parteiführung repressiver Mechanismen, vor allem, wenn der Widerstand gegen die politische Neuorientierung stark ist. Eine solche Phase finden wir gegenwärtig im Rahmen der Durchsetzung des 2013 beschlossenen neuen Reformprogramms (dazu unten). Der Widerstand kommt vonseiten verschiedenster Interessengruppen (von lokalen Bürokratien, Funktionären aller Ebenen, Managern großer Staatsunternehmen, Sicherheitsbehörden, vom Bankensektor, von der Erdöl- oder der Verteidigungsindustrie etc.), die um ihre Pfründe und die Beschneidung ihrer Interessen fürchten. Die 2013 eingeleitete Antikorruptionskampagne, die auch vor höchsten Funktionären nicht Halt macht, ist als innerparteiliches Disziplinierungsinstrument zu begreifen. Dabei geht es nicht nur um Abstrafung »korrupten« Verhaltens. Korruptionsbekämpfung wurde und wird immer auch eingesetzt, um Widerstände gegen zentral verordnete Politik abzustrafen. Der chinesische Terminus für Korruption

11 Yu Keping (2013): *Zhongguo zhili bianqian 30 nian (1978-2008)*, *Jilin Daxue Shehui Kexue Xuebao*, 5 December; http://www.gmw.cn/xueshu/2013-12/05/content_9710161_6.htm (aufgerufen am 1.2.2015).

12 Sebastian Heilmann (2002): *Das politische System der Volksrepublik China*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 43-45.

13 Deng Xiaoping (1992): *Zai Wuchang, Shenzhen, Zhuhai, Shanghai deng di de tanhua yaodian*, Deng Xiaoping wenxuan, vol. 3, S. 370-383; English version: Excerpts from talks given in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai and Shanghai (January 18 – February 21), in: *Selected Works of Deng Xiaoping*, vol. III (1982-1992), S. 358-370.

beinhaltet zwei maßgebliche Varianten: *tanwu* (贪污) und *fubai* (腐败). Während *tanwu* unserer strafrechtlichen Definition nahekommt, ist *fubai* eher mit dem moralisch-sittlichen Verfall verbunden, vor allem auch im politischen Sinn. Politische Verfehlungen, etwa gegen die vorherrschende Parteilinie, Verstöße gegen Normen des Staates und ideologische Verfehlungen, werden von daher ebenfalls als Teil von Korruption begriffen, zumal Korruption in diesem Sinne als Symptom für politischen Niedergang interpretiert wurde. Im Interesse der Schaffung »ideologischer Einheit« des Kaderstammes und um diese auf Linie zu bringen, werden gegenwärtig als »westlich« verstandene Werte und Konzepte (Demokratie, Zivilgesellschaft, Gewaltenteilung etc.) kritisiert und die Repressionsinstrumente im Interesse der Disziplinierung von Funktionären verstärkt. Der politischen Führung ist bewusst, dass die KP ohne Selbstdisziplinierung der Partei die Macht unabdingbar zu verlieren droht. Selbst die Sprache soll vereinheitlicht werden, ganz im Sinne der traditionell-konfuzianischen Lehrmeinung »Wenn die Begriffe nicht stimmen, ist die Sprache unkorrekt« (名不正言不顺). Anders als in der Mao-Ära bezieht sich die Antikorruptionskampagne jedoch nicht auf die gesamte Bevölkerung, sondern auf die Funktionäre von Partei und Staat. Die Bevölkerungsmehrheit scheint diese Kampagne und die damit verbundenen Disziplinierungsversuche (anders als die meisten Intellektuellen) durchaus zu begrüßen. Ohne die weitere Fokussierung staatlicher Politik, unter anderem auf die weitere Erhöhung des Lebensstandards, die Stabilisierung der Ökonomie, größere soziale Sicherheit und Verbesserung der Umwelt, dürfte dieser Positiveffekt auf Dauer jedoch verpuffen. Das folgende Beispiel soll verdeutlichen, wie die politische Führung im Krisenmodus agiert. Im Kontext der globalen Finanzkrise 2008 stellte die chinesische Regierung rund 460 Milliarden Euro für die Krisenbekämpfung zur Verfügung, auch um die zurückgehenden Exporte auszugleichen. Zugleich wurden die Leitzinsen gesenkt, Kreditgarantien für Kleinbetriebe gegeben, verbilligte Kredite für den Wohnungsbau angeboten, Exporte durch Erhöhung der Umsatzsteuerrückerstattung angekurbelt, die staatlichen Ankaufspreise für Getreide (im Interesse der Bauern) erhöht und massive Programme zum Aufbau einer Sozialversicherung, zum Ausbau der Infrastruktur und des Bildungswesens beschlossen. Überdies nutzte China die Krise für eine Neustrukturierung seiner Wirtschaft: weg von der »Werkbank der Welt« hin zu Hochtechnologie und nachhaltigem Wachstum. Nicht nur wurde die Infrastruktur des Landes deutlich verbessert,

zugleich wurden Maßnahmen ergriffen, um das Wachstum wichtiger, zukunftsorientierter Wirtschaftssektoren zu stimulieren.

2009 konnte einer der Autoren in einem Landkreis in der Provinz Jiangxi, in der er sich zu Forschungszwecken aufhielt, beobachten, wie das Problem der ländlichen Wanderarbeiter_innen, die im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise arbeitslos geworden waren, angegangen wurde. Die Zentralregierung hatte den Führungsfunktionären aller Landkreise, in die größere Gruppen arbeitsloser Wanderarbeiter_innen aus den Küstenregionen zurückgekehrt waren, verordnet, dass sie, erstens, binnen kurzer Zeit neue Betriebe in den betroffenen Kreisen ansiedeln sollten, um Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei sollten zum einen ehemalige Wanderarbeiter_innen angesprochen werden, die mittlerweile erfolgreiche Unternehmen außerhalb des Landkreises gegründet hatten, sowie weitere Unternehmer von außerhalb, die aus diesem Landkreis stammten. Beide sollten angehalten werden, in ihrer Heimat zu investieren oder Zweigbetriebe zu gründen. Dafür wurden Sonderkredite bewilligt und Vorzugsbehandlung bei der Bodenvergabe sowie Steuererleichterungen und staatliche Zuschüsse eingeräumt. Die lokalen Führungsfunktionäre hatten von der Zentrale feste Vorgaben für die Schaffung von Arbeitsplätzen erhalten, die sie unbedingt erfüllen mussten, und begaben sich in verschiedene Landesteile, um mit relevanten Unternehmern zu sprechen. Bei Erfüllung der Vorgaben erhielten sie Prämien, bei Nichterfüllung Gehaltsabzüge. Wie örtliche Funktionäre erklärten, übte dies gewaltigen Druck auf sie aus, zumal ihre weitere Karriere von der erfolgreichen Lösung dieser Frage mit abhing. Zweitens wurden die örtlichen Unternehmen angehalten, arbeitslose Wanderarbeiter_innen als zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen. Drittens organisierte die Kreisregierung berufliche Aus- und Fortbildungskurse, um arbeitslose Wanderarbeiter_innen für lokale Betriebe beziehungsweise eine selbstständige Berufstätigkeit zu qualifizieren. Autoritär gesteuerte Maßnahmen wie diese trugen mit dazu bei, das Problem erwerbsloser Wanderarbeiter_innen 2009 zu mindern.

Allerdings schließen die flexibel gehandhabten Modi der Regierungsführung nicht aus, dass folgenschwere Fehlentscheidungen getroffen werden können. Der Grund können das Fehlen unabhängiger Kontroll- und Regulierungsmechanismen und der gegenwärtig wieder erstarkte Herrschaftsmechanismus eines »starken

Führers« mit hauptsächlicher Entscheidungskraft sein, der Fehlentscheidungen begünstigen und Korrekturen unmöglich machen kann. Diese Schwachstelle der chinesischen Politik darf nicht übersehen werden.

Aufgrund wachsender sozialer Ungleichheit und Unsicherheit, Korruption und dem Verfall von Werten sowie traditionaler Gemeinschaften und Bindungen nimmt zugleich das Gefühl sozialer Instabilität unter der Bevölkerung zu. Entsprechend ist die politische Führung bemüht, die Partei als Kerngarant für Stabilität und Krisenvermeidung darzustellen. Da das organisatorische Netz der KP das gesamte Land umspannt, ist die Partei in der Lage, auf allen Ebenen kontinuierlich in ökonomische und soziale Prozesse zu intervenieren und Konflikte zu lösen beziehungsweise Krisen abzuschwächen.

Wir argumentieren daher, dass das politische System gegenwärtig durchaus das Potenzial besitzt, Krisen zu vermeiden beziehungsweise effektiv mit ihnen umzugehen, und somit relativ stabil ist. Dies ließe sich auch als »autoritäre Konsolidierung« klassifizieren. Diese Konsolidierung beruht auf den Faktoren (a) Existenz eines Entwicklungsstaats, der erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung durchzusetzen vermag, (b) Kapazität und Fähigkeit zu institutioneller Anpassung und flexibler Politikimplementierung sowie (c) Staatskapazität (inklusive repräsentative Kapazität gegen Oppositionelle) und (d) Legitimität unter der Bevölkerung. Chinas autoritäre politische Kultur, in der ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung autoritäre Strukturen präferiert, trägt ebenfalls zu dieser »Konsolidierung« bei.

2.5 Die relative Legitimität des chinesischen Entwicklungsstaats

Chinesische und westliche Untersuchungen haben gleichermaßen gezeigt, dass die Mehrheit der städtischen und ländlichen Bevölkerung Chinas die politische Führung und das politische System unterstützt.¹⁴ Für den US-amerikanischen Politikwissenschaftler David Easton baut »Unterstützung« (*support*) – neben dem Legitimitätsglauben der Bevölkerung – auf Vertrauen auf. Er unterscheidet zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung für ein politisches System: Spezifische Unter-

stützung ist das Ergebnis der von der Bevölkerung wahrgenommenen Leistungseffizienz des Systems; diffuse Unterstützung wiederum manifestiert sich als Vertrauensvorschuss in die Institutionen und die Fundamente der politischen Ordnung unabhängig vom konkreten System-Output.¹⁵ Vertrauen und Unterstützung scheinen dabei zu funktionsanalogen Begriffen zu werden: »spezifisches Vertrauen« entsteht (wie spezifische Unterstützung) durch die Erfüllung von konkreten Anforderungen an das System, »diffuses Vertrauen« (wie diffuse Unterstützung) durch längerfristige Erfahrungen mit Institutionen und durch die Verinnerlichung kontinuierlicher Vertrauensbeweise des Systems im Sinne von Verlässlichkeit. Es zeigt sich damit, dass Vertrauen, Legitimität und Stabilität in einem politischen System eng aufeinander bezogen sind.¹⁶ Die Unterstützung der chinesischen Bevölkerung für das politische System ist spezifisch und diffus zugleich. Die erfolgreiche ökonomische Entwicklung, die Kapazität, nationale Ziele zu realisieren (wie die Wiedervereinigung mit Hongkong und Macao), die Schaffung eines »starken Chinas«, das als Großmacht in Zukunft auf Augenhöhe mit den USA agiert, die Sicherstellung einer stabilen politischen Ordnung und die Überzeugung, dass die KP dem Land ein Schicksal wie das der ehemaligen Sowjetunion erspart hat, haben beide Formen von Unterstützung generiert.

Für China zählt weniger die sogenannte Input-Legitimität, das heißt Input durch Interessengruppen, politische Parteien, das Rechtssystem, Verbände usw., sondern eher »Output-Legitimität« im Sinne der Politikgestaltung zum Vorteil der chinesischen Gesellschaft. Output-Legitimität ist in erheblichem Maße an die politischen Beschlüsse der Regierung gebunden sowie an die sozialen Erwartungen der Bevölkerung. Die Bereitstellung öffentlicher Güter ist ein Kernpunkt von Output-Legitimität. Nehmen wir zum Beispiel Sozialprojekte im ländlichen Raum in den letzten Jahren: 2005 wurde die Agrarsteuer abgeschafft, später das Schulgeld im ländlichen Raum, danach wurden Maßnahmen zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur ergriffen und eine ländliche Gesundheits- und Rentenversicherung eingeführt. Zudem wurden soziale Wohnungsbauprogramme in Angriff genommen. Alle diese Maßnahmen wurden durch massive staatliche Subventionen ermöglicht und sind Teil der Output-Logik des Systems.

14 Dazu beispielhaft Bruce Gilley (2009): *The Right to Rule: How States Win and Lose Legitimacy*. New York: Columbia University Press.

15 Vgl. David Easton (1965): *A System Analysis of Political Life*. New York et al.: Wiley, S. 267ff.

16 Ebd.: S. 267-270.

Chines_innen unterscheiden allerdings zwischen der Legitimität der zentralen Behörden und derjenigen auf lokaler Ebene. Als der »gute« Staat genießt die Zentralregierung Vertrauen, während der »schlechte« Staat auf lokaler Ebene für alle Probleme verantwortlich gemacht wird und nur minimales Vertrauen besitzt. Gleichwohl ist eine derartige Zweiteilung allzu oberflächlich. Heberer und Schubert haben verdeutlicht, dass im ländlichen China vielerorts effektive Politikimplementierung möglich ist und durchaus erfolgreich sein kann.¹⁷

Gleichwohl sind Stabilität und Legitimität in China relativ: Die hohen Wachstumsraten sind nicht für die Ewigkeit, das politische System ist in hohem Maße fragmentiert, soziale Disparitäten und Konflikte nehmen beständig zu und Moralität und Gerechtigkeit sind weithin verloren gegangen (vgl. Kapitel 5). Von daher ist die Stimmung in der Bevölkerung ambivalent. Einerseits herrscht ein hohes Maß an nationalem Stolz über das Erreichte, andererseits nehmen Zweifel an der Zukunft des Systems zu. Von daher sind hohe Wachstumsraten langfristig keine Garantie für dauerhafte Stabilität und Legitimität. Selbst die Parteiführung kann nicht mehr ausschließen, dass die KP ihre Legitimität verlieren wird, wenn es nicht gelingt, die Regierungsführung (*governance*) zu verbessern und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

2.6 Modifizierung des Entwicklungsmodells: Das neue Reformprogramm der 3. Plenartagung des XVIII. Zentralkomitees vom November 2013

Im November 2013 verabschiedete die 3. Plenartagung des XVIII. Zentralkomitees ein 60-Punkte-Programm, das weitreichende Reformen in 15 Politikfeldern vorsieht.¹⁸ Dieses Programm soll bis 2020 umgesetzt werden. Es wird als »Fünfte Modernisierung« bezeichnet¹⁹, so wie

es die Modernisierung von *governance* im Unterschied zu politischen Reformen vorsieht:

- Modernisierung des Staates (Umbau im Hinblick auf Dienstleistungsfunktion);
- Reformen des Finanz-, Steuer-, Fiskal- und Bodensystems;
- Nachhaltigkeitsgebot;
- Reformen des Rechtssystems im Sinne des »Regierens mithilfe des Rechts«;
- Reformen des Marktes (Ausweitung der staatlich kontrollierten Marktwirtschaft und der regulierenden Rolle des Staates);
- weiterer Ausbau der Privatwirtschaft, des Binnenmarktes und -konsums;
- Modernisierung der Industrien und Verbesserung der Unternehmenseffizienz, Reform der staatseigenen Betriebe sowie *governance* der Gesellschaft (Stadt-Land-Integration);
- Errichtung eines landesweiten sozialen Sicherungssystems;
- Reform des Aufenthalts- und Niederlassungssystems (*hukou*-System), des Systems der »Umerziehung durch Arbeit« und der Ein-Kind-Geburtenplanung.²⁰

Bei diesem Reformprogramm handelt es sich um die weitreichendsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen seit 1978. Es umfasst nahezu alle Reformvorschläge, die von chinesischen und ausländischen Expert_innen seit Jahren vorgeschlagen wurden. Ein derart umfangreiches Programm kann nur schrittweise und zeitlich versetzt umgesetzt werden. Ein zentrales Leitungsteam für eine »umfassende Vertiefung des Reformprogramms« wurde eingesetzt, das die Umsetzung bis 2020 begleiten und anleiten soll.

Die Umsetzung dürfte nicht einfach werden und es zeichnet sich ab, dass aufgrund erheblichen Widerstandes der Zeitplan nicht einzuhalten ist. So müssen die allgemeinen Beschlüsse in ein konkretes Policy-Programm übersetzt werden, das umzusetzen ist. Zugleich sieht sich die zentrale Führung mit Eigeninteressen von spezifischen Interessengruppen konfrontiert. Letztlich zeigt das neue Reformprogramm aber, dass die gegenwärtige Führung unter Xi Jinping weiter der Reformphilosophie Deng Xiaopings zu folgen gedenkt. Zugleich zeigt sich daran,

17 Thomas Heberer/Gunter Schubert (2012): County and Township Cadres as a Strategic Group. A New Approach to Political Agency in China's Local State, in: *Journal of Chinese Political Science*, vol. 17, No. 3, S. 221-249.

18 The Decision on Major Issues Concerning Comprehensively Deepening Reforms (abridged version): http://www.china.org.cn/china/third_plenary_session/2013-11/16/content_30620736_4.htm. Chinesischer Text: http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/15/c_118164235.htm (aufgerufen am 4.12.2015). Der Beschluss Nr. 25 (2014) des Staatsrats zum *hukou*-System sieht explizit dessen Modifizierung vor; http://www.gov.cn/zhengce/content/2014-07/30/content_8944.htm (aufgerufen am 22.4.2016).

19 In Anlehnung an die »Vier Modernisierungen«: Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft Technik und Landesverteidigung.

20 Das System der »Umerziehung durch Arbeit« wurde mittlerweile abgeschafft, die Ein-Kind-Politik zugunsten einer Zwei-Kinder-Politik aufgegeben.

dass die Partei sich auch fortan als zentrale Entwicklungsagentur verstehen wird, die die Modernisierung der chinesischen Nation zu verwirklichen trachtet.

Das 6. Plenum des XVIII. Zentralkomitees hat Ende Oktober 2016 Xi Jinping offiziell zum »core leader« (*hexin lingdao*, 核心领导) erklärt. Zugleich hat Xi dort vor der Bildung von Cliquen, vor konspirativem Verhalten, Verschwörungen und Betrug in den oberen Parteiebenen gewarnt, einschließlich eines mangelnden Glaubens an die Partei, laxer Disziplin, Korruption, Anbetung von Geld, Nepotismus und Ämterverkauf. Xi verdeutlichte: Wie für die ökologische Verschmutzung so müsse auch für die Beseitigung der politischen Verschmutzung ein hoher Preis bezahlt werden.²¹

Was bedeutet die Bezeichnung »core leader« (Kernführer) für Xi? Dahinter steht die Idee, dass es eines starken Führers mit Autorität bedürfe, um die gegenwärtigen Probleme zu lösen. Und in der Tat präferiert die Bevölkerungsmehrheit politisch gesehen einen starken Staat und eine starke Führung. Auch nach vier Jahren Amtszeit hat Xi offensichtlich noch nicht die völlige Kontrolle über Partei und Staat durchsetzen können. Wichtig ist, dass »core« nicht absolute Macht bedeutet, sondern dass im Mittelpunkt die Frage steht, wessen Führung letztlich entscheidend ist. Dies soll als Signal an die ganze Partei und das gesamte Land wirken. In letzter Konsequenz geht es um politische Konzepte und deren Durchsetzung und nicht um persönliche Macht. Und diese Durchsetzung vollzieht sich nicht nur auf der Führungsebene, sondern muss auch gegen lokale Widerstände und lokales Nichtstun vollzogen werden. Eigene Untersuchungen auf der lokalen Ebene verdeutlichen, dass lokale Funktionäre oftmals nicht wissen, ob sie dem Kurs Xis (Korruptionsbekämpfung und Schaffung einer neuen Disziplin) folgen sollen oder dem Aufruf zu Investitionen und Innovationen des Ministerpräsidenten Li Keqiang. Die »core«-Frage soll dies beantworten und klären helfen.

3. Staat und Gesellschaft: Die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen

3.1 Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftliche Strukturen

Zivilgesellschaft kennzeichnet im Unterschied zum Staat in der Regel die Selbstorganisation. Autonomie, das heißt Unabhängigkeit vom Staatswesen, gilt dabei als Kernpunkt. In einer Gesellschaft wie der chinesischen, in der der Staat ein hohes Maß an Kontrolle der gesellschaftlichen Organisation verfolgt, stellt sich daher die Frage, ob es überhaupt so etwas wie Zivilgesellschaft geben kann. Aus drei Gründen erscheint es gerechtfertigt, den Begriff auf Länder wie China anzuwenden: Erstens sprechen chinesische Intellektuelle von einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung in China, und das sollten wir ernst nehmen. Zweitens bilden sich in China durchaus Strukturen einer solchen Gesellschaft heraus, und drittens entstehen zivilgesellschaftliche Strukturen und Prozesse nicht erst in einer Gesellschaft mit einem voll entwickelten demokratischen System, sondern sie bilden sich bereits vorher heraus.

In China spricht man von *gongmin shehui* als einer Gesellschaft des öffentlichen Volkes und von *shimin shehui* als einer Gesellschaft der Stadtbürger. Der erste Begriff bezieht sich auf die Verantwortung von Bürgern im Hinblick auf öffentliche Güter und gutes Verhalten, der zweite nur auf Stadtbewohner. Anders als in westlichen Konzepten steht hierbei nicht der Faktor politischer Macht im Vordergrund. Auch wird Zivilgesellschaft in China nicht als konfrontatives Modell gegenüber dem Staat begriffen, sondern als Format einer Kooperation von Staat und Gesellschaft, wobei der Staat nicht herausgefordert werden soll.

Wenn wir daher von Zivilgesellschaft in China sprechen, geht es nicht um die Frage, ob vom Staat unabhängige Organisationen und Sektoren entstehen, sondern ob sich ein öffentlicher Raum jenseits des Staates herausbildet, der diesen Staat nicht zu überwinden trachtet, sondern primär an der Verbesserung von Regierungstätigkeit interessiert ist.

Chinesische Intellektuelle beziehen sich hinsichtlich des Begriffs Zivilgesellschaft meist auf das Entstehen und Anwachsen von gesellschaftlichen Organisationen, Ver-

²¹ Das Kommuniqué findet sich unter <http://cpc.people.com.cn/GB/64162/64168/64560/65349/4442060.html> (aufgerufen am 21.11.2016).

einen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Eine Reduzierung zivilgesellschaftlicher Strukturen auf gesellschaftliche Organisationen halten wir indessen für zu eingeschränkt.

Der polnische Soziologe Piotr Sztompka hat von vier Kulturen in den postsozialistischen Ländern gesprochen, die für die Herausbildung und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Verhältnisse entscheidend seien: eine Unternehmenskultur, eine Bürgerkultur, eine Diskurskultur und eine Alltagskultur. Das ist insofern sinnvoll, als zur Entstehung einer entwickelten Zivilgesellschaft (auch als »Bürgergesellschaft« bezeichnet) die Herausbildung von Bürgern als Träger dieser Gesellschaft erforderlich ist.²² Unseres Erachtens bedarf es in China noch zwei weiterer Kulturen: der Herausbildung einer Verwaltungs- sowie einer Rechtskultur.

Wenden wir diese Kategorisierung auf China an, so bezieht sich das Moment der **Unternehmenskultur** auf die Entstehung von Unternehmen, die nicht nur für ihre Beschäftigten und deren Arbeitsbedingungen Verantwortungen tragen, sondern zugleich für gesellschaftliche Belange im Sinne sozialer Verantwortung und Verpflichtung. Viele Unternehmen engagieren sich mittlerweile schon im Sinne von »unternehmerischer sozialer Verantwortung«. Der Staat fördert das Engagement von Unternehmen im sozialen Raum, einerseits durch Auszeichnung besonders engagierter Unternehmer, andererseits durch öffentlichen Druck auf Unternehmen. Die Hoffnung des Staates ist, Unternehmer mögen als »Rushang« (konfuzianische Kaufleute mit gesellschaftlicher Verpflichtung) wirken, als Vorbilder für stärkeres Sozialengagement in der Gesellschaft.

Aus einer **Bürgerkultur** erwachsen Bürger mit Rechten und Pflichten. Vor allem die urbanen Mittelklassen sollen sich stärker um die sozial Schwachen kümmern. Dazu fördert der Staat ehrenamtliche Tätigkeiten in den städtischen Nachbarschaftsvierteln in Form von Anreizen und »Freiwilligenvereinigungen«. Mittelklasseangehörige im Arbeitsalter sind in der Regel jedoch beruflich zu stark eingespannt, so dass solche Tätigkeiten primär von Parteimitgliedern, Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes und Sozialhilfeempfängern (*dibaohu*) wahrgenommen werden. Personen außerhalb der eige-

nen Primärgruppen (Clans, Großfamilien, Dorfgemeinschaften, Staatsbetriebe, andere Personen und Gruppen, mit denen man Beziehungen pflegte – *guanxi*) konnten im traditionellen China und können bis heute nur selten Hilfe erwarten. Diesen Sachverhalt verdeutlicht schon der Begriff für Staat/Land (*guojia*), eine Zusammensetzung der Begriffe Staat/Land und Familie. Die Gesellschaft hatte darin keinen Platz. Der Schriftsteller Lin Yutang hat das Fehlen von Gemeinsinn im traditionellen China folgendermaßen erklärt: Nur ein Außenseiter, ein Ausgestoßener, ein Mensch mit einer »Vagantenseele« würde zum Beispiel ein fremdes Kind vor dem Ertrinken retten. Weshalb sollte man sich der Gefahr aussetzen, selbst zu ertrinken, um ein Kind zu retten, mit dem man gar nichts zu tun hat? Es wäre im Prinzip sogar ein Verstoß gegen das konfuzianische Gebot der Sohnespietät gewesen, hätte ein Sohn sein Leben aufs Spiel gesetzt, um ein ihm fremdes Kind zu retten – hätte er dabei doch selbst Schaden nehmen und auf diese Weise seinen Eltern Unheil zufügen können.²³

Diskurskultur wiederum bezieht sich auf eine relativ offene Debatte über die weitere gesellschaftliche Entwicklung, die Lösung von politischen, ökonomischen und sozialen Problemen und die Herausbildung einer »Streitkultur«, in der man unterschiedliche Argumente und Lösungsansätze erörtern kann. Eine solche Diskurskultur hat sich in China bereits in Ansätzen in der intellektuellen Diskussion, im Internet und selbst innerhalb der Partei herausgebildet. Allerdings gibt es hier eine Einschränkung: Das politische System sowie die Partei selbst und ihre Führung dürfen nicht zur Disposition gestellt werden.

Alltagskultur bezieht sich auf das Moment der »Modernisierung« oder »Zivilisierung« des Alltagsverhaltens, wie Max Weber oder Norbert Elias es in ihren Werken beschrieben haben, verbunden mit der Disziplinierung des Ichs, der Entstehung von Empathie, das heißt des sich Hineinversetzens in die Lage anderer, sowie der Rationalisierung des Denkens und Handelns.

Verwaltungskultur wiederum hat zu tun mit der Sichtweise, dass es sich bei den Menschen, mit denen die Verwaltungen zu tun haben, um gleichberechtigte Bürger und nicht um Untertanen handelt, dass Verwaltungs-

22 Piotr Sztompka (1993): Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 2, S. 88f.

23 Vgl. Lin Yutang (2016): *Mein Land und mein Volk*. Hrsg. und mit einer Einführung von Thomas Heberer, 2. Auflage. Esslingen: Drachenhaus Verlag, S. 243ff.

vorgänge institutionalisiert und transparent sein müssen und dass die Bürger das Recht haben, Verwaltungstätigkeiten zu kontrollieren.

Rechtskultur schließlich bedeutet, dass ein rationales Rechtssystem existiert, das neutral und strikt nach den Gesetzen urteilt, Staat und Bürger sich an die Gesetze halten, die Gesetze und Rechte einklagbar sind und die Menschen ein Rechtsbewusstsein entwickeln. Denn ohne ein solches Bewusstsein kann ein Rechtssystem nicht funktionieren.

Die Grundstrukturen einer solchen zivilgesellschaftlichen Gesamtkultur haben sich seit den 1990er Jahren allmählich herausgebildet, primär geschaffen vom Staat in einem kontrollierten *top-down*-Prozess. Das Moment »unternehmerischer sozialer Verantwortung« ist mittlerweile in China ein populäres Konzept. Und Websites wie »Zhongguo qiye shehui zeren wang«²⁴ oder »Li Bang«²⁵ propagieren positive Beispiele beziehungsweise kritisieren negative. Für viele große und mittlere Unternehmen wird »soziale Verantwortung« im Sinne der Förderung von sozialen oder Wohlfahrtsprojekten, aber auch der Fürsorge für die eigenen Beschäftigten zu einem Teil ihrer Werbestrategie. Vor allem im urbanen Raum, in den Hochschulen, im Engagement von Clubs, Vereinen und nicht staatlichen Organisationen entstehen neue Formen einer Zivilkultur, in der sich Menschen für Umwelt-, Ökologie-, Tierschutz- oder für sozial schwache und Randgruppen (Prostituierte, Drogenabhängige, Wanderarbeiter_innen, ethnische Minderheiten etc.) einsetzen. Eine Diskurskultur hat sich über das Internet mit seinen Chatgroups (»WeChat« und »Sina Weibo«, eine Art chinesisches »Twitter«) und den zahllosen Blogs herausgebildet.²⁶ Unsere eigenen Erfahrungen an chinesischen Hochschulen machen zugleich deutlich, dass heute viel offener und kontroverser diskutiert wird als noch vor zehn Jahren. Thematische Einschränkungen durch die politische Führung (wie mehr positive Darstellungen der Entwicklung Chinas an den Hochschulen, thematische Tabus wie Zivilgesellschaft etc.) werden eher als Warnung (»politischer Fingerzeig«) verstanden, zumal die

Umsetzung eigentlich nicht kontrolliert und im Alltag eher unterlaufen wird.

Zwei Entwicklungen besitzen zentrale Bedeutung für zivilgesellschaftliches Engagement, die wir im Folgenden behandeln möchten: die Herausbildung von Vereinigungen, Verbänden und NGOs und das Internet als neuer öffentlicher Raum.

3.2 Vereinigungen, Verbände, NGOs

Der offiziellen Statistik des Ministeriums für Zivilverwaltung zufolge waren Ende März 2014 in China 664800 Vereinigungen bis zur Kreisebene registriert, die sich in folgende Kategorien unterteilen: 329000 »soziale Organisationen« (*shehui tuanti*), 331000 private *non-profit*-Unternehmen (*minban fei qiye danwei*) sowie 4841 Stiftungen.²⁷

Dabei werden Vereinigungen auf der Gemeinde- und Dorfebene nicht erfasst, weil sie häufig spontan entstehen, lediglich über eine lockere Organisationsstruktur verfügen und die Mitglieder sich nicht registrieren müssen. Viele gesellschaftliche Vereinigungen haben sich überdies als »Wirtschaftsunternehmen« registrieren lassen. Denn eine solche Anmeldung ist verfahrensmäßig einfacher. Zudem gibt es eine große Zahl von informellen Organisationen, die sich zum Teil nur online organisiert haben und deren Zahl auf weit über eine Million geschätzt wird. Chinesische Sozialwissenschaftler_innen sprechen von der Existenz von mindestens 1,5 bis zwei Millionen Organisationen, von denen die meisten nicht angemeldet wurden. Dazu kommt die große Zahl von digitalen Vereinigungen, deren Mitglieder sich nur im Internet treffen und die von daher keiner Registrierung bedürfen.

Vereinigungen sozialer, fachlicher, künstlerischer und wissenschaftlicher Art beziehungsweise von Handelskammern (*shanghui*) und Branchenvereinigungen (*hanghui*) entstanden seit den 1980er Jahren, zum Teil spontan von unten. Um diese Vereinigungen stärker in das System einbinden und kontrollieren zu können, wurden im Oktober 1989 die »Bestimmungen über Anmeldung und Verwaltung gesellschaftlicher Vereinigungen« erlassen. Dass kurz nach der Niederschlagung der städtischen Protest-

24 Social responsibility of Chinese enterprises net; <http://www.chinacsr.cn> (aufgerufen am 5.12.2015).

25 http://www.ecocolor.com.cn/?utm_source=baidu&utm_medium=cpc&utm_term=119150&utm_campaign=c149&utm_content=g1240 (aufgerufen 05.12.2015).

26 Siehe dazu Jacques deLisle/Avery Goldstein/Guobin Yang (Hrsg.) (2016): *The Internet, Social Media, and a Changing China*. New York: Routledge.

27 Siehe http://www.china.com.cn/cppcc/2016-05/02/content_38364917.htm (aufgerufen am 25.10.2016).

bewegungen im Juni 1989 ein solches Gesetz erlassen wurde, zeigt, dass der Staat die Vereinigungen zwar nicht grundsätzlich ablehnte, aber die Entstehung von politischen Parallelstrukturen befürchtete. Um dies zu verhindern, bedurfte es der Anmeldung über eine »Bürgerschaftsorganisation« von Partei oder Staat, wobei diese Organisation zugleich eine Aufsichtspflicht gegenüber der betreffenden Vereinigung hatte. So musste zum Beispiel eine Wissenschaftlervereinigung über die staatliche Vereinigung für Wissenschaft und Technik angemeldet werden. Auch konnten nationale Vereinigungen nicht einfach lokale Zweigvereine gründen, und bezogen auf ein Tätigkeitsfeld konnte nur eine einzige nationale Vereinigung angemeldet werden. Dieses institutionalisierte Misstrauen des Staates sollte einerseits verhindern, dass sich Vereinigungen zu oppositionellen Kräften entwickeln, die den Staat herausfordern, andererseits sollte die Entstehung einer allzu großen Zahl von Organisationen etwa mit der gleichen Zielsetzung verhindert werden, zumal Letzteres auch die Kontrolle erschwert hätte.

Die offiziell registrierten Vereinigungen sind nicht einfach staatliche Interessenvertreter_innen. Entstanden sind sie aufgrund der wachsenden Differenzierung der Gesellschaft. Der Staat kann nicht mehr alle Gesellschaftsfelder effektiv bearbeiten und benötigt zudem Informationen über diese. In autoritären Staaten wie China verhindert der Staat allerdings allzu große Autonomie dieser Vereinigungen. Den Organisationen ist dies bewusst und sie bemühen sich daher um »Einbettung« (*embeddedness*) in den Staat. Die engen Verbindungen zu staatlichen Stellen und die Kooperation mit Staat und Partei erlauben ihnen, Anliegen in staatliche Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubringen und damit eine gewisse Einflussnahme auf Politik.

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Organisationsvielfalt deutlich erhöht. Neben den sportlichen, beruflichen, kulturellen, fachlichen, wissenschaftlich-technischen und gesundheitlichen Organisationen ist eine große Zahl von Vereinigungen und Stiftungen entstanden, die sich für Umweltschutz und Ökologie, bedrohte Tierarten, soziale Randgruppen, Aidskranke, Drogenabhängige, Prostituierte, Straßenkinder, ethnische Minderheiten, die Erhaltung von Kulturgütern und Landschaften oder den Verbraucherschutz einsetzen, aber auch für die Verbreitung von Bildung, Basiswahlen, Partizipation in Nachbarschaftsvierteln, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Wanderarbeiter_innen oder gegen häusliche

Gewalt. Vornehmlich in Südchina haben sich Handelskammern und Branchenvereinigungen herausgebildet, die gemeinsamen Branchen angehören (etwa Möbelhersteller oder Internetunternehmen) oder regionale Herkunft teilen. So gibt es in den Städten im ganzen Land Hunderte von Handelskammern auswärtiger Privatunternehmer (*yidi shanghui*) mit derselben Herkunft (wie zum Beispiel Wenzhou, Yiwu, Foshan, Chaozhou), die sich gegenseitig helfen und unterstützen und zum Teil durchaus Einfluss auf lokale oder regionale Politik nehmen.²⁸

Da »freiwilliges soziales Engagement« für Studenten mittlerweile zur Pflicht geworden ist, ist unter anderem im Umweltbereich eine große Zahl studentischer Umweltgruppen entstanden, die sich gegen Umweltverschmutzung einsetzen und Kontroll- und Überwachungsfunktion übernommen haben.

Solange solche Vereinigungen nicht politisch brisante Ziele verfolgen oder sich politisieren, kooperiert der Staat mit ihnen, zumal sie auf der lokalen Ebene häufig berechtigte Anliegen aufgreifen, Informationen darüber liefern und konfliktmindernd wirken können. Chinesische Umfragen unter sozialen Organisationen belegen, dass die Mehrheit zu größerer Transparenz, Verbesserung von *governance*, Verbesserung der Umwelt und Ökologie sowie Unterstützung von sozial Schwachen und Randgruppen beitragen will. Bereits 2013 wurde daher ein Registrierungssystem eingeführt, bei dem sich Vereine ohne Dazwischentreten einer »Bürgerschaftsorganisation« direkt bei den Behörden für Zivilverwaltung anmelden können. Gleichwohl kommen solche Vereine häufig in Konflikt mit lokalen Behörden, wenn sie Probleme aufgreifen, die die Pfründe oder Interessen lokaler Behörden oder Funktionäre tangieren.

Über diese neuen Organisationen hinaus gibt es eine große Zahl von nicht registrierten traditionellen und informellen Vereinigungen wie Landsmannschaften (basierend auf gemeinsamer geografischer Herkunft), Clans, Tempelvereinigungen oder Geheimgesellschaften, die ihren Mitgliedern meist Unterstützung und Hilfe gewäh-

28 Vgl. dazu Thomas Heberer (2016): Strategic Behavior of Private Entrepreneurs in China – Collective Action, Representative Claims, and Connective Action. Working Papers of *East Asian Studies*, 108, May. University Duisburg-Essen; https://www.uni-due.de/imperia/md/content/in-east/about/publications_green_series/paper108-2016.pdf (aufgerufen am 25.10.2016).

ren und weitgehend autonom operieren.²⁹ Ob diese jedoch die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen stärken, ist fraglich, da sie gesellschaftliche Interessen nicht direkt vertreten, sondern primär die Interessen von Verwandtschafts- oder regionalen Gruppen mit dörflicher Herkunft. Ein Blick auf deren Wirken in anderen Weltteilen zeigt, dass solche traditionellen Organisationen eher ein Hindernis für zivilgesellschaftliche und Demokratisierungsprozesse darstellen können.

Die Existenz zahlreicher sozialer Organisationen bedeutet an sich noch keinen direkten politischen Wandel. Sie fördert indessen einen gesellschaftlichen Differenzierungsprozess und eine Erweiterung des gesellschaftlich-öffentlichen Raums. Der Staat akzeptiert diese Entwicklung, solange solche Organisationen sich staatlicher Einbindung nicht zu entziehen versuchen oder direkt gegen seine Hegemonie wenden.

Ein neues Gesetz zur Verwaltung ausländischer NGOs von 2016 sieht nun vor, dass die Registrierung und Verwaltung dieser Organisationen künftig nicht mehr vom Ministerium für Zivilverwaltung, sondern vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit geleistet werden soll. Die Sicherheitsorgane können jederzeit die Räumlichkeiten ausländischer NGOs betreten und Dateneinsicht fordern. Geldtransfers an chinesische NGOs und ebenso Personaleinstellungen sind genehmigungspflichtig. Auf jeden Fall werden dadurch die Arbeit internationaler NGOs in China und Kontakte zwischen chinesischen und ausländischen NGOs erschwert.³⁰

Außerdem sollen künftig Parteiorganisationen in inländischen NGOs eingerichtet werden, die kontrollieren sollen, inwieweit eine Organisation sich an staatliche Politik hält.

3.3 Das Internet als öffentlicher Raum

Durch das Internet wurde nicht nur das staatliche Nachrichtenmonopol untergraben. Es entstanden dadurch zugleich neue Formen der Öffentlichkeit und des öffentlichen Raums. Hier werden Informationen ausgetauscht,

gesellschaftskritische Fragen erörtert und soziale Ungerechtigkeiten sowie Fehlverhalten von Funktionären und lokalen Regierungen angeprangert. Verändert hat sich dadurch auch die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft. Gesetze, wichtige Reden und politische Entscheidungen auf allen Regierungsebenen werden im Internet veröffentlicht, wodurch sich die Transparenz von Regierungstätigkeit deutlich erhöht hat. Behörden kommunizieren vielfach ihre Anliegen mit den Bürgern online via Foren oder Chats, und der Staat gewinnt über das Netz eine Vielzahl von Informationen über die lokale Ebene. Von daher argumentieren Sozialwissenschaftler_innen, dass das Internet in China die Herausbildung einer Zivilgesellschaft fördere, weil es einen öffentlichen Raum für Diskurskultur geschaffen habe, (virtuelle) soziale Organisationen habe entstehen lassen und neuen Protestformen Raum gegeben habe. Es fördere von daher öffentliche Debatten und Problemartikulation und wirke quasi als gesellschaftlicher Überwachungsmechanismus.³¹

Ende 2015 gab es insgesamt 688 Millionen Internetnutzer, wobei der ländliche Anteil lediglich 28,3 Prozent (195 Millionen) ausmachte. Um den Anteil der Letzteren zu erhöhen, wird gegenwärtig ein Programm umgesetzt, das in allen Dörfern Internetzugang gewährleisten soll.

Das Internet macht zugleich staatliche Ungerechtigkeiten und Skandale sichtbar und trägt diese Informationen in Sekundenschnelle durch das ganze Land. Um einige Beispiele zu geben:

Im Frühjahr 2009 kam es im Internet zu einer breiten Debatte über den Tod mehrerer Menschen in Polizeihaft in verschiedenen Regionen Chinas. In Kunming (Provinz Yunnan) rief die Provinzregierung sogar die Internetnutzer auf, sich des Falls anzunehmen, Informationen darüber zu sammeln und an die Regierung weiterzugeben. Offizielle Polizeierklärungen wurden von der Öffentlichkeit infrage gestellt und auch ein Teil der Medien schloss sich dieser Skepsis an. Es wurden nicht nur unabhängige Untersuchungen gefordert, vielmehr wurden (die offiziell verbotene) Folter durch Sicherheitsorgane, das Haft- und das Strafsystem angeprangert und entsprechende Reformen verlangt. Selbst das chinesische Parlament (Natio-

29 Vgl. z. B. Robert P. Weller (2001): *Alternative Civilities. Democracy and Culture in China and Taiwan*. Boulder: Westview Press, S. 138ff.

30 Eine deutsche Übersetzung dieses Gesetzes und ein Kommentar dazu finden sich in Knut Benjamin Pißler (2016): *Foreign NGOs in China revisited* (2016): *Zwischen Zivilgesellschaft und Überwachungsstaat*, in: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, 23, S. 117-124.

31 Vgl. Guobin Yang (2009): *The Power of the Internet in China: Citizen Activism Online*. New York: Columbia University Press; Yongnian Zheng (2007): *Technological Empowerment: The Internet, State, and Society in China*. Stanford: University Press Stanford.

naler Volkskongress) befasste sich auf seiner Tagung im März 2009 mit dieser Problematik.

2011 kam es zum Zusammenstoß zweier Hochgeschwindigkeitszüge in Südchina, bei dem über 40 Menschen zu Tode kamen. Das Eisenbahnministerium, das als eines der korruptesten Ministerien galt, versuchte den Vorfall durch hastige Bergungsarbeiten und den Versuch, die verunglückten Züge vor Ort zu vergraben, zu vertuschen. Der Vorfall entwickelte sich unter »Sina Weibo« rasch zu einer breiten und brisanten Diskussion über die politischen Hintergründe und Kaderkorruption. Durch massive Kritik im Internet sah sich die Zentralregierung veranlasst, eine Untersuchungskommission einzusetzen, die technische Mängel und laxes Verhalten der Bahnbehörden dafür verantwortlich machte. Verantwortliche Führungskräfte des Ministeriums sowie der regionalen Bahnbehörden wurden entlassen, das Ministerium 2013 sogar aufgelöst.

2012 entdeckten Blogger auf dem Foto eines schweren Unfalls den Leiter des Amtes für Unfallsicherheit der Provinz Shaanxi, der sich grinsend die Unfallstelle ansah. Seine teure Armbanduhr erregte die Aufmerksamkeit der Blogger, die nun im gesamten Netz nach Fotos von ihm fahndeten und feststellten, dass er über ein beachtliches Arsenal an Luxusuhren und anderen Luxusartikeln verfügte. Auf Druck der Blogger wurde der Amtsleiter abgesetzt und eine Untersuchung gegen den »Bruder Uhr« (*biao dage*) eingeleitet.

Diese Fallbeispiele deuten an, dass das Internet durchaus Einfluss auf die öffentliche Meinung nimmt und Druck auf die Politik ausübt. Es lässt sich von einer neuen Form des **kollektiven Handelns** sprechen, von einer neuen sozialen Bewegung beziehungsweise von »e-social movement«.

Zugleich trägt das Internet zur Herausbildung neuer sozialer Medien-Organisationen bei, wobei es sich nicht um niedergelassene Organisationen handelt, sondern um internetbasierte Plattformen (internetbasierte Unterstützer-, Graswurzel- und Basisbewegungen). Deckt etwa eine Umweltorganisation lokal einen Umweltskandal auf, wobei die lokale Veröffentlichung von Informationen zu ihrem Verbot führen könnte, gibt sie die Informationen über SMS, Chatnetzwerke oder andere Online-Kanäle an Umweltgruppen oder Medien an anderen Orten weiter, so dass ein solcher Skandal rasch landesweit publik

gemacht werden und die lokalen staatlichen Stellen ihn nicht einfach vertuschen können.

Ein neues Medienphänomen in China ist »WeMedia« oder »Selbst-Medien« (自媒体, *zi meiti*). Dies bezieht sich auf eine Art »Bürgerjournalismus«, d. h. auf die Veröffentlichung von Inhalten im Internet, die von professionellen Journalisten außerhalb traditioneller Medien produziert werden. Vorreiter ist die Shanghaier Webseite *Pengpai* (澎湃, Englisch: Paper), die primär von Personen bedient wird, die sich einem investigativen, kritischen Journalismus verpflichtet fühlen. Im März 2016 wurde dort z. B. ein nationaler Impfstoffskandal aufgedeckt. Es handelt sich bei dieser Plattform um ein mit staatlichen und privaten Mitteln gefördertes Experiment, das sich zwischen den Polen Selbstzensur und Reaktion auf Marktnachfrage bewegt und bewegen muss. Ein im Oktober 2016 veröffentlichter Untersuchungsbericht verdeutlicht, dass die Partei solche Projekte unterstützt, um Teile der Jugend für sich zu gewinnen, die sich von den Print- und anderen sozialen Medien abgewendet haben und nach alternativen Informationsquellen suchen. Die Parteiführung unterstützt solche Projekte, wenn und insofern sie selbst und die zentrale Politik nicht angegriffen werden. Zugleich – so der Bericht – scheint diese Entwicklung die politischen Grenzen der Berichterstattung in positiver Weise zu verschieben.³²

Zwar versucht der Staat, mit einigen Zehntausend Internetkontrolleuren das Internet zu überwachen, und er blockiert ihm allzu weit gehende gesellschaftspolitische Diskussionen und systemkritische ausländische Websites. Auch ist er bestrebt, mit immer komplexeren Firewalls das Internet auszuforschen. Blogger sollen sich mittlerweile mit ihren offiziellen Namen registrieren lassen, so dass sich Meinungsäußerungen im Internet zurückverfolgen lassen. Zudem werden zu Abschreckungszwecken periodisch immer wieder »Cyber-Dissidenten« verhaftet und bestraft.³³ Die Grundstimmung der Internetnutzer und die gesellschaftspolitischen Debatten lassen sich dadurch allerdings nicht eindämmen, zumal findige Internetnutzer genau wissen, wie sie die Zensur umgehen

32 Seite unter <http://www.thepaper.cn/> (aufgerufen am 25.10.2016). Der Untersuchungsbericht: Maria Repnikova/Kecheng Fang (2016): China's New Media. Pushing Political Boundaries Without Being Political, in: *Foreign Affairs*, 12 October, 2016, <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2016-10-12/chinas-new-media> (aufgerufen am 25.10.2016).

33 Details dazu finden sich im Freedom House Country Report China »Freedom on the Net« 2015; <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2015/china> (aufgerufen am 29.10.2015).

und geblockte Seiten anderweitig aufrufen können.³⁴ Zudem ist auch das Zensursystem fragmentiert. Regional und lokal gelten oftmals unterschiedliche Zensurstandards. Eine völlige Kontrolle des Internets und speziell der Mikroblogger ist kaum möglich, so dass der Staat mittels Abschreckung eher auf eine Stärkung der Selbstzensur setzt. Eine interessante Studie an der Harvard-Universität hat ergeben, dass es nicht die Absicht der Zensur ist, kritische Äußerungen zu Partei und Staat zu unterbinden. Vielmehr sollen Versuche der Organisation kollektiver Aktionen und kollektiven Handelns frühzeitig unterbunden werden. Die Autoren der Studie weisen darauf hin, dass die Duldung kritischer Äußerungen im Internet letztlich die Legitimität des Staates stärken und ein Regime an der Macht halten, weil Kritiker ihren Unmut öffentlich kundtun und kommunizieren können.³⁵

Internetnutzer und Blogger in ihrer Gesamtheit sind in der Regel nicht systemkritisch. Internetkritik ist eher gesellschaftskritischer Natur. Der Mehrheit der Nutzer geht es gegenwärtig nicht um die Veränderung des politischen Systems, sondern um dessen Effektivierung im Sinne von *good governance*.³⁶

Wir müssen allerdings zwischen zwei Arten der öffentlichen Meinung unterscheiden: einer »positiven«, die vornehmlich auf die Verbesserung von *governance*, größere politische Transparenz, Partizipation der Bürger und Streuung von Informationen über gesellschaftliche Missstände abzielt, und einer »negativen«, charakterisiert durch chauvinistische und nationalistische Äußerungen sowie den Ruf nach militärischer Lösung externer Konflikte und nach Stärkung autoritärer Strukturen.

3.4 Bildet sich in China eine Zivilgesellschaft heraus?

Was sich herausbildet, sind zivilgesellschaftliche Strukturen, gekennzeichnet durch die (staatlich kontrollierte) Gründung gesellschaftlicher Organisationen »von unten«, das Entstehen öffentlicher Räume und Diskurse

34 Wie das funktioniert, erläutert der Blogger Wen Yunchao: http://www.tudou.com/programs/view/rs4E_bUBTmY (aufgerufen am 23.1.2009).

35 Gary King/Jennifer Pan/Margaret E. Roberts (2013): How Censorship in China Allows Government Criticism but Silences Collective Expression, in: *American Political Science Review*, 107, No. 2, May, S. 1-18.

36 Jens Damm (2003): Internet and the Fragmented Political Community, in: *IIAS Newsletter* 33, S. 10.

(neue Medien), die Zunahme freiwilliger und ehrenamtlicher sozialer Aufgaben oder die wachsende soziale Verantwortungspflicht von Unternehmen. Der Staat toleriert, fördert oder unterstützt solche Bestrebungen, wenn sie sich nicht gegen das Herrschaftssystem oder seine Grundstrukturen richten. Zugleich sucht er alle diese Bestrebungen an staatliche Räume an- oder einzubinden, um keine politischen Parallelstrukturen entstehen zu lassen, die ihn herausfordern könnten. Die gesellschaftlichen Vereinigungen und Akteure können diesen Spielraum wiederum nutzen, um Entscheidungsfindungen und Handlungsweisen zu beeinflussen oder auf staatliches Eingreifen im Hinblick auf soziale Missstände zu drängen. Einerseits entwickeln sich soziale Aktivitäten von unten, aber der Staat versucht, diese zu kanalisieren und zu institutionalisieren. Eine autonome Zivilgesellschaft im Sinne westlicher Demokratien entsteht dadurch noch nicht, aber Strukturen zivilgesellschaftlichen Engagements, die die Voraussetzung für die Weiterentwicklung und Vertiefung bürgerlichen Engagements jenseits des Staates bilden. In einem Bericht der Weltbank über die Rolle des Staates wurde bereits hervorgehoben, dass in Gesellschaften mit schwach entwickelter Zivilgesellschaft dem Staat die Aufgabe zukommt, im Interesse größerer Effizienz und Bürgernähe einerseits öffentliche Aufgaben zu delegieren (an Bürger, NGOs oder den Privatsektor).³⁷ Diese Delegation ist ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Durch die Selbstorganisation sowie partizipative Beteiligung der Bürger gewinnt die Gesellschaft andererseits an Selbstständigkeit gegenüber dem Staat: ein wesentlicher Faktor im Hinblick auf die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen, auch wenn der Staat sich bemüht, diese Aktivitäten zu kontrollieren.³⁸

4. Kontrolle der Gesellschaft

Soziale Kontrolle bezieht sich auf Kontrollmechanismen im Interesse der Einhaltung gesellschaftlicher Normen und zur Sanktionierung von Abweichungen. Mithilfe dieser Mechanismen sollen Individuen und Gruppen zu bestimmten Verhaltensweisen und zur Einhaltung von Normen und Regeln gebracht werden. In der Mao-Ära

37 World Bank (Hrsg.) (1997): *World Development Report 1997*. Oxford et al.: The World Bank.

38 Zu diesem Thema vgl. auch Thomas Heberer (2012): China – Creating Civil-Society Structures Top-down? In: Jianxing Yu/Sujian Guo (Hrsg.): *Civil Society and Governance in China*. New York: Palgrave Macmillan, S. 63-84.

gehörten politische Kampagnen und Massenbewegungen sowie ideologische Massenindoktrination (unter anderem mittels regelmäßiger politischer »Studiensitzungen« in jeder Arbeitseinheit – *danwei*) zu den Hauptinstrumenten sozialer Kontrolle. Mit ihrer Hilfe sollte das Bewusstsein der Menschen verändert werden, um sie an das System anzupassen. Weitere wichtige Instrumente sozialer Kontrolle waren das Rechtssystem, die Parteiorganisationen, das Haushaltsregistrierungssystem (*hukou*), das die Menschen in Stadt- und Landbewohner unterteilte, Mobilität stark einschränkte und die Menschen an den ihnen zugeordneten Wohnsitz (Dorf, Stadt) band, die Personalakten für jedes Individuum oder die lebenslange Zugehörigkeit zu einer Betriebseinheit.

In den Städten war zudem mit der Gründung von Straßenbüros und Einwohnerkomitees (EK) in den 1950er Jahren ein dichtes Kontrollnetz geschaffen worden. Diese hatten nicht nur die Aufgabe, zentral beschlossene Politik (wie zum Beispiel die Massenkampagnen) in den Wohnvierteln umzusetzen, sondern sollten sich auch um soziale Probleme und Problemgruppen (Arbeitslose, Rentner, Behinderte, entlassene Strafgefangene usw.) kümmern. Sie gründeten Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen und kleine Betriebe. Sie übten polizeiliche Hilfsfunktionen aus, wirkten als Melde- und Sozialämter. In Zeiten politischer Radikalisierung mutierten sie zu politischen und ideologischen Überwachungs- und Kontrollinstanzen.

Straßenbüros und EKs wurden primär in solchen Wohnvierteln gebildet, die keinem spezifischen Betrieb (*danwei*) unterstanden. Primär nicht in *danwei* organisierte Personen sollten so in soziale Organisationsstrukturen eingebunden werden. Dies waren vornehmlich Familienangehörige von Personen, die in größeren *danwei* arbeiteten, Beschäftigte in Kleinbetrieben, Rentner, Hausfrauen oder Arbeitslose. Personen, die einer *danwei* angehörten, beteiligten sich in der Regel nicht an den Aktivitäten der EKs. Auf diese Weise waren die Stadtbewohner in ein zweigliedriges Organisationsnetz integriert: entweder in ihre Arbeits- oder in ihre Wohneinheit.

In der Volksrepublik war es über Jahrzehnte hinweg die *danwei*, die Arbeits- oder Wohneinheit, der jemand angehörte, über die eine Person registriert, Kampagnen organisiert und so eine spezifische Art sozialer Kontrolle erreicht wurde. Bei einer *danwei* handelt es sich um den Betrieb oder die Behörde, in der jemand arbeitet, par-

tiell das Wohnviertel, in dem jemand wohnt, oder das Dorf. Eine *danwei* lässt sich mit unseren Arbeitsstätten nicht vergleichen, da die jeweiligen Mitglieder viel enger mit ihr verflochten sind. Sie war zugleich Arbeits- und Lebensraum. Die Einheiten hatten nicht nur soziale Aufgaben und Pflichten (unter anderem Sozialversicherung, Kindergärten, Gesundheitsversorgung, Wohnungszuteilung), sie waren auch zuständig für das gesamte Leben ihrer Angehörigen (wie Geburtenplanung, Schlichtung familiärer Streitigkeiten, Heirat und Scheidung, Sport- und Freizeitaktivitäten usw.). Auch wenn die Rolle der *danwei* durch den Reformprozess signifikant abgenommen hat: Im Staatssektor ist das Leben der dort Beschäftigten noch immer eng mit ihr verbunden.

Die Wirtschaftsreformen ab Ende der 1970er Jahre, der sozioökonomische Wandel und damit verbunden wachsende soziale Mobilität haben die Strukturen sozialer Kontrolle signifikant verändert. Traditionelle Gemeinschaften wie zum Beispiel die *danwei* zerfielen aufgrund von Betriebsschließungen oder Unternehmenszusammenbrüchen. Zum einen lösten sie sich auf oder stießen Personal ab, zum anderen bewirkte die Reform der Wohnungspolitik, dass Wohnungen an ihre Besitzer verkauft wurden, und drittens entstanden neue Wohngebiete mit Eigentumswohnungen, deren Besitzer sich aus Angehörigen unterschiedlicher sozialer Gruppen zusammensetzten.

Dazu kommt die Veränderung der Sozialstruktur: der Abstieg ehemals privilegierter Gruppen (städtische Facharbeiter) und der Aufstieg neuer Eliten (Privatunternehmer, Professionals, neue Mittelklasse). Viele Wohnviertel sind deshalb sozial fragmentiert. Sie bestehen aus Teilvervierteln, in denen zum Beispiel noch Angehörige bestehender oder ehemaliger *danwei* wohnen, zugleich aber Angehörige der lokalen politischen oder ökonomischen Elite, die neu errichtete Eigentumswohnungen gekauft haben. Durch den Kauf beziehungsweise Verkauf von Wohnraum und Wohnungswechsel hat sich die Zusammensetzung der Bewohnerschaft verändert. Händler, Handwerker und Unternehmer aus dem ländlichen Raum mieten oder kaufen sich ein, so dass ältere Wohnviertel mittlerer Qualität häufig ganz unterschiedliche soziale Gruppen beherbergen. Dazu kommt die Differenzierung und Polarisierung der Wohnquartiere. Neben einfachen Wohnvierteln findet man in den Städten immer mehr teure oder luxuriöse Wohnanlagen, sogenannte *gated*

communities, die durch hohe Mauern oder Zäune nach außen hin abgeschirmt sind und deren Zugänge von privatem Sicherheitspersonal kontrolliert werden.

Die traditionellen EKs, deren Reputation unter der Bevölkerung relativ gering war und bei deren Mitarbeitern es sich überwiegend um ältere Personen (vornehmlich Rentnerinnen) mit geringem Bildungsgrad handelte, vermochten den neuen Anforderungen nicht mehr gerecht zu werden. Die Erodierung der *danwei*-Strukturen, die Zunahme temporärer Bevölkerung, das Anwachsen von Arbeitslosigkeit und städtischer Armut sowie fehlende Organisationsstrukturen für die Privatwirtschaft waren die wichtigsten Gründe. Dazu kamen der Zerfall von Familien (durch wachsende Scheidungsraten) und traditioneller Werte sowie die Erodierung sozialer und öffentlicher Sicherheit. Überdies waren die ökonomische Privatisierung und die soziale Individualisierung nicht mehr von den Straßenbüros aus zu steuern und zu regeln. Konflikte sollten nun direkt auf der Wohnviertelebene behandelt und gelöst werden, um den Staat zu entlasten und von höheren Organen kommende Beschlüsse für die Wohngemeinschaften akzeptabler zu machen. Zugleich wurden Aufgaben der Verbesserung des Wohnumfeldes und der -infrastruktur, der Freizeitgestaltung und der sozialen Fürsorge auf diese Ebene verlagert. Ende der 1990er Jahre setzte daher eine Umstrukturierung der EKs ein. Die Verwaltungsgebiete der bestehenden EKs wurden zu größeren *Shequ* zusammengelegt, die von EKs verwaltet werden. Sie stellen die administrativen und exekutiven Leitungsorgane der *Shequ* dar. Durch diese Neuordnung wurde die weit verbreitete Wohnorganisation nach *danwei* aufgebrochen.

Der Begriff *Shequ* lässt sich am ehesten mit Gemeinde oder Gemeinwesen (oder dem englischen Begriff *community*) übersetzen und bezeichnet ein geografisch abgegrenztes Wohngebiet (eine Nachbarschaft). Das Organisationsgesetz für Einwohnerkomitees von 1989 weist diesen Komitees im Prinzip zwei große Aufgabengebiete zu: a) Unterstützung der Regierung beim Schutz der gesellschaftlichen Stabilität und b) Dienst- und Sozialleistungen für die Bewohner.

Im ländlichen Raum diente das Programm des »Aufbaus neuer sozialistischer Dörfer« auch dazu, dort soziale Kontrolle auszudehnen. Dörfer wurden durch Ausbau der Infrastruktur miteinander verschmolzen, in städtische

Räume integriert oder in ländliche »*Shequ*« reorganisiert. Die Modernisierung des ländlichen Raumes diente einerseits dessen ökonomischer und gesellschaftlicher Entwicklung, den Hausbau- und Umweltprogrammen im Zuge der Zivilisierung der Dörfer, aber andererseits auch der besseren Anpassung an den *urban sprawl*, also die Ausbreitung des urbanen Raumes, sowie dem Bedarf an Boden für die Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben und den Bau von Eigentumswohnungen. Die vertiefende soziale Kontrolle war ein wichtiger Bestandteil des neuen Dorfaufbauprogramms.

In den letzten zehn Jahren wurden modernere Formen sozialer Kontrolle wie »Sozialmanagement« (*shehui guanli*) und *social governance* diskutiert. Für chinesische Intellektuelle bedeutete »Sozialmanagement« mehr den Umgang des Staates mit sozialen Bewegungen, Prävention gegen soziale Unruhen und Spannungen und seine Reaktion darauf. Sie schlugen daher vor, *social governance* in den Mittelpunkt zu rücken, was stärker auf Interaktion zwischen Staat und Gesellschaft setzt. Während *social governance* Eingang in das 2013 beschlossene Reformprogramm fand, sein Inhalt aber weiter präzisiert werden müsste, wird tatsächlich in vielerlei Hinsicht eher ein Management der Gesellschaft praktiziert. Pläne zur Schaffung eines gläsernen Bürgers, dessen Verhalten minutiös erfasst werden soll, und zwar auf der Basis neuester Technologien, sollen an die Stelle transparenter Verfahrensweisen treten. Sozialmanagement löste aber auch eine Debatte über die Etablierung neuer Formen des Konfliktmanagements und der -prävention aus – im Interesse sozialer Stabilität eine immer dringendere Auseinandersetzung.

Das Internet ist heute ein zentrales Instrument sozialer Kontrolle. So kann die Zensur etwa durch eine systematische Vorsortierung von in Blogs oder Internetbeiträgen auftauchenden Statements politisch unerwünschte Stellungnahmen oder Aussagen löschen. Aufrufe zu kollektivem Handeln werden systematisch herausgefiltert, was die freie Entfaltung von politischen Diskursen verhindert beziehungsweise einschränkt. Staatliche Behörden verfügen über die Mittel, unliebsame Diskussionen aus dem Netz verschwinden zu lassen. Skandale werden aber auch bewusst lanciert, um missliebige Personen zu diskreditieren, indem sie etwa im Netz mit Sex- oder Luxuskandalen in Verbindung gebracht werden. Die Skandalisierung läuft von daher in beide Richtungen: vonseiten

der Bürger gegen Missbrauch gerichtet und vonseiten des Staates zur Denunziation.

5. Wertewandel und -orientierung

Werte sind Maßstäbe, an denen sich Menschen bei ihren Handlungen und Handlungsweisen orientieren. Es handelt sich also um gesellschaftliche Standards, Verhaltensnormen und Verhaltensmotivationen. Ökonomischer und damit verbunden sozialer Wandel bewirken zugleich einen Wertewandel. In China verlief dieser Prozess jedoch so rasch, dass sich eher von einem Werteverfall sprechen lässt, an dessen Stelle erst wieder neue Wertestandards treten müssen. Die in den 1980er Jahren eingeführte Formel »Lasst einige zuerst reich werden« und die Priorität des Geldverdienens als Zeichen gesellschaftlichen Erfolges hat eine Marktgesellschaft hervorgebracht, in der jeder auf seine Weise – legal oder illegal – Geld »machen« sollte. Nicht nur die Regierung, auch zahlreiche prominente Intellektuelle beklagen mittlerweile den moralischen Verfall der Gesellschaft. Bezeichnend für diesen Werteverfall, der von großen Bevölkerungsteilen bereits in den 1980er und 1990er Jahren beklagt wurde, steht eine Umfrage von 2014, im Rahmen derer nahezu 60 Prozent der Befragten meinten, bezogen auf moralische Standards gebe es kein »richtig« oder »falsch«, im Hinblick auf Moralfragen kein »gut« oder »böse«, da hier jeder eigene, individuelle Ansichten pflege.³⁹ Werte und Moral als Teil gesellschaftlichen Zusammenhalts scheinen weitgehend erodiert zu sein. Der Soziologe Sun Liping spricht davon, dass in China die größte Gefahr nicht von Unruhen ausgehe, sondern vom moralischen Verfall der Gesellschaft. Der Preisträger des tschechischen Franz-Kafka-Literaturpreises 2014 sagte in seiner Rede anlässlich der Preisverleihung: »Wenn ich mir das gegenwärtige China anschau, dann sehe ich Korruption, Absurdität, Unordnung und Chaos. Das jahrtausendealte System der Moralität und Respektierung von Humanität ist aus den Fugen geraten.« Und der Moralphilosoph He Huaihong fordert eine neue Sozialethik. Die traditionellen Moralvorstellungen, basierend auf konfuzianischen, zugleich auch buddhistischen und daoistischen Elementen, waren in der Kulturrevolution massiver Kritik unterzogen worden (vgl. zum Beispiel die Kampagne

gegen Lin Biao und Konfuzius 1974/75), partiell durch sinisierte marxistische (»maoistische«) Moralkategorien ersetzt worden. Werte wie Aufopferung für das Kollektiv und Verhalten im Interesse der Gemeinschaft fanden im Verlauf des Reformprozesses immer weniger Anklang. An ihre Stelle traten Werte, die stark auf Konsum, privates Glück, berufliche Karriere, Maximierung des Einkommens oder innere Versenkung ausgerichtet waren. Das Verständnis großer Teile der Bevölkerung von »Marktwirtschaft« als Ökonomisierung des gesamten Denkens und Handelns, als Vermarktung von allem und Unterwerfung aller sozialen Bereiche und Tätigkeiten unter Profitinteressen beschleunigte die Zersetzung herkömmlicher Werte. Entsprechend kam es zu einer Entideologisierung. Die Ideologie des Marxismus-Leninismus spielt im Bewusstsein der Menschen (auch der Parteimitglieder) keine beziehungsweise keine beherrschende Rolle mehr, sondern dient weitgehend dazu, die Führungsrolle der Partei und ihre ideologische Kontinuität zu rechtfertigen.

Vier Faktoren sind für diesen Werteverfall grundlegend: (1) Modernisierungsprozesse, die zum Verfall traditioneller Werte führten, ohne dass neue Werte an deren Stelle getreten wären; (2) die Aufgabe kollektiver Einrichtungen und der Verfall von kollektiven Identitäten zugunsten einer stärkeren Individualisierung; (3) die mangelnde Vorbildfunktion der Eliten nicht zuletzt aufgrund der weit verbreiteten Korruption; (4) die wachsende gesellschaftliche Ungleichheit.

Von daher bedarf es neuer ideologischer Leitbilder. Hier bot sich einerseits der »Patriotismus« an, der partiell an das kulturelle Überlegenheitsgefühl der Chinesen und an antiwestliche und antijapanische Ressentiments appelliert. Bereits in den 1980er Jahren rief die chinesische Führung zu verstärkter »patriotischer Erziehung« in den Lehranstalten auf. Schüler_innen und Studierende sollten mit »Nationalstolz, nationaler Selbstachtung und Patriotismus« erfüllt werden. Das Regierungsmotto von Xi Jinping, die Realisierung des »chinesischen Traums«, zielt darauf ab, China zu einer Groß- und Weltmacht zu entwickeln, mit hohem Bildungs- und Lebensstandard für die gesamte Bevölkerung. Diese Form des Staats- und Volksnationalismus verbindet den Patriotismus nicht nur mit China, seiner Geschichte und Kultur, sondern auch mit dem Sozialismus im Sinne von »Patriotismus und Sozialismus bilden eine Einheit«. Die Partei versucht entsprechend, sich als nationale politische Interesseninstitution zu definieren, die vom gesamten Volk akzeptiert und

39 Vgl. Cheng Li (2015): Introduction. Bringing Ethics Back into Chinese Discourse, in: He Huaihong: *Social Ethics in a Changing China. Moral Decay or Ethical Awakening?* Washington, D.C.: Brookings Institution Press, S. xii.

gestützt wird und den nationalen Aufstieg Chinas konzipiert und (an)leitet. Der Patriotismus soll zugleich die Funktion eines Modernisierungs- und Integrationsnationalismus erfüllen: Mobilisierung und Zusammenschluss aller Kräfte im Interesse der Schaffung eines neuen, hochmodernen Chinas als herausragender Nation der Menschheit. Von daher ist er gegenwärtig noch stärker nach innen (Patriotismus) als nach außen gerichtet (Nationalismus). Die Verbindung von Nationalismus und Kommunismus bedeutet dabei keinen grundsätzlichen Widerspruch. Hieß doch in China wie auch in vielen anderen Ländern (wie in Vietnam, Jugoslawien oder Albanien) Kommunist zu sein, sich für die Interessen und die Modernisierung der eigenen Nation einzusetzen. Gerade dieser Einsatz war ein zentraler Faktor für das Erstarken der KPCh. Um von der Bevölkerungsmehrheit als Vertreterin nationaler Interessen akzeptiert zu werden, bildet die Partei herrschaft die Grundlage für die Akzeptanz und Legitimität. Deshalb hat die Partei seit den 1980er Jahren ihr ideologisches Paradigma verändert: weg von einer leninistischen hin zu einer stärker nationalistisch geprägten Modernisierungsideologie, die eine Identität von Sozialismus, Partei herrschaft, Modernisierung und nationalem Interesse beansprucht.

Als Kontrapunkt zum Werteverfall findet eine Rückbesinnung auf eigene Traditionen wie den Konfuzianismus und chinesische klassische Texte statt. In Schulen und Hochschulen, ja selbst in Parteischulen wird jetzt wieder konfuzianische Tradition vermittelt, nicht nur um das spirituelle Vakuum zu füllen und im Interesse der Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins, sondern – wie das Bildungsministerium 2015 verdeutlicht hat – vor allem auch im Interesse der Persönlichkeitsbildung. Konfuzianische Werte und Ordnungsvorstellungen sollen das Wertevakuum füllen helfen und gelten als Teile der »sozialistischen Kernwerte«. Dies wird mit Symbolpolitik unterstrichen. Xi Jinping war der erste Parteiführer, der 2014 in Qufu (dem angeblichen Geburts- und Sterbeort von Konfuzius) an einer Feier zu Ehren seines 2 565. Geburtstags teilgenommen und in seiner Rede die Bedeutung konfuzianischer Werte für die Gegenwart und die künftige Entwicklung Chinas unterstrichen hat. Es wurde sogar erklärt, dass Konfuzianismus und Marxismus keine Gegensätze seien. Patriotismus, konfuzianische Werte und jüngst auch wieder die Betonung, Marxismus zu studieren, der nach wie vor offizielle Leitideologie der KP ist, sollen auf diese Weise zu einer neuen nationalen Ideologie (Stichwort: »Aufbau einer spirituellen Zivi-

lisation«) entwickelt werden. Konfuzianismus und marxistische Lehre stehen dabei einerseits im Gegensatz zu »falschen« westlichen Werten, andererseits soll der Marxismus in an chinesische Verhältnisse angepasster Form in das neue Ideologiegebäude integriert werden. Eine Aufgabe des Marxismus als Leitideologie hätte zudem gravierende Folgen für die Legitimität der KP, die sich seit ihrer Gründung auf ihn beruft.

Mittlerweile ist das Studium klassischer chinesischer Denker und klassischer Literatur nicht nur Bestandteil der schulischen und universitären Curricula, sondern auch der Parteihochschulen der KP. Funktionäre sollen zudem regelmäßig an Vorträgen zu Konfuzianismus und anderen klassischen Denkern teilnehmen. So wurde 2014 in Guiyang (Südchina) ein Ausbildungszentrum für lokale Kader eröffnet, die Konfuzius Akademie für traditionale Kultur, deren Errichtung 1,15 Milliarden Renminbi (RMB) gekostet haben soll (ca. 157 Millionen €). All dies soll wertebildend wirken, im Sinne der Schaffung neuer Kernwerte sowie einer Moral, die auf traditionelle ethische Grundsätze des Konfuzianismus gegründet sein soll.⁴⁰

Der Begriff des Konfuzianismus wird häufig so verwendet, als handle es sich um eine eigene Philosophie. In der Tat umfasst er eine Theorie der Erziehung und Bildung, ein Moralsystem und eine politische Philosophie. Es handelt sich um eine Summe von Verhaltensregeln für eine strikt hierarchisch strukturierte Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht unter anderem das Erlernen richtigen sozialen Verhaltens durch einen moralischen Erziehungsprozess, in dem jeder lernen sollte, wie er sich in Familie, Gesellschaft und Staat zu verhalten hat. Einerseits war der Konfuzianismus im Laufe der Geschichte relativ großen Veränderungen unterworfen. Andererseits finden sich in China noch weitere Denktraditionen, die Philosophie und Weltanschauung in China mitgeprägt haben, wie die Schulen der Legalisten, der Daoisten, der Mohisten und der Buddhisten, in der jüngeren Geschichte auch die Kritiker des chinesischen Traditionalismus im Zuge der »Vierten-Mai-Bewegung« von 1919 sowie westliche (darunter auch marxistische) Kultureinflüsse. Genauso wenig wie die europäische Kultur sich auf eine christliche reduzieren lässt, lässt sich die chinesische auf den Konfuzianismus allein zurückführen. Nach dem Ende der

40 Siehe dazu Sebastian Billioud/Joel Thoraval (2015): *The Sage and the People. The Confucian Revival in China*. Oxford et al.: Oxford University Press.

letzten Kaiserdynastie und der offiziellen Abschaffung des konfuzianischen Herrschaftssystems existieren konfuzianische Vorstellungen als Konglomerat der Tradition im Lebensgefühl, im Bewusstsein, aber auch in der politischen Kultur fort. Auch von Konfuzianismusforschern in China wird zwischen dem Konfuzianismus des Staates (Elitenkonfuzianismus) und dem des Volkes (Volkskonfuzianismus) unterschieden. Der Erstere, der im vom Kaiser vollzogenen Staatskult kulminierte, existiert in dieser Form heute nicht mehr. Der Letztere, vor allem im ländlichen Raum, manifestiert sich auch heute noch primär in Alltagswerten und -riten (Ahnenverehrung). Beide haben in China nebeneinander existiert und unterschiedliche Vorstellungen und Verhaltensweisen hervorgebracht. Der in den USA lebende Philosoph Yu Yingshi hat jüngst darauf hingewiesen, dass man in der chinesischen Geschichte zwischen dem Konfuzianismus, der verfolgt wurde, und dem, der Menschen verfolgt habe, unterscheiden müsse,⁴¹ womit er noch einmal auf dessen Vielfältigkeit gegenüber dieser Denkschule hinweisen wollte sowie auch darauf, dass der Staat ihm gegenüber unterschiedliche Haltungen eingenommen hat.

Daneben stellte der Daoismus, der die konfuzianischen Werte wie Moral, Wissen oder Pietät sowie Privateigentum ablehnte, einen Gegenpol zum konfuzianischen Ordnungsdenken dar. Der Staat solle sich von gesellschaftlichen Angelegenheiten fernhalten und sich nicht in gesellschaftliche Belange einmischen, weil das Prinzip des »Dao« ohnehin alles regele, auch ohne Zutun des Herrschers. Der Daoismus war insofern ursprünglich Ausdruck des passiven Dorfprotestes gegen die Unterdrückung durch die Herrschenden und bot als »Volksdaoismus« eine Philosophie der Rebellion und des Umsturzes. Chinesen waren meist Anhänger unterschiedlicher Lehren und Religionen, so wie es in einem Sprichwort heißt: »Wenn es Chinesen gutgeht, sind sie Konfuzianer« [und mit der bestehenden Ordnung zufrieden].« Aber: »Geht es ihnen schlecht, werden sie zu Daoisten« [der Daoismus bot einen Ausstieg aus der Gesellschaft durch Zurückziehen in sich selbst oder durch Rebellion].« Und: »Angesichts des Todes sind sie Buddhisten« [denn im Gegensatz zu Konfuzianismus und Daoismus bietet der Buddhismus eine Erklärung dafür, was nach dem Tod geschieht]. In dieser Auffassung findet sich ein hohes

Maß an Pragmatismus, was ein wichtiges Kennzeichen auch in der politischen Kultur Chinas darstellte beziehungsweise noch immer darstellt. Der Einfluss des Daoismus tritt heute infolge von Individualisierungsprozessen auf (Meditation, Kampfkunst, Selbstheilungsmethoden etc.), daneben auch als Ergebnis signifikanten Sektenwesens. Solche Sekten werden in der Regel von einem charismatischen Führer geleitet, der vorgibt, übernatürliche Kräfte zu besitzen. Bei der Anhängerschaft handelt es sich meist um Personen, die sich durch Wandlungsprozesse sozial benachteiligt fühlen. Sie treten zunächst unpolitisch auf, wobei das Auftreten solcher Bewegungen Ausdruck einer Seins- und Autoritätskrise im Gefolge eines Modernisierungsprozesses ist. Die Heilsgemeinschaft bietet emotionale und psychische Identifizierungsmöglichkeiten, trägt zum Abbau von Frustration und Unzufriedenheit bei und wirkt insofern für die Mitglieder als Stabilisator. Historisch gesehen, tendierten solche Bewegungen häufig zu organisatorischem Zusammenschluss und entwickelten sich zu einer politischen Kraft mit Veränderungspotenzial. Von daher war seit Gründung der VR China die Parteiführung gegenüber Sekten und der Qigong-Bewegung stets misstrauisch und verfolgte sie wie zum Beispiel die bekannte Falungong-Bewegung.⁴²

Frühsozialistische Ansätze wie der von Meister Mo (Mozi, 500-396 v. u. Z.) entwickelte Mohismus sind in den Konfuzianismus und Daoismus eingeflossen. Der Mohismus selbst spielt heute allerdings keine Rolle mehr. Der Legalismus wiederum argumentierte, der Mensch sei von Natur aus böse und könne nur durch einen starken Staat mit einem absoluten Herrscher zur Raison gebracht werden. Es bedürfe daher einer Regierung, die mittels eines Systems harter Strafen (Gesetze) und Belohnungen herrsche. Legalistische Ideen harter Strafen und Ansätze eines absolutistischen Staates haben in der chinesischen Geschichte immer wieder eine Rolle gespielt und beeinflussen bis heute die politische Kultur des Landes. Noch während der Kulturrevolution hatte Mao versucht, den Legalismus gegen konfuzianisches Denken durchzusetzen und zur Staatsdoktrin zu erheben.

41 Yu Yingshi (2015): Dalu tichang rujia shi rujiade siwang zhi wen (Bei dem vom Festland vorgetragenen Konfuzianismus handelt es sich um den Todeskuss des Konfuzianismus); http://blog.sina.com.cn/s/blog_5d8bebefd0102v4cv.html (aufgerufen am 17.11.2015).

42 Vgl. dazu die sozialwissenschaftliche Studie von Thomas Heberer (2008): Falungong: soziales, politisches und religiöses Phänomen zwischen Tradition und Modernisierungsfrust, in: Wiebke Koenig/Karl-Fritz Daiber (Hrsg.): *Religion und Politik in der Volksrepublik China*. Würzburg: Ergon-Verlag, S. 289-312.

Konfuzianismus und Daoismus haben in China religiöse Ausprägungen erfahren, was unter anderem mit der spezifischen Religionsvorstellung in diesem Land zusammenhängt. Religion in China ist anders konzipiert als im Westen. Religionen und philosophische Lehren galten beide als »Lehre« (*jiao*) und standen gleichberechtigt nebeneinander. Häufig kam es zu Vermischungen zwischen verschiedenen philosophischen Lehren und zwischen unterschiedlichen Religionen. Bei der chinesischen »Volksreligion« zum Beispiel, die weder eine Organisation noch einen Klerus kennt und große regionale Besonderheiten und Variationen aufweist, handelt es sich um ein Konglomerat von konfuzianischen, daoistischen und buddhistischen Vorstellungen mit Ahnenverehrung, einer Vielfalt von Götter- und Geisterglauben, Feng Shui, lokalen Kulturen etc. Häufig haben sich auch volksreligiöse mit christlichen Glaubensvorstellungen vermischt, so dass eine Abgrenzung zwischen den Religionen und Glaubensrichtungen oft schwierig ist.

Der Einfluss der Religion hat seit den 1980er Jahren in starkem Maße zugenommen. Rasante Prozesse technologischen und sozialen Wandels, in deren Verlauf sich traditionelle Gemeinschaften (Familie, Dorfgemeinschaft) auflösen, Werte und Bindungen zerfallen, begleitet von wachsender gesellschaftlicher Gefühlskälte, Vereinsamung, Vereinzelung, sozialer Frustration und Unsicherheit sind einige Gründe dafür. Das Scheitern der maoistischen Utopie hinterließ ein Werte- und Sinngebungsvakuum und damit eine Sehnsucht nach neuer spiritueller Sinngebung. All dies schlug in ein starkes Bedürfnis nach religiöser Praxis und Bedürfnisbefriedigung um. Laut einer Zusammenstellung des China-Zentrums in St. Augustin soll es in der VR China (ohne Hongkong und Macao) verschiedenen Quellen zufolge zwischen 20 und 83,5 Millionen Protestanten, sechs bis 14 Millionen Katholiken, ca. zwölf Millionen Daoisten, 100 bis 185 Millionen Buddhisten und ca. 22 Millionen Muslime geben.⁴³ Die erheblichen Zahlenschwankungen, synkretistische Sekten und Abgrenzungsschwierigkeiten zum Beispiel zwischen volksreligiösen Praktiken und offiziell anerkannten Religionen machen eine tatsächliche quantitative Bewertung ausgesprochen schwierig. Im katholischen Christentum zum Beispiel sind statistisch gesehen nur die Gläubigen der »Patriotischen Kirchen« erfasst, nicht jedoch

diejenigen der wesentlich größeren »Hauskirchen«⁴⁴ beziehungsweise der »Untergrundkirchen«, die sich nach wie vor zu Rom und zum Papsttum bekennen. Dazu kommt, dass der vor allem im ländlichen Raum verbreitete Volksglaube (»Volksreligion«) sowie der Ahnenkult bislang nicht als Religion gelten. Überdies besuchen viele Gläubige unterschiedliche Gotteshäuser und Tempel und lassen sich nicht einer einzigen Religionszugehörigkeit zuordnen. Allerdings ist jüngst ein Umdenken hinsichtlich der Volksreligion deutlich geworden, die zunehmend nicht mehr als »Aberglaube«, sondern als »kulturelles Erbe« begriffen wird und entsprechend legalisiert werden soll. Dazu kommt, dass sich volksreligiöse Tempel durch gute Beziehungen zu lokalen Regierungen zu daoistischen oder buddhistischen Tempeln umdeklarierten lassen und damit legalisiert werden. Dies gilt primär für Tempel und religiöse Aktivitäten, die von besonderer Bedeutung für die Förderung des lokalen Tourismus sind, Wohlfahrtszwecken dienen oder von besonderem Interesse für die lokale Bevölkerung sind.⁴⁵

Grundsätzlich gesteht der Staat den offiziell anerkannten Religionen ein gewisses Maß an Freizügigkeit zu, wenn und insofern sie das politische System unterstützen, sich an die Gesetze und Regeln halten und Unabhängigkeit vom Ausland bewahren. Neuerdings spricht die politische Führung auch von einer »Sinisierung« der Religionen, womit vor allem die Zurückdrängung ausländischer Einflüsse und Unabhängigkeit vom Ausland (primär in den christlichen Kirchen) gemeint sind.⁴⁶ Anerkannt wird mittlerweile, dass Religionen eine konstruktive Haltung im Hinblick auf Persönlichkeitsbildung und Moral ihrer Mitglieder, auf die Erziehung zu »guten Bürgern«, Prävention von Kriminalität, Wohlfahrtsaktivitäten und soziale Aufgaben, Krisenkonsolidierung, Gegengewicht zu neuen Kulturen, Sekten und Heilsbewegungen sowie die Integration in das politische System besitzen.

Auf einer Nationalen Arbeitskonferenz zu Religionsfragen im April 2016 erklärte Parteichef Xi Jinping, Religi-

43 Katharina Wenzel-Tauber (2015): Statistisches Update 2014 zu Religionen und Kirchen in der Volksrepublik China, in: *China heute*, 1, S. 22-34.

44 Bei den »Hauskirchen« handelt es sich um (überwiegend protestantische) gottesdienstliche Veranstaltungen und Treffen in Privathäusern.

45 Siehe z. B. Adam Yuet Chau (2009): Expanding the Space of Popular Religion: Local Temple Activism and the Politics of Legitimation in Contemporary Rural China, in: Yoshiko Ashiwa/David Wank (Hrsg.): *Making religion, making the state*. Stanford: Stanford University Press, S. 211-240.

46 Siehe Rede Xi Jinpings auf der Arbeitssitzung der Abteilung Einheitsfront des ZK im Mai 2015; <http://boxun.com/news/gb/intl/2015/05/201505211257.shtml#.VkspyPkvd1g> (aufgerufen am 17.11.2015).



onen sollten im Interesse der chinesischen Nation wirken, sich an den Grundsatz der Führung durch die KP und die Unterstützung des sozialistischen Systems halten und vor ausländischer Infiltration und religiösem Extremismus auf der Hut sein.⁴⁷ Diese Position sowie stärkere staatliche Kontrolle der Religionsgemeinschaften, vor allem der nicht autorisierten, kommt auch in dem im September 2014 vom Staatsrat veröffentlichten Revisionsentwurf der »Vorschriften für religiöse Angelegenheiten« zum Ausdruck.⁴⁸

Verändert hat sich auch die Zusammensetzung der Gläubigen, vor allem in Bezug auf die christlichen Kirchen. Es sind heute eher Angehörige der jungen intellektuellen Elite und private Unternehmer auf der Suche nach religiöser Sinngebung, Transzendenz und kollektiven Werten, die sich den christlichen Glaubensgemeinschaften anschließen. Vor allem bei den Gläubigen der »Hauskirchen« soll es sich überwiegend um gebildete Personen im Alter von unter 40 Jahren handeln.⁴⁹

6. Soziale Entwicklungs- und Problemfelder

6.1 Soziale Ungleichheit als Ergebnis des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells

Die Formel »Lasst einige zuerst reich werden« (一部分先富起来) impliziert, dass die anderen später aufholen sollen, was einige schon erreicht haben – wobei das Wann und Wie nicht genau bestimmt sind. Der Wandel von Chinas wirtschaftlichem Entwicklungsmodell weg von einer (mehr oder weniger zentralen) Planwirtschaft hin zu einem stärker marktwirtschaftlichen System (das aber immer noch einen beträchtlichen öffentlichen Sektor umfasst), hatte weitreichende Folgen für die soziale Schichtung der chinesischen Bevölkerung. Die VR China hat sich binnen weniger Jahrzehnte von einem der egalitärsten Länder der Welt in ein Land mit massiven sozialen Ungleichheiten gewandelt, während gleichzeitig Millionen von Bürgern aus absoluter Armut entkommen sind.

Vor den Reformen bestanden nur relativ geringfügige soziale Unterschiede: Eine Minderheit von städtischen Bürgern genoss einen deutlich höheren Lebensstandard, und ihnen standen bessere öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung als der Mehrheit der ländlichen Bevölkerung. An der Spitze der sozialen Hierarchie stand eine Elite von Parteikadern und Funktionären. Im Zuge der Reformen hat sich eine neue Oberschicht gebildet, die der politischen und wirtschaftlichen Eliten. Darunter sind neue urbane Mittelschichten entstanden, welche in sich sehr divers sind, was ihre Eingrenzung erschwert. Einige Wissenschaftler_innen schätzen die Zahl der Angehörigen der Mittelschichten auf über 200 Millionen Menschen⁵⁰, konservativere Schätzungen auf deutlich unter 100 Millionen, je nach Definition. An dritter Stelle stehen die urbanen Unterschichten sowie die Wanderarbeiter_innen, welche es zu Millionen in die urbanen Zentren zieht. An letzter Stelle steht die ländliche Bevölkerung. Dieser Überblick erfasst die zentralen Veränderungen der sozialen Schichtung in China, verdeckt zugleich aber die große Vielfalt sozialer Konstellationen, welche sich dahinter verbirgt.⁵¹

Mit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik änderten sich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens. Grundsätzlich ist zwischen den Entwicklungsdynamiken im ländlichen und im städtischen Raum zu unterscheiden: Während in den Städten eine graduelle und kontinuierliche Reformstrategie verfolgt wurde, vollzog sich der Wandel im ländlichen Raum rapide. Die Produktionsregime in Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen wandelten sich dabei grundlegend. Im Rahmen des planwirtschaftlichen Entwicklungsmodells nach sowjetischem Vorbild wurde die Entwicklung der Schwerindustrie betont, während die Leichtindustrie und der Dienstleistungssektor vernachlässigt wurden. Die Landwirtschaft war den Bedürfnissen dieses Entwicklungsmodells untergeordnet, was in breiten Teilen der Bevölkerung zu einer Stagnation des Lebensstandards führte. Der Wandel des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells und der damit verbundenen Produktionsregime bewirkte fun-

47 Siehe den entsprechenden Bericht in Renmin Ribao, 24.04.2016; http://paper.people.com.cn/rmrb/html/2016-04/24/nw.D110000renmrb_20160424_2-01.htm (aufgerufen am 27.04.2016).

48 Siehe dazu »Staatsrat veröffentlicht Revisionsentwurf der Vorschriften für religiöse Angelegenheiten« (2016): in: *China heute*, 3, S. 140-142.

49 Home churches. Underground, overground. *The Economist* 9.4.2016, <http://www.economist.com/news/china/21696534-despite-harassment-police-chinas-house-church-movement-growing-underground-overground> (aufgerufen am 27.04.2016).

50 So z. B. der Ökonom Gan Li (2015): Zhongguo zhongchan jieji renshu yi chaoguo liang yi (Die Zahl der Angehörigen der Mittelschicht übersteigt bereits 200 Millionen), *Souhu Caijing*, 17.11.; <http://business.sohu.com/20151117/n426657041.shtml> (aufgerufen am 22.4.2016).

51 Siehe auch Tamara Jacka/Andrew B. Kipnis/Sally Sargeson (2013): *Contemporary China. Society and Social Change*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 199ff.

damentale Veränderungen hinsichtlich Arbeit und sozialer Ungleichheit.⁵²

Die Entwicklung im ländlichen Raum war in den 1980er Jahren dadurch gekennzeichnet, dass die kollektive Landwirtschaft in Produktionsbrigaden und Volkskommunen aufgegeben wurde und in die Bewirtschaftung kollektiver Bodenparzellen durch die Haushalte überging. Letztere durften einen Teil ihrer Produkte am Markt verkaufen. Diese Reformen bewirkten einen starken Anstieg der landwirtschaftlichen Produktivität, steigende Einkommen sowie eine intensivierte Freisetzung ländlicher Arbeitskräfte. Diese fanden zunächst häufig Arbeit in ländlichen Industrieunternehmen sowie im informellen Sektor. Zudem wurden bereits in den 1980er Jahren die Beschränkungen der Migration teilweise gelockert. Seit den 1990er Jahren hat sich ein wachsender Strom von sogenannten Wanderarbeiter_innen gebildet, welche in den schnell wachsenden urbanen Zentren – insbesondere in Ostchina – Arbeit suchen. Es zeigt sich hier eine gleichzeitige Verschiebung von erheblichen Bevölkerungsteilen aus dem ländlichen Raum in die Städte und von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie und den Dienstleistungssektor.⁵³ Die Binnenmigration trägt dabei nicht unerheblich zu einer Steigerung der ländlichen Einkommen bei.⁵⁴ Dies bewirkte einen Anstieg der Ungleichverteilung der Einkommen im ländlichen Raum in den frühen 1990er Jahren, wie Daten des Chinese Household Income Project (CHIP)⁵⁵ belegen. Die Einkommen aus der Landwirtschaft waren aufgrund der relativ egalitären Verteilung des Ackerlands gleichmäßiger verteilt als die neuen Einkommensbestandteile aus Industriearbeit und Migration. Mit der wachsenden Bedeutung der nicht landwirtschaftlichen Einkommensbestandteile wuchs vorübergehend auch die soziale Ungleichheit.⁵⁶

In den Städten veränderte sich das Produktionsregime kontinuierlich und graduell. Die staatseigenen und kol-

lektiven Unternehmen blieben bestehen und deren Angestellte konnten ihren Lebensstandard in der frühen Reformphase halten. Insbesondere die Angestellten großer Staatsunternehmen genossen eine umfassende soziale Vorsorge durch den Betrieb und die *danwei* (vgl. Kapitel 4), die als umfassendes Zentrum der Organisation des sozialen Lebens diente. Der öffentliche Sektor zeichnete sich zudem durch eine hohe Durchdringung mit sozialen Organisationen aus wie den Gewerkschaften, dem Frauenverband und dem Kommunistischen Jugendverband. Diese waren in die Organisation des sozialen Lebens involviert und verfolgten jeweils ihre spezifischen Ziele. Das Ende der »eisernen Reisschüssel« – lebenslange Beschäftigung und umfassende soziale Versorgung – vollzog sich Schritt für Schritt. Der Übergang zu einem Arbeitsvertragssystem sowie die Massenentlassungen im Zuge der Reform der Staatsunternehmen in den 1990er Jahren bildeten dabei wichtige Meilensteine.

Neben den öffentlichen Sektor trat ein neuer, überwiegend privater oder semiprivate Wirtschaftsbereich, welcher zum Teil durch Investitionen aus Hongkong, Taiwan oder dem westlichen Ausland in seiner Entwicklung vorangetrieben wurde. Dieser private Sektor ist äußerst heterogen: Er umfasst internationale Joint Ventures ebenso wie chinesische Selbstständige und Privatunternehmen.⁵⁷ Damit erhöhte sich die Diversität der Arbeitsbeziehungen und Produktionsregime in der VR China deutlich. Neben das reformierte Erbe der planwirtschaftlichen Periode sind zunehmend ausländisch inspirierte Modelle getreten, welche oft von internationalen Konzernen nach China importiert wurden und dort von lokalen Unternehmen übernommen werden. Eine detaillierte Analyse der Automobil-, Elektronik- und Textilindustrie ergab eine Vielfalt von Produktionsregimen, welche verschiedene Muster wirtschaftlicher Organisation, Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen miteinander verknüpfen und unterschiedliche Schichten der Gesellschaft beschäftigen. Insgesamt ist im öffentlichen Sektor eine stärkere Formalisierung der Arbeitsbeziehungen und eine höhere Präsenz von Gewerkschaften festzustellen, während im privaten Sektor arbeitsrechtliche Standards

52 Xiaohong Zhou (2009): La classe moyenne chinoise, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 141-159.

53 Athar Hussain (2007): Social Security in Transition, in: Vivienne Shue/Christine Wong (Hrsg.): *Paying for Progress in China: Public Finance, Human Welfare and Changing Patterns of Inequality*. New York: Routledge, S. 97-116.

54 Chuliang Luo/Terry Sicular (2013): Inequality and Poverty in Rural China, in: Shi Li/Hiroshi Sato/Terry Sicular (Hrsg.), S. 197-229.

55 <https://www.icpsr.umich.edu/icpsrweb> (aufgerufen am 22.11.2016).

56 Azizur Rahman Khan/Carl Riskin (2001): *Inequality and Poverty in China in the Age of Globalization*. New York: Cambridge University Press, S. 144f; Azizur Rahman Khan/Carl Riskin (2005): China's Household Income and Its Distribution, 1995 and 2002, in: *The China Quarterly*, 182, S. 356-384, 363ff.; Luo/Sicular 2013; Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 199ff.

57 Das chinesische Gesundheitswesen war zum Beispiel einer der frühesten Bereiche, in denen selbstständige Beschäftigung zugelassen wurde. Auf dem Land verringerte sich im Zuge der Reformen die Zahl des medizinischen Personals deutlich. Viele Brigadekliniken wurden nach der Dekollektivierung auf einer (formal oder informell) privaten und gewinnorientierten Basis vom Dorfarzt weiterbetrieben. Viele Heilkundige eröffneten zudem ihre eigenen Praxen in den chinesischen Städten. Jane Duckett (2011): *The Chinese State's Retreat from Health. Policy and the Politics of Retrenchment*. London, New York.

öfter ignoriert werden und Gewerkschaften schwächer institutionalisiert sind. Der private Sektor hat zum Teil die aus der Reform des öffentlichen Sektors resultierenden Verluste an Arbeitsplätzen im städtischen Raum aufzufangen und bietet ferner Arbeitsplätze für einen großen Teil der Wanderarbeiter_innen. Er scheint in den Städten zu einem Wachstum der Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern beizutragen. Wenn Wanderarbeiter_innen zu den Stadtbewohnern gezählt werden, erhöht sich durch die niedrigen Einkommen Ersterer die Ungleichheit in den Städten. Gleichzeitig bewirkt die Wanderarbeit aber auch einen Anstieg der ländlichen Einkommen und eine Stärkung der Rolle der Frauen auf dem Land. Sie senkt somit soziale Ungleichheit im landesweiten Kontext. Insgesamt ist die soziale Ungleichheit in den Städten deutlich weniger ausgeprägt als auf dem Land, wobei substantielle Einkommensunterschiede zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum bestehen.⁵⁸

Die Durchsetzung arbeitsrechtlicher Standards – wie etwa zur Gleichberechtigung von weiblichen Angestellten und Wanderarbeiter_innen – wird insbesondere im privaten Sektor oft blockiert. Lokale Regierungen hingegen konkurrieren untereinander um wirtschaftliche Investitionen und wollen den Faktor Arbeit nicht zu stark durch Regulierung belasten. Massenorganisationen wie den Gewerkschaften oder dem Frauenverband mangelt es an Unabhängigkeit und Handlungsressourcen zur effektiven Durchsetzung von arbeitsrechtlichen Standards. Oft haben auch die vermeintlich Begünstigten kein Interesse an einer Umsetzung. Viele Wanderarbeiter_innen haben zum Beispiel Vorbehalte dagegen, in die städtische Rentenversicherung integriert zu werden.

Die formalen Gewerkschaften sind unter dem Allchinesischen Gewerkschaftsbund organisiert, dem Dachverband des größten gewerkschaftlichen Organisationsnetzes der Welt: Im Jahr 2013 zählte es 280 Millionen Mitglieder (darunter 109 Millionen Wanderarbeiter_innen) in 2,75 Millionen Basisorganisationen.⁵⁹ Wo sie gut institutionalisiert sind, fungieren formale Gewerkschaften als ein Vermittlungsorgan zwischen Management und Belegschaft. Insbesondere in privaten Betrieben werden sie aber oft *top-down* aufgebaut und existieren teil-

weise nur auf dem Papier. Kollektive Lohnverhandlungssysteme sind in China eher unüblich, und auch bei Streiks spielen die formalen Gewerkschaften in der Regel keine führende Rolle.⁶⁰

In der Textilindustrie zum Beispiel dominiert, mit Ausnahme des *high-end*-Bereiches, ein klassisches Niedriglohnregime: Ein Großteil der Belegschaften besteht aus unqualifizierten Wanderarbeiter_innen, wobei der Anteil von Frauen besonders hoch ist. Es herrschen hohe Flexibilität und schlechte Arbeitsbedingungen, die Arbeitsbeziehungen sind weitgehend unreguliert und die Präsenz von Gewerkschaften in den Betrieben tendenziell gering. In der Autoindustrie hingegen dominieren korporativ-bürokratische Produktionsregime. In internationalen Joint Ventures sind diese oft stark durch die Unternehmenskultur des ausländischen Partnerunternehmens geprägt. In den Kernbetrieben werden überwiegend qualifizierte städtische Einwohner beschäftigt, wobei der Frauenanteil in diesen stabilen Kernbelegschaften eher niedrig ist. Es werden relativ hohe Löhne gezahlt, die Präsenz von Gewerkschaften ist hoch und die Arbeitsbeziehungen sind stärker reguliert. Bei den Zulieferbetrieben erhöht sich der Anteil an Wanderarbeiter_innen sowie städtischen weiblichen Arbeitskräften, die Arbeitsbedingungen sind schlechter und die Löhne niedriger.⁶¹

Sozialräumliche Unterschiede sind ein wichtiger Bestandteil der sozialen Ungleichheit in der VR China. Zentral sind hier vor allem die Unterschiede zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum einerseits sowie die Unterschiede zwischen den Provinzen an der Küste, in Zentral- und in Westchina andererseits. Die Ungleichheit zwischen Stadt und Land ist in China sehr ausgeprägt und hat sich laut den Daten des CHIP-Projektes seit den späten 1980er Jahren kontinuierlich verstärkt, wobei Wanderarbeit dieser sozialräumlichen Ungleichheit ein Stück weit entgegenwirkt. Regionale Ungleichheit (vor allem zwischen Provinzen) galt in den frühen 1990er Jahren als maßgebliche Quelle sozialer Ungleichheit in China als Ganzes, allerdings haben sich solche regionalen Unterschiede in mancherlei Hinsicht abgeschwächt, was unter anderem regionalen Entwicklungsprogrammen der Regierung zugeschrieben wird. Eine häufig gebrauchte Messzahl für soziale Ungleichheit ist der Gini-Koeffizient, welcher sich zwischen einem Wert von 0 (maximale

58 Lüthje/Luo/Zhang (2013): *Beyond the Iron Rice Bowl. Regimes of Production and Industrial Relations in China*. Frankfurt am Main: Campus; Khan/Riskin 2005, S. 356-384; Luo/Sicular 2011.

59 http://news.xinhuanet.com/fortune/2013-10/11/c_117676411.htm (aufgerufen am 15.3.2016).

60 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 20ff.

61 Lüthje/Luo/Zhang 2013.

Gleichverteilung) bis 1 (maximale Ungleichheit) bewegt. Für China als Ganzes ist der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung graduell gestiegen: In den späten 1990er Jahren stagnierte er bei ca. 0,45 und stieg bis 2007 auf ca. 0,5 an, was in etwa den Werten von Ländern wie Mexiko oder Peru entspricht. Laut Berechnungen des Nationalen Büros für Statistik erreichte der Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung im Jahr 2008 mit 0,49 seinen Höhepunkt und fiel danach graduell auf einen Wert von 0,47 im Jahr 2014.⁶² Hinsichtlich des Niveaus der Ungleichheit gibt es allerdings auch pessimistischere Schätzungen: Forscher der Southwestern University of Finance and Economics in Chengdu schätzten für das Jahr 2010 einen Gini-Koeffizienten von 0,61 – eher vergleichbar mit Südafrika oder Haiti. Für den ländlichen Raum betrug die Schätzung 0,60, für den städtischen Raum 0,56.⁶³ Diese Unterschiede illustrieren die vielschichtige Problematik einer akkuraten Erfassung sozialer Ungleichheit mit sozialstatistischen Messmethoden.⁶⁴

Hinsichtlich der sozialen Stellung der Frauen in der Gesellschaft liegt China im internationalen Vergleich im vorderen Mittelfeld. Bei der Frauenerwerbsquote liegt das Land in der Spitzengruppe (60 bis 88 Prozent), während zum Beispiel der Großteil der EU-Länder oder die Vereinigten Staaten eher im Mittelfeld liegen (45 bis 60 Prozent).⁶⁵ Allerdings sind Frauen in wirtschaftlichen Sektoren mit schlechten Arbeitsbedingungen und in geringqualifizierten Beschäftigungen oft überdurchschnittlich vertreten. In puncto Repräsentation der Frauen in Parlamenten befindet sich China im Mittelfeld (15 bis 30 Prozent), ähnlich wie Frankreich, die USA, Äthiopien oder Saudi-Arabien.⁶⁶ Bei der Benachteiligung von Frauen im Familienrecht liegt China ebenfalls im Mittelfeld, während die Spitzengruppe überwiegend von den westlichen Industrieländern und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion gebildet wird.⁶⁷

62 <http://news.163.com/15/0120/14/AGDLEJNK00014AEE.html> (aufgerufen am 23.04.2016).

63 http://europe.chinadaily.com.cn/epaper/2014-08/29/content_18510084.htm (aufgerufen am 15.4.2016); <http://pmi.caixin.com/2016-01-19/100901118.html> (aufgerufen am 2.5.2016).

64 Azizur Rahman Khan/Carl Riskin 2001: *Inequality and Poverty in China in the Age of Globalization*. Oxford, New York: Oxford University Press, 145f; Khan/Riskin 2005: 370ff; Li Shi/Chuliang Luo/Terry Secular (2013): Overview: Income Inequality and Poverty in China, 2002-2007, in: Shi Li/Hiroshi Sato/Terry Secular (Hrsg.), S. 44-84.

65 In der Spitzengruppen befinden sich ferner Schweden, Norwegen, Kanada und eine Reihe von Ländern in Afrika südlich der Sahara.

66 In der Spitzengruppe liegen hier z. B. Norwegen, Schweden, Deutschland, Italien, Mexiko, Argentinien und Südafrika.

67 *Géographie des progrès de la condition féminine* (2015): *Le Monde Diplomatique* (französische Ausgabe), Juli, 9.

6.2 Neue Mittelschichten

Das Thema neue Mittelschichten⁶⁸ wird in China kontrovers diskutiert. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die direkte Übersetzung des englischen Terminus *middle class* (中产阶级) als ein Widerspruch zur marxistischen Ideologie gedeutet wurde. Daneben sind die Begriffe der »mittleren Einkommensgruppen« (中等收入) oder der »Mittelschichten« (中等阶层) gebräuchlich. An sie knüpft sich eine Diskussion über die Mittelschichtsdefinition an, welche stärker das Vermögen, das Einkommen oder den beruflichen Status betonen kann.⁶⁹ Die Schätzungen hinsichtlich der Größe der Mittelschichten gehen auseinander: Für einige Forscher stellen diese bereits in den späten 1990er Jahren fast 60 Prozent der urbanen Bevölkerung und 20 bis 25 Prozent der Gesamtbevölkerung. Konservativere Schätzungen hingegen rechneten den Mittelschichten um 2005 ca. 78 Millionen Erwerbspersonen zu. Zusammen mit ihren Familien stellen sie ca. 12 bis 13 Prozent der chinesischen Bevölkerung. Ein Grund für die sehr unterschiedlichen Schätzungen sind die der Messung zugrunde liegenden sozialen Indikatoren. Berufsgruppe, Einkommen und Konsumausgaben können sehr unterschiedliche Ergebnisse liefern. Zudem scheint sich beinahe die Hälfte der chinesischen Bevölkerung selbst zu den Mittelschichten zu zählen.⁷⁰

Grundsätzlich wird zwischen den »alten Mittelschichten« (kleine Geschäftsleute, Landwirt_innen und selbstständige Berufe) sowie den »neuen« (freie Berufe, Professionals, mittlere und höhere Beamte_innen und Angestellte sowie kleine und mittlere Unternehmer) unterschieden. Die neuen Mittelschichten weisen einen höheren Bildungsgrad auf, agieren autonomer und stützen sich auf ein Weltbild des Professionalismus. Problematisch ist allerdings die Heterogenität und inhaltliche Unschärfe des Mittelschichtkonzepts, das Gruppen ganz unterschiedlicher Lebens-, Arbeits-, Eigentums- und Einkommenszusammenhänge unter einen Begriff subsumiert.⁷¹ Legt man den Schwerpunkt auf den beruflichen Status,

68 Der Terminus Mittelschicht wird hier gewählt, weil er auch im deutschen Sprachraum üblich ist. In englisch- und französischsprachigen Publikationen dominiert häufig der Begriff der Klasse.

69 Auch in den Gesellschaften der vier »asiatischen Tiger« (Taiwan, Hongkong, Singapur und Südkorea) hat der Begriff unterschiedliche Konnotationen, was unter anderem mit dem kolonialen Erbe zusammenhängt.

70 Qiang Li (2009): *La classe moyenne chinoise dans un parcours de sociologue*, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 133-140; Zhou 2009.

71 Siehe dazu u. a. die Diskussion in Thomas Heberer (2003): *Private Entrepreneurs in China and Vietnam. Social and Political Functioning of Strategic Groups*. Leiden, Boston: China Studies, S. 60-70.

so lassen sich vor allem folgende Gruppen zu den Mittelschichten zählen:

- leitende Angestellte in staatlichen und privaten Unternehmen (sowie potenziell deren Investoren);
- Geschäftsleute, Ladenbesitzer_innen, wohlhabende Bauernschaft;
- Regierungs- und Parteikader der unteren, mittleren und gehobenen Ebene, Intellektuelle;
- Angestellte in »ausländischen« Unternehmen (aus Hongkong, Macao und Taiwan sowie dem Rest der Welt);
- Manager_innen in Unternehmen und sozialen Organisationen;
- Gruppen mit hohem Einkommen in neu entstandenen Wirtschaftsbereichen (zum Beispiel Hightech, Immobilien, Finanzen) sowie Professionals (zum Beispiel Ärzt_innen in städtischen Krankenhäusern, Rechtsanwält_innen, Consultants oder Lehrer_innen in Privatschulen).

Die Aufstellung deutet bereits auf die erwähnte große Heterogenität hin, welche unter anderem in der relativen Distanz der Gruppen zum Staat und seinen Institutionen zum Ausdruck kommt.⁷²

Während die westeuropäischen und nordamerikanischen Mittelschichten sich mehr oder weniger kontinuierlich entwickelten, hat das planwirtschaftliche Entwicklungsmodell in China einen Bruch erzeugt. Die im Entstehen begriffenen Mittelschichten der Republikzeit sind nach der Revolution von 1949 weitgehend verschwunden, und die neuen Mittelschichten entwickelten sich – mit Ausnahme der dritten Gruppe in der obigen Aufstellung – erst mit den wirtschaftlichen Reformen nach 1978.

Auch hinsichtlich der den Mittelschichten zugeschriebenen soziopolitischen Wirkung gibt es große Unterschiede. In der »Wohlstandstheorie der Demokratie«, welche von Seymour Martin Lipset auf der Basis der Modernisierungstheorie begründet wurde, gehört die Existenz einer Mittelklasse zu den zentralen Faktoren, welche die Herausbildung demokratischer Regierungsstrukturen begünstigen.⁷³ Stärker klassensoziologisch ausgerichtete Ansätze sehen im Bestehen eines selbstständigen Bürgertums, neben einer reformistischen Arbeiterbewegung und einer selbstständigen Bauern-

schaft, zentrale historische Determinanten für die Entstehung von Demokratien.⁷⁴

Führende chinesische Soziologen hingegen interpretieren die Entstehung von Mittelschichten als einen konsolidierenden Faktor für die autoritären Gesellschaftsstrukturen, welche durch eine zu starke soziale Polarisierung zwischen Arm und Reich destabilisiert werden könnten. Sie sind als kaufkräftige Konsumenten wichtig für die Binnennachfrage und die Wirtschaftsentwicklung der VR China. Ferner sind sie besser als andere Teile der Gesellschaft in der Lage, ihre Interessen zu artikulieren und der Regierung konstruktives Feedback hinsichtlich politischer Probleme und Maßnahmen zu geben. Soziale Bewegungen und kollektives Handeln urbaner Mittelschichten zur Bewahrung ihrer Interessen und zur Verteidigung ihrer Rechte sind langfristig für das Regime weniger problematisch als das Risiko revolutionärer Umstürze mangels solcher sozialer Ventile. Allgemein wird ferner davon ausgegangen, dass die Gewinner des Reformprozesses grundsätzlich ein Interesse an sozialer und politischer Stabilität haben. Es gibt quasi einen Gesellschaftsvertrag zwischen den neuen Mittelschichten und dem Staat: Solange sich deren ökonomische und Lebensbedingungen nicht drastisch verschlechtern, sondern stetig verbessern, unterstützen sie das politische System.⁷⁵

Zwischen westlichen und chinesischen Intellektuellen besteht grundsätzliche Einigkeit über die destabilisierende Wirkung einer zu starken Konzentration gesellschaftlicher Machtressourcen in den Händen der Eliten, wie sie auch im Gini-Koeffizienten zum Ausdruck kommt. Zu diesen Ressourcen zählen Einkommen und Vermögen ebenso wie Bildung und soziales Ansehen. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu unterscheidet diesbezüglich zwischen ökonomischem, kulturellem und symbolischem Kapital. Eine relativ breite Streuung dieser Machtressourcen und die damit einhergehende Dämpfung der sozialen Ungleichheit werden als Stabilitätsgaranten der jeweiligen politischen Ordnung interpretiert.⁷⁶ Studien des amerikanischen Soziologen Martin King Whyte belegen allerdings, dass der Glaube an die gerechte Verteilung des neuen Wohlstands unter

72 Zhou 2009.

73 Manfred G. Schmidt (2010): *Demokratiethorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 412f.

74 Ebd.: 418.

75 Yingfang Chen (2009a): Les mouvements de protestation des classes moyennes, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 187-219; Qiang Li 2009.

76 Schmidt 2010, S. 415ff.

den Chines_innen weit verbreitet ist, was die Akzeptanz hoher Niveaus sozialer Ungleichheit erhöht.⁷⁷

Kennzeichnend für die soziale Lage der mittleren Gesellschaftsschichten in der VR China ist das Phänomen der sogenannten Statusinkonsistenz. Idealtypisch würde man davon ausgehen, dass Mittelschichten in mehr oder weniger gleichmäßig moderatem Umfang mit verschiedenen gesellschaftlichen Machtressourcen ausgestattet sind. Sie würden dann über mittlere Einkommen verfügen, einen gehobenen Bildungsstandard sowie ein gehobenes soziales Ansehen genießen. Im gegenwärtigen China hingegen sind asymmetrische Verteilungen in den mittleren und oberen Gesellschaftsschichten sehr häufig. Intellektuelle und Akademiker zum Beispiel verfügen über ein hohes Maß an Bildung (kulturelles Kapital) und sozialem Ansehen (symbolisches Kapital), aber nur über ein moderates Maß an ökonomischem Kapital. Unternehmer hingegen sind häufig sehr wohlhabend (ökonomisches Kapital), oft mangelt es insbesondere den Neureichen jedoch an Bildung (kulturelles Kapital), Stil und Habitus sowie dem damit verbundenen sozialen Ansehen (symbolisches Kapital). Dies erschwert eine kohärente Definition des Begriffs von Mittelschichten oder -klassen in China.⁷⁸

6.3 Armut und soziale Ungleichheit

Armut meint einen Zustand gravierender sozialer Benachteiligung. Diese äußert sich in einer Unterversorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie einem Mangel an Ressourcen wie Einkommen und Vermögen. Sehr häufig wird der Begriff der Armut auf materielle Armut und insbesondere Einkommensarmut reduziert. Grundsätzlich äußert sich Armut – mit Rückgriff auf Bourdieu – in der Dimension des ökonomischen Kapitals ebenso wie in der des kulturellen Kapitals (Bildung), des sozialen Kapitals (Netzwerke, Bekanntschaften, der eigenen Entwicklung förderliche Beziehungen) und des symbolischen Kapitals (soziales Ansehen). Im Unterschied zu den mittleren und oberen Schichten ist die Statusinkonsistenz in den unteren Gesellschaftsschichten viel weniger ausgeprägt. Die Armen verfügen in der Regel nur über wenig Kapital, und zwar in allen angesprochenen Dimensionen.

77 Martin King Whyte (2010): *Myth of the Social Vulcano*. Stanford: Stanford University Press.

78 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 204ff.

Der Begriff der Armut ist in ähnlicher Weise politisch konnotiert wie der Begriff der Mittelschichten beziehungsweise Mittelklassen. Dies wird insbesondere deutlich bei der Unterscheidung von absoluter und relativer Armut. Absolute Armutsmaße beziehen sich in der Regel auf ein festgelegtes Existenzminimum wie zum Beispiel die von der Weltbank verwendete Armutsgrenze von 1,90 US-Dollar pro Tag für extreme Armut. Der Anteil der Weltbevölkerung an extremer Armut hat sich in den letzten Jahrzehnten drastisch verringert, von 44 Prozent 1981 auf 37 Prozent 1990 und auf 12,7 Prozent 2012. Dieser Rückgang ist überwiegend der wirtschaftlichen Entwicklung der VR China zuzuschreiben, welche über 700 Millionen Menschen über diese Linie gehoben hat. Die Festsetzung und Veränderung absoluter Armutsmaße ist ein Politikum, da sie die Zahl der offiziell als arm klassifizierten Bürger eines Staates und die damit suggerierte Intensität des Armutsproblems direkt beeinflussen.⁷⁹

Relative Armutsmaße beziehen sich hingegen auf die Wohlstandsverteilung in einer bestimmten Gesellschaft, zum Beispiel bezüglich Einkommen oder Vermögen. So wird die Schwelle für relative Einkommensarmut häufig als 60 Prozent des Medianeinkommens definiert.⁸⁰ Relative Armutsmaße beziehen sich damit stärker auf soziale Ungleichheit und nehmen neben materiellen auch immaterielle Bedürfnisse in den Blick. Mit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik hat sich die soziale Ungleichheit in China erhöht, entsprechend der Formel von Deng Xiaoping »Lasst einige zuerst reich werden«. Durch die materielle Verbesserung der Lebensstandards hat sich die absolute Armut verringert, gleichzeitig hat sich die relative soziale Distanz zwischen verschiedenen Gruppen erhöht. Das in den Medien verbreitete Bild des konsumorientierten Lebensstils wohlhabender urbaner Mittelschichten bleibt für viele Chines_innen unerreichbar.

79 World Bank, Poverty, <http://www.worldbank.org/en/topic/poverty/overview> (aufgerufen am 15.03.2016).

80 Der Median ist ein Mittelwert der Statistik. Wenn in einer Gesellschaft alle Einkommen ihrer Höhe nach aufsteigend sortiert werden, so liegt der Median an zentraler Stelle in der Mitte. Das Medianeinkommen ist die Schwelle, unter der die unteren 50 Prozent der Einkommen einer Gesellschaft liegen. Es unterscheidet sich vom Durchschnittseinkommen, welches als Quotient der Einkommenssumme und der Einkommensbezieher berechnet wird. Bei völlig egalitärer Einkommensverteilung wären Median- und Durchschnittseinkommen identisch. Bei ungleicher Einkommensverteilung ist das Durchschnittseinkommen höher als das Medianeinkommen, und die Differenz zwischen beiden ist ein Indikator für die Intensität der Ungleichverteilung.

Eine quantitative Studie auf der Basis des CHIP-Projektes illustriert die Unterschiede zwischen verschiedenen Armutsmaßen. Sie verwendet drei Maße für Einkommensarmut: die internationale Armutslinie von 1,25 US-Dollar pro Tag, die chinesische Armutsgrenze von 1 196 RMB pro Jahr (Stand 2008) und das relative Maß von 50 Prozent des Medianeinkommens. Im Untersuchungszeitraum (2002 bis 2007) hat sich die absolute Armut deutlich reduziert: von 7,44 auf 3,2 Prozent nach der chinesischen Armutsgrenze und von 18,57 auf acht Prozent nach der internationalen Armutsgrenze. Die relative Armut hingegen stieg leicht von 13,21 auf 13,3 Prozent. Nach den absoluten Armutsmaßen konzentriert sich die Armut zu über 95 Prozent im ländlichen Raum und in Siedlungsgebieten nationaler Minderheiten. Bei der relativen Armut sank der Anteil der ländlichen Bevölkerung an den Armen von 66,52 auf 60,63 Prozent, während der Anteil der städtischen Bevölkerung von 30,01 auf 37,73 Prozent stieg. Der Grund hierfür war die veränderte Berechnungsmethode, welche Stadt und Land in verschiedenen Regionen als unterschiedliche Sozialräume begriff und die Armutslinien jeweils getrennt und regional angepasst berechnete. Die Ergebnisse zeigen, dass sich seit 2000 der Lebensstandard allgemein verbessert hat und dass insbesondere in den Städten die soziale Ungleichheit steigt.⁸¹

Armut in China ist vor allem bei der älteren Bevölkerung anzutreffen, im ländlichen Raum und in Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten. Umfragen der Universität Peking ergaben, dass in den vergangenen Jahren fast ein Viertel der Bevölkerung über 60 Jahren unter der Armutsgrenze von 1 US-Dollar (ca. 6,3 RMB) am Tag lebte. Das ist deutlich mehr als in der Altersgruppe zwischen 49 und 59 Jahren. Im ländlichen Raum bezog mehr als die Hälfte der älteren Bevölkerung keine Altersrente, und in dieser Gruppe lebten fast 30 Prozent unter der Armutsgrenze. Die ältere Bevölkerung unterhält im Vergleich zu den Städtern schlechtere Beziehungen zu Familienmitgliedern, fühlt sich häufiger allein und verlassen, zeigt häufiger Anzeichen von Depressionen und hat eine höhere Selbstmordrate.⁸²

81 Li/Luo/Secular 2013.

82 Isabelle Attané (2016): *La Chine à bout de souffle, Le fardeau de la démographie*. Saint-Amand-Montrond: Fayard, S. 180ff.

6.4 Das chinesische Bildungssystem

Das chinesische Bildungssystem zeichnet sich durch einen intensiven und teilweise extremen Wettbewerb aus und ist ein maßgeblicher Faktor bei der Schaffung sozialer Ungleichheit. Es bestehen hochgradig komplexe Ursache- und Folgezusammenhänge zwischen Bildung und einer Reihe anderer Faktoren wie zum Beispiel Geschlecht, Ethnizität, wirtschaftliche Ungleichheit oder Migration. Neun Jahre universale, verpflichtende und kostenlose Schulbildung (Einheitsschule) stehen im Zentrum des chinesischen Bildungssystems, deren Umsetzung für die Sekundarstufe allerdings noch nicht vollständig umgesetzt ist. Die Finanzierung der Schulbildung durch lokale Regierungen hat in der Reformperiode immer wieder die Gebührenfreiheit unterminiert. Seit 2006 konnte das Problem durch Transferzahlungen von den höheren Ebenen aber deutlich gemildert werden.⁸³

Das chinesische Bildungssystem umfasst die folgenden Stufen: Vorschule, Grundschule, Sekundarstufe 1 und 2 sowie die Universität. Ab der Sekundarstufe 2 wird zwischen einem berufsbildenden und einem akademischen Zweig unterschieden. Zentrale Schnittstellen dieses Systems sind die Zugangstests für die Sekundarstufe 2 und die Universitäten (高考). Beide erfordern langfristige und umfangreiche Vorbereitungen, welche zum zentralen Lebensinhalt der Schüler_innen werden. Insgesamt kommen ca. 80 Prozent eines Jahrgangs in die Sekundarstufe 2, wobei hier allerdings bereits zwischen dem akademischen und dem berufsbildenden Zweig getrennt wird. Der Zugangstest zur Universität wurde 2012 von 44 Prozent des Jahrgangs 1994 abgelegt. Im Zuge der Expansion der höheren Bildung in der Reformperiode erhalten ca. 33 Prozent eines Jahrgangs Zugang zu einer Universität. Zwischen Chinas Universitäten gibt es klare Hierarchien. Der Zugang hängt direkt von der beim Test erreichten Punktzahl ab.⁸⁴

Chinesische Familien bringen zum Teil extreme materielle und psychologische Opfer, um den Kindern den Zugang zu höherer Bildung zu ermöglichen. In den Internatschulen im ländlichen Raum herrscht oft ein quasimilitärisch organisierter Alltag. Städtische Schüler_innen verbringen mehr Zeit zu Hause, haben aber ebenfalls eine sehr hohe Arbeitsbelastung. Den Nachwuchs erfolgreich

83 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013.

84 Ebd.

durch die Institutionen des Bildungssystems zu manövrieren ist eine zentrale Herausforderung für Chinas Familien, welche hohe finanzielle und zeitliche Belastungen nach sich zieht. Auf dem Land sind die Bildungschancen aus verschiedenen Gründen geringer als in den Städten: Die Qualität der Schulen ist in der Regel schlechter, auch deshalb, da Lehrer_innen besser bezahlte Arbeit sowie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in den Städten bevorzugen. Die ländlichen Schüler_innen haben damit geringere Chancen, die Zulassungsprüfungen zur Sekundarstufe und zur Universität zu bestehen.⁸⁵

Die zunehmende Arbeitsmigration beeinträchtigt ferner in den Migrantenfamilien die Produktion von Kulturkapital (Bildungsabschlüssen), während sie gleichzeitig die Produktion von ökonomischem Kapital (Einkommen) erhöht. Die Kinder von Arbeitsmigrant_innen haben in den Städten meist keinen gleichberechtigten Zugang zum Bildungswesen und müssen früher oder später ihre Ausbildung in den Entsenderegionen fortsetzen. Probleme gibt es insbesondere dann, wenn beide Elternteile migrieren und die Kinder in der Obhut der Großeltern verbleiben. Diese haben ihrerseits oft wenig oder keine Schulbildung genossen und sind mit der Förderung des Nachwuchses überfordert. Nicht selten bleiben solche Kinder sich selbst überlassen. 2015 erregte in China ein Fall Aufsehen, bei dem vier Kinder von Wanderarbeitern im Alter zwischen 5 und 13 Jahren kollektiv Selbstmord begingen, weil sich über einen längeren Zeitraum hinweg niemand um sie kümmerte. Durch diesen Fall wurde das Thema zurückgelassener Kinder von Wanderarbeiter_innen in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt.

Die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft ist zu einem bestimmten Grad von der Entwicklung des Bildungswesens entkoppelt. Viele Universitätsabsolventen haben Schwierigkeiten, nach dem Abschluss einen angemessenen Job zu finden, der ihnen ein Leben in den Metropolen, die Rückzahlung eventueller Studienschulden der Familie, die Gründung einer Familie und eine angemessene Versorgung der Eltern im Alter ermöglicht. Am Ende langjähriger und teilweise extremer Opfer seitens der Familien und der Kinder steht immer häufiger Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und ein Leben in extrem beengten Wohnverhältnissen, welche diesen Absolventen den Spitznamen »Ameisenstamm« (蚂蚁族) eingetragen haben. Für einen gesicherten Platz in Chinas

neuen Mittelschichten reicht nicht einfach nur ein Universitätsabschluss, es sollte am besten der einer Spitzenuniversität sein. Zudem braucht es Glück und Beziehungen, über welche nicht alle gleichermaßen verfügen. Die »Ameisenstämme« unterminieren zum Teil den Glauben an Bildung als Mittel zur sozialen Mobilität. Wenn in einer ländlichen Gemeinde ein Kind als Erstes seiner Familie an die Universität kommt und später keine Arbeit findet, macht sich in der Gemeinde häufig der Eindruck breit, dass studieren nutzlos sei.⁸⁶

Der berufsbildende Zweig des Bildungswesens ist in der öffentlichen Wahrnehmung mit einem Stigma behaftet. Ein Grund hierfür ist, dass vor allem jene, die die Zugangsexamen für den akademischen Zweig nicht bestehen, in den berufsbildenden Zweig weitergeleitet werden. Die bestehende Forschung zeigt massive Probleme im Berufsbildungssystem auf, unter anderem Unterfinanzierung der Schulen, Loslösung der Curricula von einer fachlichen Kompetenzvermittlung und hohe Instabilität beim häufig nur befristet beschäftigten Lehrpersonal. Die Berufsbildung zeichnet sich nichtsdestotrotz durch eine bessere Kopplung an den Arbeitsmarkt aus, bietet aber oft nur geringe Perspektiven für einen sozialen Aufstieg.⁸⁷

7. Urbanisierung und Migration

Urbanisierung und Migration gehören zu den zentralen Makrotrends der sozialen Entwicklung, welche China im 21. Jahrhundert kennzeichnen. Im Gegensatz zu anderen Entwicklungsländern wie Indien oder Brasilien entwickeln sich diese Trends unter einer vergleichsweise starken Kontrolle staatlicher Institutionen. Dies hat maßgeblich zum Ausbleiben von Ghettoisierung und zu relativ planvollen Urbanisierungsprozessen beigetragen. Der Großteil der Wanderarbeiter_innen verfolgt eine Strategie der getrennten Haushalte und zirkulierenden Migration,⁸⁸ in

86 Ebd.

87 Terry Woronov (2016): *Class Work: Vocational Schools and China's Urban Youth*. Stanford: Stanford University Press.

88 Der Begriff der zirkulierenden Migration (engl. *circular migration*) meint hier eine temporäre und sich wiederholende Migrationsbewegung zum Zwecke der Arbeit. Die Mehrheit der chinesischen Wanderarbeiter_innen kehrt mindestens einmal pro Jahr in ihre Entsenderegion zurück. In den Städten sind sie meist nicht sehr stark verwurzelt, was mit ihrer instabilen Beschäftigungssituation und den niedrigen Löhnen zu tun hat. Von der Stadtbevölkerung werden sie oft nicht als gleichwertig anerkannt und beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung oder Sozialhilfe sind sie in den Städten meist benachteiligt. Ihren Lebensmittelpunkt sehen viele weiterhin in der Entsenderegion, wohin sie nach einigen Jahren der Arbeitsmigration oft auch zurückkehren.

85 Ebd.

der ein oder zwei arbeitsfähige Haushaltsmitglieder in städtischen Zentren arbeiten, während ihr Lebensmittelpunkt jedoch auf dem Land bleibt. Diese Form der Migration stärkt das ökonomische Einkommen ländlicher Haushalte und beeinflusst die Kräfteverhältnisse zwischen den Geschlechtern. Sie schwächt allerdings auch die Kohäsionskraft der Familien und ihre Fähigkeit zur Versorgung von Alten und Kindern. Die Regierung Xi Jinpings hat einen massiven Urbanisierungsschub angekündigt, im Zuge dessen ein großer Teil der Land- zu Stadtbewohnern werden soll. Dies soll allerdings weniger in wichtigen Metropolen wie Peking oder Shanghai geschehen, sondern in kleineren und mittleren Städten. Die Regierung begreift Urbanisierung als ein zentrales Projekt der Modernisierung Chinas und als wichtigen Bestandteil der neuen wirtschaftlichen Strategie, den Binnenkonsum zu stärken.

7.1 Das *hukou*-System und die Trennung von Stadt und Land

Das System der Haushaltsregistrierung, auch *hukou* genannt, stellt eine wichtige Partikularität der sozialen Institutionen Chinas dar, welche einen hohen Einfluss auf die Sozialstruktur und die Ausprägung sozialer Ungleichheit hat. In idealtypischer Form weist das *hukou*-System jedem chinesischen Bürger drei Kategorien zu:

1. Es erfasst ihn als Teil eines Haushalts (户) aus der Perspektive staatlicher Institutionen.
2. Es knüpft den Haushalt an die Lokalität, wo er registriert ist (户口所在地).
3. Es identifiziert den Haushalt als entweder landwirtschaftlich (农业户口) oder nicht landwirtschaftlich (非农业户口) und ordnet ihn damit der ländlichen oder städtischen Gesellschaft zu – unabhängig von der tatsächlichen Beschaffenheit des Siedlungsraums.

Das *hukou*-System ist nicht viel mehr als ein Registrierungssystem, aber seine enge Verknüpfung mit diversen administrativen Prozessen und anderen staatlichen und sozialen Institutionen gibt ihm einen weitreichenden Einfluss auf die soziale Schichtung und die Lebenschancen der Chines_innen.

Die Wurzeln des *hukou*-Systems liegen in der chinesischen Geschichte und im sozioökonomischen Entwicklungsmodell der Sowjetunion. In der Sowjetunion konnten nur Bürger mit dem Nachweis einer »Aufent-

haltsgenehmigung« (*propiska*) im Pass für ihre jeweilige Stadt dort wohnen, welche ländlichen Bürgern nicht ausgestellt wurde. In planwirtschaftlichen Kontexten dienten solche Registrierungssysteme nicht nur als Instrument der Migrationskontrolle, sondern auch als Grundlage der staatlichen Zuteilung von Waren und Dienstleistungen. Als institutionelles Erbe haben sie die Einleitung politischer und wirtschaftlicher Reformen vielerorts überdauert und üben bis heute einen unterschiedlichen Einfluss auf das Leben der Bürger des jeweiligen Staates aus. Neben China ist dies zum Beispiel auch in Russland und der Ukraine der Fall.

Vor 1978 wurde Migration in der VR China streng kontrolliert. Das *hukou*-System diente zudem als Grundlage für die Zuteilung von Nahrungsmitteln und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. Es spielte eine wichtige Rolle bei der Steuerung von Migration – etwa bei der Verlegung von Industrien. Ein Überleben für die Menschen war durch deren umfassende Abhängigkeit vom Staat quasi nur am Ort ihrer Registrierung möglich. Für die Landbewohner war der *hukou* eine Voraussetzung für die Zuteilung zu einem ländlichen Kollektiv. Seit den 1980er Jahren ist er eine Voraussetzung für die Zuteilung einer Bodenparzelle, da Ackerland nach wie vor Kollektiveigentum ist. In den Städten war der *hukou* eine Voraussetzung für den Zugang zu einer Arbeitseinheit, welche lebenslange Beschäftigung und umfassende soziale Versorgung garantierte. Den *hukou* erbt man von der Mutter und hatte im späteren Leben gewöhnlich wenig Gelegenheit, ihn zu ändern. In der planwirtschaftlichen Periode war das *hukou*-System die administrative Grundlage für eine rigorose Zuteilung der Gesellschaft in Land- und Stadtbewohner, wobei die Städter soziale Privilegien genossen.⁸⁹

⁸⁹ Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 67ff.

7.2 Migration⁹⁰, Industrialisierung und Urbanisierung in der Reformperiode

Die Reform- und Öffnungspolitik seit 1978 bewirkte grundlegende Veränderungen in der sozialen Wirkung des *hukou*-Systems, wobei in vielen Bereichen auch eine bemerkenswerte Kontinuität festzustellen ist. Maßgeblich ist hier ein Wechsel des Entwicklungsmodells weg von der Betonung der Schwerindustrie hin zur Entwicklung von Leichtindustrie und Dienstleistungen sowie weg von staatlicher Planwirtschaft hin zu marktwirtschaftlichen Prozessen. Im ländlichen Raum stieg die Produktivität im Zuge der Dekollektivierung und der Einführung von haushaltseigenen Bodenparzellen sprunghaft an. Die große Zahl der damit freiwerdenden ländlichen Arbeitskräfte fand zunächst vor allem in ländlichen Betrieben (乡镇企业) eine neue Beschäftigung. Doch auch deren sprunghaftes Wachstum konnte nicht verhindern, dass spätestens seit Ende der 1980er Jahre immer mehr junge, meist gering qualifizierter Arbeitskräfte den ländlichen Raum verließen, um in den Städten Arbeit zu suchen. Grundsätzlich muss zwischen drei Gruppen von Wanderarbeiter_innen unterschieden werden: Manche wandern nur in eine nahe Gemeinde- oder Kreisstadt; manche verlassen ihren Heimatkreis oder Distrikt, verbleiben aber in ihrer Heimatprovinz; eine dritte Gruppe schließlich migriert in eine andere Provinz. Einige Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen 1989 und 2004 die Zahl der ländlichen Arbeitsmigranten von 30 Millionen auf 118 Millionen stieg, wobei 2004 47,7 Millionen von ihnen ihre Heimatprovinz verließen.⁹¹ Bis 2014 stieg die Gesamtzahl der Wanderarbeiter_innen auf geschätzte 274 Millionen.⁹² In den Städten bilden sie eine neue Schicht von Arbeiter_innen und einfachen Angestell-

ten, welche als maßgebliche Triebkraft des chinesischen Wirtschaftswunders wirkt und sich langsam, aber stetig mit den unteren Schichten der urbanen Gesellschaft vermischt.⁹³

Die Verwaltung des *hukou*-Systems wurde während der Reformperiode dezentralisiert, weswegen es deutliche lokale Unterschiede bei den entsprechenden Regulierungen gibt. Die Stadtregierungen ihrerseits konnten die Dezentralisierung zum Aufbau von Migrationsregimen nutzen, die den Regimen internationaler Migration in Industrieländern ähneln und den Interessen verschiedener Akteure im städtischen Raum Rechnung tragen. Der chinesische Soziologe Chen Yingfang beschreibt am Beispiel der Stadt Shanghai die Problematik der Integration von Arbeitsmigranten. Die Reform staatlicher und kollektiver Unternehmen setzte Arbeitskräfte frei, wodurch die Stadt in den 1990er Jahren ein massives Problem mit Arbeitslosigkeit bekam. Aufgrund der Wirtschaftsentwicklung hatten die lokalen Regierungen ein großes Interesse an zusätzlichen Arbeitskräften, gleichzeitig versuchten sie aber auch, die lokale Bevölkerung zu bevorzugen und zu schützen. Um zu vermeiden, dass Migranten Shanghai Bürger_innen am Arbeitsmarkt Konkurrenz machten, schlossen die lokalen Behörden Arbeiter_innen ohne Shanghai *hukou* von einem gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt aus. Formal sollten Unternehmen sich zunächst mit einer Stellenanzeige an das Arbeitszentrum des Bezirks wenden. Nur wenn kein Einheimischer für die Stelle gefunden werden konnte, sollte ein Unternehmen die Erlaubnis bekommen, Wanderarbeiter_innen einzustellen. Chen argumentiert, dass gerade diese Diskriminierung die Attraktivität der Arbeitsmigranten als Arbeitskräfte erhöht hat, denn sie erleichtert den Unternehmen, niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten durchzusetzen sowie die Ausstellung eines Arbeitsvertrages oder die Eingliederung in die Sozialversicherung zu verweigern. Im Kontext eines ineffektiv funktionierenden Rechtssystems stehen die potenziellen Kosten einer Unterwanderung des Arbeitsrechts in keinem Verhältnis zu dem Nutzen eines solchen Vorgehens. Die Einstellung und Beschäftigung der Wanderarbeiter_innen erfolgt primär über informelle Kanäle, ihnen mangelt es sowohl an Rechten als auch an einer formalen Grundlage (Arbeitsvertrag), um diese einzuklagen. Die formale Intention

90 Der Begriff der Migration bezieht sich hier nicht primär auf einen dauerhaften Wohnortwechsel (oft in Verbindung mit einer Überquerung nationaler Grenzen) – das chinesische Wort für migrant (*yimin*) meint primär diese Form von Mobilität. Daneben gibt es zwei weitere Begriffe für interne Migranten: Wanderarbeiter (*nongmin gong*) und treibende Bevölkerung (*liudong renkou*). Ersterer meint Bürger vom Land, welche in einer Stadt Arbeit suchen (und sei es nur die nächstgelegene Kreisstadt). Letzterer meint ländliche und städtische Bürger, welche sich über längere Zeit nicht an dem Ort aufhalten, an dem sie über das *hukou*-System registriert sind. Im westlichen Sprachgebrauch wird mit dem Wort »Wanderarbeiter« in Bezug auf China meist eine Überschneidung der beiden chinesischen Kategorien gemeint (*waichu nongmin gong*), also ländliche Bürger, die in einer Stadt außerhalb ihrer Entsenderegion Arbeit suchen.

91 Li Chunling (2009): Migrations villes-campagnes et mobilité sociale, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 47-73, 57.

92 Chinanews, 2014 nian quanguo nongmingong zongliang jin 2,74 yi – zengsu lianxu 4 nian huiluo (die Gesamtzahl der Wanderarbeiter erreicht 2014 274 Millionen – sie wächst das vierte Jahr in Folge langsamer), <http://www.chinanews.com/cj/2015/04-29/7242204.shtml> (aufgerufen am 15.03.2015).

93 Li Chunling 2009; Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 110ff.

der Shanghaier Arbeitsmarktpolitik steht somit in einem paradoxen Gegensatz zu ihren Ergebnissen.⁹⁴

Der Zugang zu öffentlichem Wohnraum ist in Shanghai (ebenso wie in anderen Städten) an einen lokalen *hukou* gekoppelt. Aufgrund ihrer niedrigen Gehälter sind Wohnungen auf dem regulären Immobilienmarkt in Shanghai für Arbeitsmigrant_innen unerschwinglich. Für ihre Unterbringung haben sich daher eine Reihe unterschiedlicher Arrangements gebildet, welche zum Teil eng an den Sektor gekoppelt sind, in dem sie arbeiten. Bauarbeiter übernachten häufig direkt auf der Baustelle und Hausmädchen wohnen oft in den Wohnungen der wohlhabenden Familien, die sie beschäftigen.⁹⁵ Viele Fabriken und andere Unternehmen unterhalten zudem Wohnheime für Arbeiter und Angestellte, zu denen auch Wanderarbeiter_innen Zugang haben. Darüber hinaus sind insbesondere in den Randzonen der expandierenden urbanen Räume – in Shanghai, Guangzhou und anderen großen Städten – spezielle Wohnformen entstanden, welche häufig als städtische Dörfer (城中村) bezeichnet werden. Oft handelt es sich hier um ehemalige Dörfer, welche in den städtischen Siedlungsraum integriert wurden, während der Boden vorerst im Kollektivbesitz verblieb. Die Eigentümer haben diesen Boden mit sehr verdichtetem und häufig minderwertigem Wohnraum bebaut, welchen sie an die Wanderarbeiter_innen vermieten. Meist haben solche Siedlungen einen schlechten Ruf, sie erfüllen aber wichtige sozioökonomische Funktionen. An den Rändern Shanghais und anderer Städte leben mittlerweile Einheimische teilweise oder ganz von der Vermietung von Wohnraum an Arbeitsmigranten.⁹⁶

Die lokalen Behörden Shanghais sind sich der informellen Verhältnisse wohl bewusst, ebenso wie der Verstöße gegen Recht und Regulierungen bei den Arbeits- und Wohnverhältnissen der Wanderarbeiter_innen. Sie sind eine Quelle billiger Lohnarbeit, welche die Wettbewerbsfähigkeit lokaler Unternehmen stärkt und damit auch den Regierungen nützt. Viele Gemeinden und Stadtviertel beziehen einen Großteil ihrer Einnahmen aus lokalen Industrien und Unternehmen. Chen beschreibt das Bei-

spiel lokaler Märkte in Shanghai, auf denen von Wanderarbeiter_innen höhere Standmieten als von Einheimischen verlangt wurden. An den Rändern der Stadt errichteten und bewirtschafteten Vertreter von Straßenbüros und Dorfkomitees Mietshäuser für sie mit geringem kommerziellem Wert. Die Unternehmen, Bürger und lokalen Behörden profitieren von ihrer Präsenz, da sie billige Arbeitskraft liefern, für Mieteinnahmen sorgen und das lokale Wirtschaftswachstum fördern. Die Kosten der Migration tragen sie letztlich selbst. Aufgrund der geringen Attraktivität und Rentabilität der Landwirtschaft bleibt die Migration jedoch eine attraktive Option für die ländliche Bevölkerung.⁹⁷

Unter den chinesischen Gastarbeiter_innen dominieren Strategien temporärer zirkulärer Migration. Der Lebensmittelpunkt bleibt dabei in der Regel am Ort der Haushaltsregistrierung, wo sie ihre Familien zurücklassen. Der Weg in die Städte führt häufig über Netzwerke oder Agenturen, die im ländlichen Raum über die Arbeitsmarktlage in den Städten und in bestimmten Industrien informieren. Zum Teil übernehmen diese Aufgabe auch die Massenorganisationen der Partei (insbesondere der Frauenverband). Die Netzwerke tragen zur Geschlechtersegregation in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft bei, über welche beispielsweise überproportional viele Frauen in die Textilindustrie oder die Tourismusbranche gelangen. Gleichzeitig wirken sie als verlängerter Arm der Familienverbände, Clans oder Dorfgemeinschaften, die die Einhaltung geschlechtsspezifischer Normen (vor allem bezüglich des Sexualverhaltens) auch in der Ferne überwachen und Verstöße gegebenenfalls sanktionieren.⁹⁸ Überdurchschnittlich vertreten sind Frauen auch in der Gastronomie und der Unterhaltungs- und Wellnessbranche. Letztere ist der Ausgangspunkt für oft fließende Übergänge in die Prostitution, die ihrerseits ebenfalls auf Migration basiert. Die prekäre Arbeitssituation vieler Migrant_innen trägt zudem zu häufigem Wechsel des Wohn- und Arbeitsortes bei. Sie fühlen sich in den urbanen Zentren oft als Außenseiter. Sie genießen geringes soziales Ansehen unter den Städtern, ihnen fehlen die Freizeit und das Geld zur Teilhabe an der städtischen Kul-

94 Yingfang Chen (2009b): »Chaîne d'intérêts« et absorption des migrants en ville, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 75-92.

95 Arianne M. Gaetano (2015): *Out to work. Migration, Gender, and the Changing Lives of Rural Women in Contemporary China*. Honolulu: University Of Hawai'i Press.

96 Yingfang Chen 2009b: 83f; Christopher J. Webster/ Fulong Wu (Hrsg.) (2010): *Marginalization in Urban China. Comparative Perspectives*. New York: Palgrave Macmillan.

97 Yingfang Chen 2009b.

98 Eine neuere Studie zu Wanderarbeiterinnen beschreibt, dass die Eltern von Wanderarbeiterinnen oft implizit deren Arbeitgeber mit der Überwachung des moralischen Verhaltens ihrer Töchter beauftragen. Sie beschreibt einen Fall, in dem ein Arbeitgeber eine junge Wanderarbeiterin aufgrund von Gerüchten über eine sexuelle Beziehung entließ und zurück in ihr Dorf schickte, wofür ihre Eltern sehr dankbar waren. Gaetano 2015.

tur und ihre Wohnverhältnisse institutionalisieren oft die Trennung von den Einheimischen. Insbesondere für die ältere Generation der Wanderarbeiter_innen bleibt der Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum.⁹⁹

In der Regel senden die Wanderarbeiter_innen einen Teil ihrer Einkommen an die in der Heimat verbliebenen Familien. Diese Geldtransfers tragen maßgeblich zur Erhöhung der ländlichen Einkommen und des Lebensstandards im ländlichen Raum bei. Das Geld kann zum Bau von Häusern, zur Finanzierung von Bildung und zu medizinischer Behandlung sowie für Hochzeiten und Begräbnisse verwendet werden. Während die meisten Wanderarbeiter_innen in den Städten nur ein geringes soziales Ansehen genießen, kann ihnen das Einkommen aus der Wanderarbeit zu einem höheren Status in ihren Familien und Heimatgemeinden verhelfen. Gleichzeitig bringt die Migration aber auch Probleme und Konflikte mit sich. Aufgrund der instabilen Beschäftigungssituation, der prekären Wohnraumlage und des problematischen Zugangs zum Schulsystem wachsen die Kinder der Arbeitsmigranten häufig mit nur einem Elternteil oder in der Obhut der Großeltern auf. Die oft lange Abwesenheit der Eltern führt zu emotionalen Spannungen.

Chinesische Forscher_innen gehen davon aus, dass ca. ein Viertel der Wanderarbeiter_innen mit ihren Familien migriert und permanent in den Städten bleibt. Dies und die Gründung einer Familie in den Zielgebieten sind Anzeichen dafür, dass diese Bevölkerungsgruppe sich gut etabliert hat und geneigt ist, permanent in der Stadt zu siedeln und sich in die urbane Gesellschaft zu integrieren. Die wenigen von ihnen, die in einem formalen Arbeitsverhältnis beschäftigt und in die Sozialversicherung für Angestellte integriert sind, sind ebenfalls vor allem in diesem Segment zu suchen.

Insgesamt scheint sich abzuzeichnen, dass die Bedeutung des *hukou*-Systems für die soziale Schichtung sich allmählich verringert.¹⁰⁰ In einigen Regionen sieht es so aus, als ob sich die Wanderarbeiter_innen zunehmend mit den unteren Schichten der urbanen Gesellschaft vermischen. Für Wanderarbeiterkinder in der zweiten Generation stellen die ländliche Abkunft und der dazugehörige *hukou* nicht mehr unbedingt ein klares Identifikationskri-

terium dar.¹⁰¹ Stattdessen scheinen Bildung und die Position im Arbeitsmarkt immer wichtigere Kriterien sozialer Ungleichheit zu werden.¹⁰²

Die Reformen des *hukou*-Systems in der Reformperiode verliefen graduell in Richtung einer zunehmenden Öffnung kleiner und mittelgroßer Städte sowie einer Abschottung großer Städte und Metropolen. Unter Xi Jinping hat die chinesische Regierung eine große Urbanisierungswelle angekündigt, im Rahmen derer Millionen von Wanderarbeiter_innen zu städtischen Bürgern werden sollen – wobei an der Abschottung der Metropolen weiter festgehalten wird. Kleine und mittlere Städte sind für sie besser zugänglich, bieten ihnen aber oft weniger lukrative Jobchancen als die Großstädte und Metropolen in den Küstenprovinzen. Nach einigen Jahren harter Arbeit in größeren Städten lassen sich jedoch ohnehin viele von ihnen in kleinen und mittleren Städten in ihren Entsenderegionen nieder, um dort ihren Lebensabend zu verbringen, zu investieren oder sich selbstständig zu machen. Seit der Jahrtausendwende hatte die Zentralregierung auch verschiedene politische Initiativen für die stärkere Gleichberechtigung dieser Bevölkerungsgruppe angestoßen wie etwa die Formalisierung ihrer Arbeitsverhältnisse und ihre Eingliederung in die Sozialversicherung für städtische Arbeitnehmer. Aufgrund divergierender Interessen der Lokalregierungen sind diese jedoch nur teilweise implementiert worden.¹⁰³

8. Verhältnis von Individuum, Familie und Gesellschaft

8.1 Chinesische Familie aus historischer Perspektive

Die historische Entwicklung und die Formen der Familie als sozialer Institution in China unterscheiden sich zum Teil deutlich von den aus dem modernen Europa bekannten Modellen. Die chinesische Mythologie kennt Überlieferungen einer matrilinearen Frühgeschichte, in der die Menschen »ihre Mutter kannten, aber nicht ihren Vater«

99 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 70ff.

100 Dem wirkt allerdings die Expansion des Systems der sozialen Sicherung entgegen.

101 Woronov 2016.

102 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 79.

103 Gloria Davies/Gaby Ramia (2008): Governance Reform towards »Serving Migrant Workers«. The Local Implementation of Central Government Regulations, in: *The China Quarterly*, 193, S. 140-149.

(知母不知父的时代).¹⁰⁴ Diese Überlieferungen haben sich stellenweise mit den Matriarchatstheorien des Marxismus vermischt, sind aber letztlich nicht empirisch untermauert. Es gilt jedoch als gesichert, dass die Stellung der Frau in der chinesischen Gesellschaft einem kontinuierlichen historischen Wandel unterworfen war.

Die soziale Organisation han-chinesischer Verwandtschaftsbeziehungen, welche sich über die Jahrtausende entwickelt hat, ist sehr stark auf das männliche Geschlecht ausgerichtet. In ihrer idealtypischen Form ist sie gekennzeichnet durch (1) patrilineare Abstammung: Die Ahnenlinie wird über die männlichen Vorfahren zurückverfolgt; (2) Patriarchat: Die Eltern dominieren die Kinder und die Männer dominieren die Frauen; (3) patrilokale Ehe: Die Frauen verlassen bei der Hochzeit ihre Familie und ihr Dorf, um Teil der Familie des Ehemannes zu werden. In ihrer erweiterten Form manifestiert sich diese soziale Organisationsform in Großfamilien und Clans.¹⁰⁵ Die Großfamilie geht über die Kernfamilie (Vater, Mutter, Kinder) hinaus und kann zum Beispiel mehrere Kernfamilien umfassen, welche mit den gemeinsamen Großeltern zusammenleben. Das Ideal der chinesischen Kernfamilie umfasst vier oder fünf Generationen, die zusammen unter einem Dach leben.¹⁰⁶

Familienverbände in China wurden häufig mit Unternehmen oder Lokalregierungen verglichen. Familien ähneln Unternehmen dahingehend, dass das Kollektiv über dem Einzelnen steht und kollektive ökonomische oder politische Interessen oft maßgeblich für Entscheidungen sind. Starke Clans können durchaus staatliche Aufgaben übernehmen, indem sie zum Beispiel Schulen und Tempel betreiben oder sich der Versorgung und Pflege von Wit-

wen, Waisen und behinderten Mitgliedern annehmen. Nicht selten sind im ländlichen China ganze Dörfer von den Mitgliedern nur eines Clans bewohnt, was zur Folge hat, dass alle im Dorf den gleichen Nachnamen tragen.

Die konfuzianischen Lehren erhoben die patriarchalisch-patrilineare Familie zum Kernelement und Vorbild der sozialen und politischen Ordnung. Ihre Betonung sozialer Hierarchie kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass vier der fünf menschlichen Elementarbeziehungen hierarchisch strukturiert sind (Vater und Sohn, Ehemann und Ehefrau, älterer und jüngerer Bruder sowie Herrscher und Untertan). In der konfuzianischen Ethik kommt dem Wert der kindlichen Pietät (孝) eine zentrale Bedeutung zu: Kinder sind den Eltern – ihren künftigen Ahnen – zur Fürsorge und Folgsamkeit verpflichtet. Frauen haben gehorsam zu sein gegenüber ihren Vätern (als Kinder), Ehemännern (als Ehefrauen) und Söhnen (als Witwen) (三从).¹⁰⁷

Die patrilokale Ehe wurde lange Zeit als ein zentraler Grund für die soziale Benachteiligung von Frauen in China betrachtet – insbesondere im ländlichen Raum. Da Frauen nach der Eheschließung ihre Familie (und oftmals auch ihr Dorf) verlassen, konzentrierten Familien zum Beispiel ihre Bildungsinvestitionen stärker auf den männlichen Nachwuchs. Traditionell war und ist die Versorgung der Eltern im Alter die Aufgabe des ältesten Sohnes, was Eltern mehrerer Kinder signifikante Anreize zur Bildungsdiskriminierung gab. Ferner nahm die Braut in der Familie des Mannes zunächst nur eine untergeordnete Stellung ein. Die Geburt eines männlichen Nachkommen konnte beziehungsweise kann allerdings das Prestige einer Frau verbessern.¹⁰⁸

104 Zur Entwicklung chinesischer Matriarchatvorstellungen, siehe auch: Dandan Zhou/Ruohui Li (2016): Theory of Matriarchal Society and Its Problematic Application in China, in: *Chinese Journal of Sociology*, 5, S. 197-221.

105 Ein Clan ist die traditionelle Eigentums- und Bewirtschaftungseinheit. Er bildet zugleich die Grundzelle des Dorfes. Vor allem in Süd- und Mittelchina waren und sind die Clanverbände dominante Institutionen, Organe dörflicher Selbstverwaltung und zugleich wirtschaftliche Interessen-, soziale Schutz- und rituelle Gemeinschaften. Jeder Clan besaß einen eigenen Tempel und/oder eine Ahnenhalle. Die Mitglieder eines Clans leiten sich von einem gemeinsamen, fiktiven Vorfahren ab. Eine solche Organisation kann mehrere tausend Mitglieder in einem oder mehreren Dörfern umfassen (Cländörfer), wobei alle den gleichen Nachnamen tragen (z. B. Wang, Li etc.). Nach 1949 wurden sie von der KP unterdrückt, im Zuge des Reform- und Liberalisierungsprozesses haben sie jedoch erneut Bedeutung im ländlichen Raum erlangt. Da es keine rechtlich verbindliche soziale Absicherung im ländlichen Raum gab, übernahmen traditionelle Organisationsstrukturen wie die Clans in den 1990er Jahren wieder die Funktionen von Auffang-, Schutz- und Rechtsinstitutionen.

106 Zum traditionellen Familiensystem s. z. B. Lin Yutang 2016, S. 247ff.

107 Das Beispiel der Ehe als Institution zeigt, dass sich hinter solchen Idealtypen oft eine große Vielfalt an mehr oder weniger stark davon abweichenden Realtypen verbirgt. Die patrilokale Ehe bedeutete in der Regel für eine Frau, dass sie ihr Elternhaus verließ, um Teil der Familie ihres Ehemannes zu werden. Oft war dies mit einem Abbruch der Beziehungen zur eigenen Familie verbunden. Manche Ehen dienten aber auch der strategischen Allianzbildung zwischen Familien, und die Kontakte wurden gezielt aufrechterhalten. Unter Chinas ethnischen Minderheiten gibt es sowohl matrilineare als auch matrilocale Formen der Ehe. Während monogame Ehen im modernen China die Regel sind, existieren auch institutionalisierte Formen der Polygamie wie etwa polyandrische Ehen zwischen einer Frau und mehreren Brüdern in bestimmten Regionen des tibetischen Kulturkreises oder dem Levirat bei den Yi, wobei Brüder die Witwen verstorbener Brüder als weitere Frau übernehmen und versorgen.

108 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 244-249.

8.2 Ehe, Familie und Sexualität im Kontext der Modernisierung

Mit der graduellen Modernisierung der chinesischen Gesellschaft seit dem frühen 20. Jahrhundert sind die Familienstrukturen einem kontinuierlichen Wandel unterworfen. Dabei wird die patrilokale Ehe zunehmend durch die neolokale ersetzt: Das Paar wohnt in einem eigenen Haushalt und gründet eine Kernfamilie. Ferner wurden die patriarchalen Machtstrukturen deutlich geschwächt. Ausschlaggebend waren hier unter anderem die kommunistischen Reformen zum Landbesitz und zur Ehe sowie die zum Teil daraus resultierende Stärkung der Jugendautonomie und der Rolle der Frauen. Grundsätzlich setzte dieser Wandel aber bereits vor 1949 ein und vollzog sich in den Städten schneller als auf dem Land. Unter der Herrschaft der KPCh nahm der Staat jedoch einen starken und prägenden Einfluss auf die Entwicklung der Familie als Institution.

Der Soziologe Yunxiang Yan interpretiert diese Entwicklung als einen Prozess der Individualisierung, in dem sich die zentrale Machtachse der Familie weg von der hierarchischen Beziehung zwischen Eltern und Sohn hin zur horizontalen Paarbeziehung verschiebt. Dieser Wandel impliziert einen Trend zur Jugendautonomie ebenso wie eine Stärkung der Rolle der Frau. Seine Ethnografie eines Dorfes in Nordostchina beschreibt, wie sich dieser Wandel über die Jahrzehnte vollzogen hat, und zeigt die Kontinuität dieses Prozesses.¹⁰⁹

Seit 1949 hat sich ein gradueller Übergang von durch die Eltern arrangierten Ehen zu stärker ausgehandelten Formen der Partnerwahl vollzogen, in der die Gefühle und Präferenzen der eigentlichen Ehepartner zunehmend entscheidend sind. Romantische Beziehungen und vor ehelicher Geschlechtsverkehr sind Ende der 1990er Jahre vor allem in den Städten alltägliche Phänomene geworden. Die Partner in arrangierten Ehen vor 1949 trafen sich häufig nicht vor der Hochzeit, und die Entscheidungen wurden oft von den Eltern allein gefällt. Das Ehegesetz von 1950 und seine Nachfolger hatten die Abschaffung arrangierter Ehen und die Gleichberechtigung der

Frauen bereits früh rechtlich festgeschrieben. Allerdings gibt es einen erheblichen Stadt-Land-Unterschied, und Eltern nehmen nach wie vor Einfluss auf die Partnerwahl ihrer Kinder.¹¹⁰

Die Enteignung und Kollektivierung des Ackerbodens trug ebenfalls maßgeblich zur Schwächung der alten Eliten sowie der Familien und Clanverbände bei. Im Zuge der Dekollektivierung in den 1980er Jahren fielen die Nutzungsrechte wieder überwiegend den männlichen Familienoberhäuptern zu und wurden primär an die Söhne vererbt. Töchter, Schwiegertöchter sowie geschiedene Frauen werden seitdem bei der Zuteilung von Ackerboden vielerorts benachteiligt.¹¹¹ Dies bedeutet aber keine simple Restauration der alten Familieninstitutionen in der Reformphase. Vielmehr sind die Hierarchien zwischen Generationen und Geschlechtern einem komplexen Veränderungsprozess unterworfen. Traditionell wohnten frisch verheiratete Paare oft bis zur Auflösung des elterlichen Haushalts bei den Eltern des Ehemannes. Diese Phase der Koresidenz wurde aber auch in der Reformphase zunehmend verkürzt und durch Haushaltsgründungen direkt nach der Ehe abgelöst: ein Trend, der durch die stärkere Autonomie der jüngeren Generationen und der Frauen im Besonderen geprägt ist. Mit ihm einher gingen neue Formen der Haushaltstrennung und die wieder steigende Bedeutung von Brautpreisen und Hochzeitsgeschenken im ländlichen Raum. Anders als früher wird der Brautpreis nicht mehr unbedingt an die Familie der Ehefrau gezahlt, sondern immer häufiger an das junge Paar selbst. Die jungen Bräute spielen bei der Aushandlung der Zahlungen und Geschenke eine zentrale Rolle, wobei ein Interessenkonflikt zwischen dem jungen Paar und der Familie des Mannes besteht: Um möglichst früh einen eigenen Haushalt gründen zu können, muss die Braut in Kooperation mit dem Bräutigam ihren Preis möglichst in die Höhe treiben. Dies aber wird zu einer großen Bürde für die Familie des Ehemannes, welche häufig mehrere Jahreseinkommen für die Verheiratung des Sohnes aufbringen muss.¹¹²

Im urbanen Raum besteht eine Erwartungshaltung an den potenziellen Ehemann und seine Familie, eine Eigen-

109 Dieses Dorf ist zwar nicht repräsentativ für das ländliche China, aber Yans Beschreibungen liefern tiefe und detaillierte Einblicke in langfristige soziale Prozesse, welche sich überall im Land vollziehen. In der folgenden Darstellung wird darum stark auf das von Yan analysierte Dorf Bezug genommen. Yunxiang Yan (2003): *Private Life under Socialism. Love, Intimacy, and Family Change in a Chinese Village, 1949-1999*. Stanford: Stanford University Press.

110 Ebd.

111 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013: 244ff.; Yunxiang Yan 2003, S. 148.

112 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, S. 244ff.; Yunxiang Yan 2003, S. 140ff.

tumswohnung für das Paar in die Ehe einzubringen.¹¹³ Vor allem in Städten mit deutlichem Frauenüberschuss haben viele junge Frauen Probleme, einen Partner zu finden, der diesen Ansprüchen gerecht wird, und stehen somit vor der Wahl zwischen Einsamkeit oder Bruch der Traditionen. Auf dem Land hingegen besteht vielerorts ein Überschuss an Männern – nicht zuletzt wegen der ausgeprägten Präferenz für Söhne. Dadurch erhöht sich tendenziell die Konkurrenz um die wenigen Frauen, was deren Status auf den Heiratsmärkten erhöht. In manchen Gegenden haben selbst Frauen mit Prostitutionsvergangenheit kaum Probleme, einen Ehepartner zu finden.¹¹⁴ Es wird deutlich, dass mit der wieder stärker auf Besitz und Kommerz ausgerichteten Kultur der Reformperiode die alten Geschlechternormen eine neue Dynamik in der Strukturierung von sozialer Ungleichheit und Institutionen wie Ehe und Familie gewinnen – auf dem Land wie in den Städten.

China sieht sich in der Reformperiode zunehmend mit Problemen konfrontiert wie ungewollten Schwangerschaften, steigenden Scheidungsraten oder vereinsamenden Senioren, welche zuvor vor allem den »hedonistischen« Gesellschaften der westlichen Industrieländer zugeschrieben wurden. Häusliche Gewalt ist ebenfalls ein verbreitetes, nicht aber ein neues soziales Problem. Laut offiziellen Statistiken wurden in China 2014 13,5 Millionen Ehen geschlossen und 3,5 Millionen Ehen geschieden.¹¹⁵ Scheidungen werden zu ungefähr 70 Prozent durch die Frauen initiiert, wobei außereheliche Affären und häusliche Gewalt zu den häufigsten Gründen zählen.¹¹⁶ Sexuelle Aufklärung in den Familien ist keine Selbstverständlichkeit, und auch im öffentlichen Bildungssystem hat sie nur langsam Fuß gefasst. Während der Ausbildung soll sich die chinesische Jugend ausschließlich dem Studium widmen, nach dessen Abschluss aber möglichst bald den Partner fürs Leben präsentieren, heiraten und Kinder zeugen. Die mit der Sexualität verbundenen Risiken wurden

von staatlichen Behörden und vielen Eltern lange Zeit primär der jungen Generation zugeschoben, was nicht selten zu ungewollten Schwangerschaften führte.

Abtreibung und Kindstötung direkt nach der Geburt scheinen in China relativ verbreitete Phänomene zu sein.¹¹⁷ Jüngeren Schätzungen der Kommission für Gesundheit und Familienplanung zufolge stehen ca. 16 Millionen Geburten im Jahr etwa 13 Millionen Abtreibungen gegenüber, welche überwiegend von unverheirateten Frauen unter 29 Jahren vorgenommen werden.¹¹⁸ Die Dunkelziffer könnte noch deutlich höher liegen: Insbesondere auf dem Land wünschen sich Paare oft Söhne und keine Töchter, was eng mit der traditionellen Präferenz für Söhne und deren Rolle für die Altersvorsorge sowie mit den Regulierungen der Ein-Kind-Politik zusammenhängt. Auch die Unachtsamkeit sexuell nicht oder nur teilweise aufgeklärter junger Paare endet oft mit einer Abtreibung. Diese sind bereits zu einem Geschäftsmodell für Krankenhäuser und Pharmaindustrie geworden.¹¹⁹

Die staatlich anerkannte Elternschaft wird von der Regierung an die Existenz einer heterosexuellen Ehe geknüpft. Ein Verstoß gegen solche Auflagen, etwa durch Frauen, die unverheiratet ein Kind zur Welt bringen, wird von staatlicher Seite mit hohen Strafzahlungen sanktioniert. Die Ausstellung einer Geburtsurkunde erfordert normalerweise eine Heiratsurkunde, ohne die sie von der Einschätzung der jeweiligen Behörde abhängt. Damit schwebt über unehelichen Kindern das Damoklesschwert, keine *hukou*-Registrierung zu bekommen, was ihnen den Zugang zu Schulbildung, sozialer Sicherung und öffentlichen Dienstleistungen weitgehend verwehrt. Alleinerziehende Mütter sehen sich mit Vorurteilen und mit großem sozialem Druck seitens ihrer Familien konfrontiert. Zudem sind Unternehmen oft nicht bereit sie einzustellen. Solche Schwierigkeiten schrecken viele Frauen von einer Existenz als alleinerziehender Mutter ab.¹²⁰

113 Diese werden allerdings häufig auf Kredit gekauft, welche in Familien mit zwei Einkommen oft von beiden Partnern abbezahlt werden. 2011 traf Chinas oberstes Gericht einen Beschluss, der im Falle einer Scheidung dem Mann die gemeinsame Wohnung zusprach, sofern diese von dessen Familie bereitgestellt worden war. Zum Teil wurde diese Entscheidung als eine Unterminierung der sozialen Sicherheit der Frauen interpretiert oder auch als eine Verschiebung der Kriterien eines »guten Fangs« für einen Ehemann – weg von einer reichen Familie, hin zu einem hohen Einkommen. Jacka/Kipnis/Sargeson 2013, Contemporary China.

114 <http://www.nzz.ch/international/leben-im-rechtsfreien-raum-1.18704442> (aufgerufen am 20.7.2016)

115 Zhongguo quyū jingjī tongjī nianjian 2014 (Chinesisches Jahrbuch für regionale Wirtschaft 2014).

116 Jacka/Kipnis/Sargeson 2013.

117 <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/enthuellungen/michael-grandt/china-babys-landen-im-muell.html>; (aufgerufen am 15.3.2016).

118 <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/in-china-jedes-jahr-13-millionen-abtreibungen-13393251.html> (aufgerufen am 15.3.2016).

119 Darauf deuten z. B. Funde von aus menschlichen Föten hergestellten Potenzmitteln an der koreanischen Grenze im Jahr 2012 hin; <http://www.fr-online.de/panorama/potenzmittel-aus-china-pillen-aus-kinderfoeten,1472782,15209868.html> (aufgerufen am 15.3.2016); <http://www.katholisches.info/2012/05/08/tausende-pillen-aus-abgetriebenen-kindern-entdeckt-als-alternativmedizin-fur-den-schwarzmarkt-bestimmt/> (aufgerufen am 15.3.2016).

120 <http://www.theguardian.com/world/2014/jan/20/china-unmarried-motherhood-remains-final-taboo> (aufgerufen am 15.3.2016).

Manche Mütter, die sich diesen Strapazen nicht gewachsen fühlen, setzen die Neugeborenen aus oder verkaufen sie. Für den Verkauf von Kindern scheinen in China etablierte und finanzkräftige Strukturen zu existieren, welche unter anderem die Nachfrage nach Adoptivkindern aus dem Ausland bedienen. Es kann davon ausgegangen werden, dass Kinderarbeit und Prostitution ebenfalls häufige Schicksale für Kinder sind, die Opfer von Menschenhandel werden. Menschen ohne *hukou*-Registrierung sind die wahrscheinlich verwundbarste Gruppe in der chinesischen Gesellschaft. Ein überdurchschnittlich hohes Risiko besteht hier für junge Mädchen oder die Kinder nicht dokumentierter Migranten.¹²¹

8.3 Soziale Sicherung durch die Familie und demografischer Wandel

Traditionell basierte die Versorgung der Senioren in China auf der Familie und dem in ihr institutionalisierten Modell der intergenerationalen Reziprozität.¹²² Die Eltern setzten sich im Haushalt des ältesten Sohnes zur Ruhe und wurden von ihm und seiner Frau versorgt. Dieses Modell war durch die Normen der kindlichen Pietät geschützt: Durch das Geschenk des Lebens standen die Kinder in einer nie wieder gutzumachenden Schuld gegenüber ihren Eltern. Letztere hatten einen Anspruch auf absoluten Gehorsam und auf Versorgung im Alter. Dieses Modell ist nicht frei von Konflikten, insbesondere zwischen den Eltern des Ehemannes und ihrer Schwiegertochter.¹²³

Mit dem Schwinden ihrer Autorität sehen sich die Eltern mit neuen strategischen Herausforderungen konfrontiert. Um ihren Unterhalt im Alter zu sichern, müssen sie ein gutes Verhältnis zu ihren Kindern bewahren, was zum Teil erklärt, warum die Eltern der Bräutigame die eskalierenden Kosten der Eheschließungen akzeptieren. Fer-

ner legen Eltern mehr Wert auf die Beziehungspflege mit ihren Töchtern, die bei einem Ausfall des Sohnes immer häufiger bei der Altersversorgung einspringen. Die Töchter wiederum sind dazu zunehmend in der Lage, da sie in den neuen Haushalten eine stärkere Rolle einnehmen.

Die Altersversorgung im ländlichen Raum hängt damit sehr stark von den Charakterkonstellationen und internen Dynamiken in den Familien ab. Eltern sehen sich zunehmend einem kostspieligen Wettbewerb darum ausgesetzt, wer die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen am reichsten beschenken kann. Doch auch Geschenke und Beziehungspflege sind keine Garantie mehr für eine Versorgung durch die Familie im Alter. Familiäre Konflikte gehen nicht mehr automatisch zugunsten der Eltern aus. Die stärkere Rolle der Frauen führt dazu, dass diese sich den Wünschen der Schwiegereltern nicht mehr unbedingt fügen. Das selbstbewusstere Rollenverhalten der jungen Generation wiederum führt dazu, dass die Ehemänner sich öfter auf die Seite ihrer Ehefrauen stellen als auf die der Eltern. Häufig entstehen Konflikte auch über die Kontrolle von Geld und Einkommen.¹²⁴

Die Implementierung der Ein-Kind-Politik in Stadt und Land hat den sozialen Trend zu kleineren Familien und die damit einhergehenden Veränderungen von Werten und Demografie befördert und konsolidiert. Yans Ethnografie eines Dorfes in Nordchina illustriert diese Prozesse: Die Ein-Kind-Politik traf zunächst auf Widerstand und Missbilligung der Dörfler. In den 1980er Jahren kamen zunächst mehr Mädchen als Jungen zur Welt, da viele Paare nach der Geburt eines oder mehrerer Mädchen versuchten, auf legale oder illegale Weise noch einen Sohn zu zeugen. In den 1990er Jahren begannen die männlichen Geburten zu überwiegen, was weitgehend dem gesamtchinesischen Trend entspricht und wohl mit dem Zugang zu pränatalen diagnostischen Methoden zusammenhängt. Gleichzeitig ereignete sich hinsichtlich der Fortpflanzung ein Wertewandel hin zu Kleinfamilien: Insbesondere Paare aus den mittleren Einkommenschichten zogen es vor, nur ein Kind großzuziehen, wobei

121 Der Verband der nigerianischen Gemeinde in Guangzhou legt beispielsweise einen Fokus seiner Arbeit auf die rechtliche Aufklärung der Mitglieder der nigerianischen Gemeinde, welche sich oftmals ohne gültiges Visum in China aufhalten. Das Verschwinden der Kinder aus gemischten Partnerschaften, z.B. nach einer Deportation oder Inhaftierung des nigerianischen Partners (in einer heterosexuellen Partnerschaft i. d. R. der Mann), wird von diesem Verband als ein großes Problem angesehen.

122 Reziprozität meint die Gegenseitigkeit einer sozialen Beziehung und wird oft mit einer Balance von Geben und Nehmen assoziiert.

123 Die Schwiegertochter kommt aus einer anderen Familie und bleibt ihren eigenen Eltern und Verwandten emotional oft stärker verbunden als den Familienmitgliedern des Ehemannes. In der neuen Familie hat sie sich aber unterzuordnen und den Anweisungen der Schwiegereltern Folge zu leisten. Eine deutliche Stärkung erfährt ihre soziale Position erst, wenn sie einen männlichen Erben für die neue Familie zur Welt bringt.

124 Yan beschreibt beispielsweise den Fall eines Ehepaares, bei dem beide Teile eine Anstellung in einer lokalen Fabrik hatten und der Mutter des Ehemannes die Landwirtschaft und Haushaltsführung überließen. Dies schlug sich auch in der Handhabung der Finanzen der Familie nieder. Der Sohn gab sein Gehalt vollständig an die Mutter ab, die Schwiegertochter durfte ihres aber behalten. Letzteres führte zu Konflikten zwischen Ehefrau und Schwiegermutter. Da die Mutter nicht das gesamte Haushaltseinkommen verwalten durfte, sah sie sich in der Rolle der Haushaltsführung herabgewürdigt und zog es schließlich vor, allein zu leben. Yunxiang Yan 2003, S. 105.

zunehmend auch Töchter als einzige Kinder Akzeptanz fanden.¹²⁵

Im städtischen Raum ist der Trend zu Einzelkindern noch ausgeprägter und die Akzeptanz von Töchtern weitaus höher. Dies hängt nicht zuletzt mit den relativ umfassenden sozialen Sicherungs- und Versorgungssystemen zusammen, die vor 1978 aufgebaut wurden und noch weit in die Reformperiode hineinwirkten. Lockerungen der Ein-Kind-Politik in den vergangenen Jahren haben gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Familien kein Interesse an einem zweiten Kind hat. Kinder großzuziehen setzt arbeitende Paare einem zunehmenden Stress aus, unter anderem aufgrund der hohen Kosten, der extremen Konkurrenz im Bildungssystem und dem Wegfall kostenloser Betreuungsangebote, welche früher durch die Arbeitgeber im öffentlichen Sektor erbracht wurden. Die Ansprüche an den Bildungserfolg der Kinder sind zudem in den Städten oft höher als auf dem Land.

Insbesondere bei der Versorgung der Senioren steuert China in Stadt und Land auf massive Probleme zu. Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter beginnt zu schwinden, was sich bereits als temporärer Arbeitskräftemangel in verschiedenen Branchen bemerkbar macht. Gleichzeitig wächst die Zahl der Älteren, welche von der arbeitenden Bevölkerung versorgt werden müssen. Die Versorgung der chinesischen Senioren ist aber bereits heute ein großes Problem, mit dem die Familien – insbesondere auf dem Land – zunehmend überlastet sind. Im städtischen Raum herrscht, trotz der Existenz eines effektiveren Rentensystems, ebenfalls ein erheblicher Druck auf die Familien.

Schwierig ist insbesondere die Betreuung von Pflegefällen, da Chinas Angebot an Altenheimen und qualifizierten Pflegekräften nach wie vor unzureichend ist und die Kosten häufig unerschwinglich sind. Neben dem Ausbau staatlicher Strukturen ermutigt die Zentralregierung zunehmend soziale und wirtschaftliche Akteure, wie zum Beispiel religiöse Organisationen, zum Aufbau und zur Bereitstellung von Pflegekapazitäten. Mittlerweile über-

125 Wirtschaftliche Faktoren spielen bei diesem Wertewandel eine zentrale Rolle. Familien haben zunehmend höhere Kosten für die Erziehung von Kindern zu tragen. Gleichzeitig sinkt der ökonomische Nutzen der Kinder für den Haushalt: Als Arbeitskräfte in einer immer weniger lukrativen Landwirtschaft werden sie immer weniger gebraucht. Die Existenzsicherung im Alter durch den Nachwuchs ist durch die Verschiebung der Machtverhältnisse und die Unsicherheit hinsichtlich des Ausgangs familiärer Konflikte zunehmend risikobehaftet.

nehmen auch die urbanen Nachbarschaftsviertel (*shequ*) Aufgaben in der Fürsorge für alleinstehende, kranke und ältere Menschen. Dennoch scheint der Staat mittelfristig an der Familie als zentraler Institution der Altersvorsorge festhalten zu wollen. So ließ das Ministerium für Zivilangelegenheiten 2014 verlauten, dass im Idealfall 90 Prozent der Senioren allein oder mit ihren Familien leben sollen, sieben Prozent in unterschiedlichen Formen des betreuten Wohnens und nur drei Prozent in einem Alten- oder Pflegeheim.¹²⁶ Der chinesische Frauenverband legte 2012 eine Liste von 24 Beispielen für kindliche Pietät vor – eine Neuinterpretation eines Klassikers aus der Yuan-Zeit.¹²⁷ Solche moralischen Apelle sind mit einer Reihe rechtlicher Pflichten untermauert, welche in der Verfassung oder spezifischen Gesetzen verankert werden und von Kindern zum Beispiel materielle Unterstützung und regelmäßige Besuche der Eltern verlangen. Insbesondere bei der Besuchspflicht bleibt jedoch fraglich, inwiefern sie über eine rein symbolische Geste hinausgeht.¹²⁸

Die funktionale Überfrachtung der chinesischen Familie als Miniwohlfahrtsstaat manifestiert sich nicht zuletzt in der hohen Sparquote chinesischer Haushalte, welche wiederum die Binnennachfrage hemmt. Die Transformation des wirtschaftlichen Entwicklungsmodells ist aber auf eine Stärkung der Binnennachfrage angewiesen, welche wiederum dadurch gefördert werden könnte, dass Haushalte einen größeren Teil ihrer Einkommen verkonsumieren. Diesbezüglich bestehen starke latente Zielkonflikte zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche erst noch aufgelöst werden müssen.

9. Aufbau eines modernen sozialen Sicherungssystems

In der Forschung wird zwischen vier Formen sozialer Institutionen unterschieden, die Individuen Schutz gegen soziale Risiken bieten können: (1) öffentliche und staatliche Institutionen, (2) Markt und kommerzielle Institutionen, (3) dritter Sektor und Gemeindeinstitutionen sowie (4) Familie und individuelle Netzwerke. Staat und Markt werden dabei meist mit modernen und spezialisierten Formen der Sicherung assoziiert, welche generalisierten und formalisierten Schutz für einen definierten Empfän-

126 Attané 2016, S. 187.

127 Die Yuan-Dynastie bezeichnet eine Periode unter mongolischer Herrschaft zwischen 1271 und 1368.

128 Attané 2016, S. 166ff.

gerkreis bieten. Familie und Gemeinde hingegen werden eher mit traditionellen Formen von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung identifiziert, welche oft von persönlichen Beziehungen abhängig sind und keinen allgemeinen und generalisierten Schutz bieten.¹²⁹

Das soziale Sicherungssystem der VR China ist von einem Dualismus zwischen Familie und Staat geprägt. Gemeinde und Markt spielen eher eine Nebenrolle. Es zeichnet sich wie die sozialen Sicherungssysteme anderer Entwicklungsländer dadurch aus, dass effektive staatlich garantierte Sicherung einer Minderheit vorbehalten bleibt. Gesamtgesellschaftlich wirkt dieses System eher regressiv als progressiv, das heißt, es erhöht mehr die relative soziale Ungleichheit, als dass es sie senkt. Die Expansion sozialer Sicherungsprogramme seit der Jahrtausendwende hat zwar wesentlich breitere Bevölkerungsteile in den Genuss sozialer Leistungen des Staates gebracht, doch diese bleiben in ihrem Umfang oft beschränkt. Der Aufbau eines effektiven und progressiven Systems der sozialen Sicherung erweist sich damit als eine der zentralen Herausforderungen, welche für die Transformation des chinesischen Wirtschaftssystems und die sozioökonomische Entwicklung der kommenden Jahrzehnte ausschlaggebend sein wird. Die gegenwärtigen Strukturen und der Entwicklungspfad der sozialen Sicherung müssen vor dem Hintergrund historischer Faktoren analysiert werden. Das gilt insbesondere für die Kontinuität institutioneller Strukturen der planwirtschaftlichen Periode und den politischen Streit um die Rolle des Marktes und des Staates.

9.1 Soziale Sicherung zwischen Planwirtschaft und Reformperiode (bis ca. 2000)

Die Institutionen und Strukturen der sozialen Sicherung in der VR China haben sich seit dem Beginn der Reform- und Öffnungspolitik massiv verändert. Nach 1949 wurde zunächst ein soziales Sicherungssystem errichtet, welches auf den Institutionen des Staates und der kollektiven und staatseigenen Wirtschaft aufbaute. Kernmerkmal dieses Systems war die strikte Trennung zwischen

Stadt und Land auf der Basis des *hukou*-Systems (siehe Kap. 7.1) sowie ein weitreichendes Subsistenzprinzip.¹³⁰ Im städtischen Raum basierte die soziale Sicherung zunächst auf der Familie. War diese überfordert, kam die Arbeitseinheit als zweite institutionelle Sicherungseinheit ins Spiel. An dritter Stelle folgten Nachbarschaftsorganisationen und an vierter Stelle der Staat im eigentlichen Sinne. Die Arbeitseinheiten hatten insbesondere in großen Staatsbetrieben sehr umfangreiche Funktionen, welche unter anderem den Betrieb von Kindergärten, Schulen und Krankenstationen umfassten. Die Sozialversicherung wurde über zwei weitreichende Systeme organisiert, die Kaderversicherung¹³¹ und die Arbeiterversicherung. Die Kaderversicherung deckte Parteikader und Angestellte im öffentlichen Dienst ab. Die Arbeiterversicherung wurde zunächst als betriebliche Versicherung mit Elementen eines überbetrieblichen Poolings¹³² unter der Verwaltung der Gewerkschaften organisiert. Während der Kulturrevolution (1966-1976) wurden die Gewerkschaften jedoch in dieser Hinsicht funktionsunfähig. Die Komponente des überbetrieblichen Poolings entfiel und die Arbeiterversicherung existierte als eine betrieblich finanzierte Versicherung weiter. Betriebe mussten die Sozialausgaben aus dem eigenen Budget bezahlen, was Probleme mit sich brachte. So gab es zum Beispiel in den 1980er Jahren eine hohe Zahl von Arbeitern und Angestellten, welche das Rentenalter zwar erreicht hatten, aber von ihren Betrieben nicht in Rente geschickt wurden.¹³³

Im ländlichen Raum basierte die soziale Sicherung an erster Stelle auf der Familie, an Zweiter auf den wirtschaftlichen Kollektiven und an Dritter auf dem Staat. Die Rolle

129 Ian Gough/Geoff Wood (Hrsg.) (2004): *Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.

130 Linda Wong (1998): *Marginalization and Social Welfare in China*. New York: Routledge.

131 Der Begriff Kaderversicherung bezieht sich hier auf primär aus öffentlichen Haushalten finanzierte Programme zur sozialen Absicherung von Beamten und Parteikadern. Diese beinhalten unter anderem eine umfassende medizinische Versorgung (*gongfei yiliao*) sowie eine Rentenversicherung (*jiguan he shiye danwei yanglao baxian*), welche in den 1950er Jahren eingeführt wurden. Diese Programme boten und bieten sehr umfangreichen Schutz, insbesondere bei der Absicherung im Krankheitsfall und im Alter. Ihr Deckungsbereich wurde allerdings in der Reformperiode graduell eingeschränkt.

132 Überbetriebliches Pooling meint hier eine Form der Verwaltung von Versicherungsfonds, bei der Risiken zwischen Betrieben durch Umverteilung ausgeglichen werden. So wird sichergestellt, dass Betriebe mit älteren Belegschaften und/oder höheren Sozialkosten Unterstützung von Betrieben mit jüngeren Belegschaften und/oder niedrigeren Sozialkosten erhielten.

133 Bingwen Zheng/Qingbo Gao/Huan Yu (2010): *Xin Zhongguo shehui baozhang zhidu de bianqian yu fazhan* (The Changes and Development of Social Security in the New China), in: Jiagui Chen/Yanzhong Wang (Hrsg.): *Zhongguo shehui baozhang fazhan baogao* (Report on the Development of Social Security in China). Beijing, S. 1-52.

der Familie blieb zunächst recht umfassend, wurde aber durch die Enteignung des Bodens und die fortschreitende Kollektivierung zunehmend eingeschränkt. Im Gesundheitswesen war die kooperative medizinische Versorgung ein Grundpfeiler der sozialen Sicherung: Sie kombinierte kollektive Ressourcen und Beiträge der Landbevölkerung, um eine medizinische Grundversorgung zu finanzieren, und erreichte Ende der 1970er Jahre eine sehr umfangreiche Abdeckung. Das System der »Fünf Garantien« leistete eine soziale Grundversorgung für Menschen, welche mangels der Fähigkeit zu arbeiten oder familiärer Versorgung durch das soziale Netz fielen. Es beinhaltete eine Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Unterkunft, medizinischer Versorgung und den Kosten für eine Beerdigung. Die kollektiven Strukturen der Landwirtschaft hatten eine wichtige Schutzfunktion und erleichterten die Bereitstellung von öffentlichen Gütern.¹³⁴ Staat und öffentliche Verwaltung im engeren Sinne spielten in diesem subsidiär organisierten System nur eine begrenzte Rolle, welche zum Beispiel die Versorgung mit Impfstoffen und die Verschickung medizinisch ausgebildeten Personals in den ländlichen Raum umfasste.¹³⁵

Nach der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik reduzierten die staatlichen Behörden ihre Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft, was mit einem Rückgang der effektiven sozialen Sicherung der Bevölkerung einherging. Die öffentlichen Dienstleistungen wurden im Zuge der Reformperiode zunehmend kommerzialisiert, der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung wurde chinesischen Familien damit zunehmend erschwert.

Die Dynamiken dieses Rückzuges im städtischen und ländlichen Raum unterschieden sich aber deutlich. Mit der Einführung des Haushaltsverantwortungssystems wurde die kollektive Landwirtschaft aufgegeben. Von nun an bewirtschafteten Familien die ihnen zugeteilten Bodenparzellen, welche formal im Kollektivbesitz verblieben. Dies verlieh der landwirtschaftlichen Produktion

einen gewaltigen Schub, senkte aber auch die Fähigkeit ländlicher Regierungs- und Parteiorgane zur Organisation der sozialen Sicherung. Mit dem Ausbleiben finanzieller und politischer Unterstützung durch die höheren Ebenen brach das System der kooperativen medizinischen Versorgung auf breiter Front zusammen, und das System der »Fünf Garantien« war stark von der Lage der öffentlichen Haushalte in Dörfern und Gemeinden abhängig. Auf dem Land nahm die Familie wieder eine dominante Rolle bei der sozialen Sicherung ein, welche durch die zunächst steigenden ländlichen Einkommen gestützt wurde. In den 1990er Jahren wurde immer deutlicher, dass die Familien mit der sozialen Sicherung überfordert waren. Senioren im ländlichen Raum liefen zunehmend Gefahr, arm zu werden, und Krankheit wurde die häufigste Ursache einer Verarmung ländlicher Haushalte.¹³⁶

In den Städten, welche die Machtbasis der Kommunistischen Partei bilden, ließ die Regierung die soziale Sicherung nicht einfach zusammenbrechen. Ihre Kerninstitutionen bestanden fort, waren aber einem zunehmenden Verfall ausgesetzt. Die Arbeiterversicherung blieb in ihrer Abdeckung auf den öffentlichen Sektor beschränkt, was im Zuge der Entwicklung eines privaten und semiprivaten Sektors der Ökonomie zu einer sinkenden Abdeckung der städtischen Bevölkerung führte. Beschäftigte in privaten Betrieben waren in der Regel nicht versichert, was privaten Betrieben einen Kostenvorteil gegenüber öffentlichen Betrieben verschaffte. Staatliche und kollektive Unternehmen sahen sich mangels überbetrieblichen Poolings zudem mit einer Ungleichverteilung der sozialen Sicherungskosten konfrontiert: Ältere Firmen mit älteren Belegschaften hatten höhere Kosten für Renten und medizinische Versorgung zu tragen als jüngere Unternehmen. In den 1980er und 1990er Jahren wurden die formalen Leistungsansprüche von den Unternehmen immer weniger erfüllt, was häufig zu sozialen Konflikten führte. Die Reformen staatlicher Betriebe in den 1990er Jahren und die damit einhergehenden Massenentlassungen verdeutlichten zudem den Bedarf an der Einführung einer Arbeitslosenversicherung und eines Sozialhilfesystems.¹³⁷

134 Durch die Kollektivierung fand bereits eine Umverteilung von Ressourcen statt, ohne dass spezifische soziale Sicherungsprogramme nötig waren. Die Kader konnten über die Arbeitskraft der Kollektivmitglieder relativ frei verfügen, da deren Versorgung in jedem Fall sichergestellt war. Das erleichterte die Bereitstellung kollektiver Güter, zu der die Haushalte nach 1979 immer weniger bereit waren.

135 Sascha Klotzbücher (2006): Das ländliche Gesundheitswesen der VR China: Strukturen, Akteure, Dynamik. Frankfurt: Peter Lang; Athar Hussain (1990): Rural Social Welfare in China, in: Jørgen Delman/Clemens Stubbe Østergaard/ Flemming Christiansen (Hrsg.): Remaking Peasant China. Problems of Rural Development and Institutions at the Start of the 1990s. Aarhus: Aarhus University Press, S. 139-156.

136 Duckett 2011.

137 Duckett 2011; Bingwen Zheng/Qingbo Gao/Huan Yu 2010.

9.2 Die Reform der sozialen Sicherung in der Reformperiode

Der Bedarf an einer umfassenden Reform wurde bereits in den 1980er Jahren von verschiedenen staatlichen Behörden erkannt und kommuniziert. Allerdings verzögerte sich die Formulierung und Umsetzung nicht zuletzt mangels eines stabilen politischen Konsenses auf der zentralen Ebene deutlich. Insbesondere die Reformen von Renten- und Krankenversicherung im ländlichen Raum waren davon betroffen: In den 1980er und 1990er Jahren kamen sie über lokale Experimente kaum hinaus. Die zentrale Politik schwankte in dieser Zeit zwischen staatsorientierten und marktfreundlichen Strategien, welche von verschiedenen bürokratischen Akteuren und Politiknetzwerken unterstützt wurden. Erst nach der Jahrtausendwende prägte sich ein halbwegs stabiler politischer Konsens hinsichtlich der sozialen Sicherung im ländlichen Raum aus, welcher allerdings nach wie vor Gegenstand von Verhandlungen ist.¹³⁸

Auch in den Städten begannen Experimente mit einer Reform der sozialen Sicherung bereits in den 1980er Jahren. Aufbauend auf diesen Experimenten entwickelten die Ministerien auf der zentralen Ebene dann politische Programme für den Rest des Landes. Die hohe Dezentralisierung bei Experimenten und Politikimplementierung begünstigten im China der Reformperiode eine starke Heterogenität lokaler Politikmodelle. Die Reform der Rentenversicherung begann mit der lokalen Einführung überbetrieblicher Pooling-Modelle unter der Ägide staatlicher Behörden oder der Versicherungsindustrie. Verschiedene Städte ermutigten öffentliche Unternehmen, an solchen Experimenten mitzuwirken. Problematisch war dabei die Teilnahme von privaten Unternehmen und Staatsunternehmen, welche den höheren administrativen Ebenen (Provinz und Zentrale) zugeordnet waren – dies war auch bei den folgenden Reformen ein Problem. Anfang der 1990er Jahre beschloss die Zentralregierung die Implementierung eines Dreisäulenmodells, welches soziales Pooling und Rentensparkkonten ebenso wie private Vorsorge umfasste. Der Übergang zu einem teilweise kapi-

138 So betreiben zum Beispiel chinesische Versicherungskonzerne systematisches Lobbying, um staatliche Aufgaben in der Verwaltung lokaler Krankenversicherungssysteme ganz oder teilweise delegiert zu bekommen. Im Vergleich zu lokalen Behörden können die Unternehmen Versicherungssysteme potenziell effektiver verwalten. Der Nutzen für die Unternehmen liegt oft eher im Bereich des *data mining* als in den staatlichen Zahlungen für die Verwaltungsdienstleistungen. Die Rollen von Staat und Markt werden so auf lokaler Ebene kontinuierlich neu ausgehandelt.

talgedeckten System scheiterte allerdings in der lokalen Praxis. Lokalregierungen sahen sich oft mit hohen, bereits bestehenden Rentenansprüchen konfrontiert, welche sie meist weiter aus den Einnahmen des Systems deckten. Eine weitere große Rentenreform im Jahr 1997 erließ einheitliche Regelungen zu Finanzierung, Verwaltung und Leistungen. Die Rentenversicherung für Arbeitnehmer erfasst heute vor allem städtische Arbeitnehmer und bietet nach dem Versorgungssystem für Kader und Beamte das hinsichtlich seiner Leistungen zweitumfangreichste Rentensystem der VR China.

Zur Jahrtausendwende hatte sich in Chinas Städten ein paritätisch finanziertes Sozialversicherungssystem mit fünf Zweigen herausgebildet, welches primär Arbeiter und Angestellte mit formalen Arbeitsverträgen erfasste. Neben der Rentenversicherung beinhaltet es die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung, die Invaliditätsversicherung und die Unfallversicherung. Dieses System erreichte allerdings bei weitem nicht alle städtischen Bürger. Die Implementierung konzentrierte sich zunächst auf den öffentlichen Sektor, während private und semiprivat Unternehmen bei der Einführung wesentlich zögerlicher waren. Auch die Staatsunternehmen der Provinzen und der Zentrale fügten sich nicht ohne weiteres. Insbesondere Wanderarbeiter_innen werden nur in geringer Zahl in die Sozialversicherung integriert und haben oft Schwierigkeiten, die ihnen zustehenden Leistungen auch wirklich zu bekommen.¹³⁹ Die 2000er Jahre waren daher von einem Nebeneinander der alten und neuen Institutionen im städtischen Raum gekennzeichnet, während gleichzeitig neue Systeme für den Rest der Bevölkerung geschaffen wurden.¹⁴⁰

1999 wurden zudem nationale Regelungen zu einem neuen Sozialhilfeprogramm erlassen, welches *dibao* genannt wird.¹⁴¹ Die Zielsetzung des Programms war sowohl die Unterstützung der Reform von Staatsunternehmen in den 1990er Jahren als auch die Wahrung der

139 Li Sun/Tao Liu (2014): Injured but not Entitled to Legal Insurance Compensation. Ornamental Institutions and Migrant Workers' Informal Channels in China, in: *Social Policy and Administration*, 48, No. 7, S. 905-922.

140 Wei Zhang (2005): *Sozialwesen in China*. Hamburg: Verlag Dr. Kovač; Mark W. Frazier (2010): *Socialist Insecurity. Pensions and the Politics of Uneven Development in China*. Ithaca: Cornell University Press.

141 Vgl. dazu: Thomas Heberer/Gunter Schubert (2008): *Politische Partizipation und Regimelegitimität in der Volksrepublik China*, Bd. 1: Der urbane Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 81ff.; Thomas Heberer/Christian Göbel (2013): *The Politics of Community Building in Urban China*. London/New York: Routledge, S. 104ff.

sozialen Stabilität, denn mit den Reformen stieg auch die Arbeitslosigkeit an. Das Programm wurde unter Hu Jintao und Wen Jiabao graduell auf den ländlichen Raum ausgeweitet.¹⁴²

Der Aufbau neuer Versicherungssysteme im ländlichen Raum wurde seit den 1980er Jahren unter der Maßgabe lokaler finanzieller Subsidiarität betrieben. Erst unter der Administration von Hu Jintao und Wen Jiabao begannen die Zentralregierung und die Provinzen mit einer substanziellen Unterstützung der ländlichen Sicherungssysteme, welche sich seit 2000 rasch entwickelten. Das erste große Programm war die neue kooperative Krankenversicherung, deren Implementierung 2003 begann und bis 2008 in allen Landkreisen erfolgt war. Offizielles Ziel des Programms war die Bekämpfung krankheitsbedingter Armut, die sich Ende der 1990er Jahre zur häufigsten Armutsursache entwickelt hatte. Schwerpunktmäßig sollten durch schwere Erkrankungen und Krankenhausaufenthalte ausgelöste finanzielle Schocks abgefedert werden. Chronische Erkrankungen sind schlechter abgedeckt: Sie treten oft im Alter auf und verursachen hohe Kosten. Sie stehen allerdings eher mit kontinuierlichen Ausgaben als mit einmaligen finanziellen Schocks in Verbindung. Die neue kooperative Krankenversicherung stellt einen Prototyp neuer Versicherungssysteme in den Bereichen Gesundheit und Rente dar, welcher heute die Mehrheit der chinesischen Bevölkerung abdeckt. Während die städtische Sozialversicherung für Arbeitnehmer weitgehend auf der institutionellen Grundlage eines Arbeitsvertrages aufbaut, ist die Grundlage der koope-

rativen Krankenversicherung in der Regel ein ländlicher *hukou*.¹⁴³

Der Aufbau einer ländlichen Rentenversicherung wurde formal im Jahr 2009 beschlossen. In den vorhergehenden Jahren wurden allerdings bereits in weiten Teilen des Landes solche Systeme auf experimenteller Basis implementiert. Die Leistungen der »neuen ländlichen sozialen Rentenversicherung« teilen sich in eine Basisrente, die vor allem aus den Transferzahlungen höherer Ebenen finanziert wird, und individuelle Rentensparkonten, auf die individuelle Beiträge, kollektive und sonstige Unterstützungszahlungen sowie die Zuschüsse der Lokalregierungen eingezahlt werden. Die ländliche Rentenversicherung war zunächst als eine Ergänzung zur Absicherung durch Familie, kollektiven Boden und Sozialhilfe gedacht. Das Mindestniveau der Basisrente wurde 2009 bei monatlich 55 RMB festgelegt, was keine ausreichende Lebensgrundlage darstellt.

Den ländlichen Versicherungssystemen folgten jeweils städtische Varianten, welche die von der Sozialversicherung für Angestellte nicht erfassten Bevölkerungsteile abdecken sollen. Sie zielen auf Familienmitglieder und Schüler_innen ebenso wie auf Beschäftigte im privaten oder informellen Sektor. Die Implementierung der neuen Basiskrankenversicherung für städtische Bürger wurde 2007 vom Staatsrat beschlossen. Die soziale Rentenversicherung für städtische Bürger folgte ihr 2011. Wie ihre ländlichen Vorbilder basieren die beiden städtischen Versicherungen auf dem *hukou*-System. Sie erfassen in erster Linie Menschen am Ort ihrer Registrierung, wobei lokale Regulierungen sich diesbezüglich auch stark unterscheiden können. In den letzten Jahren beginnt die Zentralregierung verstärkt auf eine Stadt-Land-Integration der *hukou*-basierten Versicherungssysteme hinzuwirken.

142 Diese offizielle Klassifizierung von arm und bedürftig wird durch Armutsgrenzen definiert, welche lokale Behörden unter anderem unter Einbeziehung der sozioökonomischen Situation, ihrer fiskalischen Situation und Lebenshaltungskosten je nach Örtlichkeit festsetzen. Voraussetzung für den Erhalt von *dibao* ist eine Bedürftigkeitsprüfung durch verschiedene lokale Behörden und Organe, deren Ergebnisse in den städtischen Gemeinden veröffentlicht werden. Ferner ist der Erhalt an einen lokalen *hukou* gekoppelt, was Wanderarbeiter_innen weitgehend ausschließt. Die Implementierung des Programms ist, wie in anderen Bereichen, von Schwierigkeiten begleitet. Diese manifestieren sich zum Beispiel darin, dass bedürftige Haushalte nicht als bedürftig eingestuft werden oder zu geringe Zahlungen erhalten, oder dass nicht bedürftige Haushalte aufgrund einer unvollständigen Erfassung ihrer Einkommen in den Genuss von Zahlungen kommen. Dorothy J. Solinger (2010): The urban Dibao: Guarantee for Minimum Livelihood or for Minimal Turmoil? In: Christopher J. Webster/Fulong Wu (Hrsg.): *Marginalization in Urban China. Comparative Perspectives*. New York: Palgrave Macmillan, S. 253-277.

143 Die Zahlung der Beiträge und die Inanspruchnahme von Leistungen sind zunächst nur in dem Kreis oder Stadtbezirk möglich, in dem der jeweilige Haushalt registriert ist. Dies stellt insbesondere für Wanderarbeiter_innen eine Benachteiligung dar, weil diese sich während des Jahres oft weit entfernt von ihren Heimatkreisen aufhalten und im Falle einer Erkrankung oft keinen oder nur einen eingeschränkten Anspruch auf Leistungen haben. Bei schweren Erkrankungen fahren Wanderarbeiter_innen oft in ihre Heimatkreise zurück – nicht nur um in den Genuss von Versicherungsschutz und günstigerer Versorgung zu kommen, sondern auch weil ihre Familien sich dort im Krankenhaus um sie kümmern können. Nach der vollständigen Implementierung des Systems haben sich auch die Bestrebungen intensiviert, die Portabilität der Ansprüche zwischen Kreisen, Bezirksstädten und Provinzen zu verbessern. Insbesondere auf Provinzebene stellt die Portabilität von Leistungen aber noch eine große Herausforderung dar. Vgl. Armin Müller (2016): *Hukou and Health Insurance Coverage for Migrant Workers*, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 45, S. 2.

Für die chinesische Sozialversicherung bildet sich somit graduell eine zweigeteilte Struktur heraus: Der eine Teil besteht aus den paritätisch finanzierten fünf Versicherungen für Arbeitnehmer mit einem formalen Arbeitsvertrag; der andere aus überwiegend staatlich finanzierten Kranken- und Rentenversicherungen, welche eine Basisabsicherung für den Rest der Bevölkerung erbringen. Die institutionelle Basis des zweiten Zweiges ist das *hukou*-System, ebenso wie bei der Sozialhilfe, was eine Erfassung der nicht im formalen oder öffentlichen Sektor beschäftigten Bevölkerungsteile erleichtert. Die *hukou*-basierten Formen der sozialen Sicherung bieten oft nur rudimentäre Leistungen, erreichen aber eine wesentlich breitere Abdeckung der Bevölkerung. Eine effektive soziale Absicherung bleibt damit ein Privileg der Arbeitnehmer mit vertraglich formalisierten Arbeitsverhältnissen, welche durch die fünf Kernversicherungen abgedeckt werden. Die folgende Auflistung zeigt die Versichertenzahlen in den großen staatlichen Versicherungsprogrammen im Jahr 2014:¹⁴⁴

- Rentenversicherung
 - für städtische Arbeitnehmer: 341 Millionen (davon 81 Millionen Bezieher von Rentenzahlungen)
 - für städtische und ländliche Bürger: 501 Millionen
- Arbeitslosenversicherung (für städtische Arbeitnehmer): 170 Millionen
- Krankenversicherung
 - für städtische Arbeitnehmer: 283 Millionen
 - für städtische Bürger: 315 Millionen
 - kooperative ländliche Krankenversicherung: 736 Millionen
- Arbeitsunfallversicherung (für städtische Arbeitnehmer): 206 Millionen
- Mutterschaftsversicherung (für städtische Arbeitnehmer): 170 Millionen

Einige Studien bescheinigen dem chinesischen System der sozialen Sicherung, die soziale Ungleichheit in der VR China eher zu erhöhen als zu senken.¹⁴⁵ Die systematische Diskriminierung bestimmter Gruppen hat für den Staat strategische Vorteile. Sie erlaubt den graduellen Aufbau institutioneller Strukturen, ohne die öffentlichen Haushalte allzu stark zu belasten. Die Strukturen und Prozesse können so reifen, während der finanzielle

Input noch vergleichsweise gering ist und die damit verbundenen bürokratischen Interessenkonflikte kleingehalten werden können. Der Ausbau der sozialen Sicherung auf der Basis des *hukou*-Systems verstärkt den sozialen Einfluss des *hukou*-Status eher, als ihn abzubauen. Während der *hukou* in anderen Lebensbereichen seinen Einfluss eher verliert, wird er im Bereich der sozialen Sicherung tendenziell stärker. Die Gewichtung verschiebt sich dabei weg von der Trennung von Stadt und Land hin zur Anknüpfung an den Heimatkreis und dessen soziale Sicherung. Dies verkompliziert zusätzlich die Lösung des im vorherigen Abschnitt skizzierten Zielkonfliktes zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, welche zentral für den Erfolg Chinas wirtschaftlicher Transformation ist.

10. Die ethnische Komponente des politischen Systems

China ist ein Vielnationalitätenstaat. 55 ethnische Gruppen wurden bislang als nationale Minderheiten anerkannt. Der letzten Bevölkerungszählung von 2010 zufolge betrug die ethnische Mehrheit (Han) 1,221 Milliarden Menschen (91,5 Prozent), die sogenannten nationalen Minderheiten kamen auf 113,8 Millionen (8,5 Prozent). Allerdings umfassen die von ethnischen Minoritäten besiedelten Gebiete etwa zwei Drittel des chinesischen Territoriums. Die größte Minorität, die Zhuang, umfassen 2010 ca. 16,9 Millionen Menschen, die kleinste, die Tataren, nur etwas über 3000.

Nicht Völkermord und Zwangsassimilation sind Kennzeichen der chinesischen Nationalitätenpolitik. Eigenarten wie Sprache, Schrift und Brauchtum werden zum Teil durchaus toleriert oder gefördert. Bei Geburtenplanung und Zugang zu höherer Bildung gibt es Sonderquoten für Angehörige der Nicht-Han-Völker. Assimilatorische Effekte erfolgen eher auf »konfuzianischem« Weg: über Zuwanderung von Han-Chinesen, Durchdringung mit han-chinesischer Bildung und Kultur, die Einbindung in die von Han-Chinesen dominierten Partei- und Staatsstrukturen, Verbot von »ungesunden« Sitten und Bräuchen, die nicht der Moral der Han-Nationalität entsprechen, Eingriffe in Religion, »Modernisierung« und Angleichung.

Aufgrund einer 2000-jährigen weitgehenden Kontinuität der chinesischen Zentralgewalt und Kultur prägen traditionale Vorstellungen bis heute die Verhaltenswei-

144 National Bureau of Statistics (Hrsg.) (2015): *Zhongguo Tongji Nianjian (Statistical Yearbook of China)*. Beijing: Zhongguo Tongji Chubanshe.

145 Gao Qin/Carl Riskin (2009): Market versus Social Benefits: Explaining China's Changing Income Inequality, in: Deborah S. Davis/Feng Wang (Hrsg.): *Creating Wealth and Poverty in Postsocialist China*. Stanford: Stanford University Press, S. 20-36.

sen gegenüber den Nicht-Han-Völkern. Das kaiserliche China verstand sich als kultureller Mittelpunkt der Welt. Der Kaiserhof erwartete Tributgesandtschaften, die Herrscher anderer Völker galten als tributpflichtige Vasallen des Kaisers. Beziehungen existierten im Wesentlichen nur mit schwächeren und kulturell unterlegenen Völkern, so dass das Überlegenheitsgefühl des jahrhundertlang weitgehend abgeschlossenen Landes sich stets neu bestätigte. Das ackerbaureisende Han-Volk blickte bereits im Altertum auf die sie umgebenden Nomaden- und Jägervölker herab, die ihnen kulturell und technologisch unterlegen waren.

Der Konfuzianismus, die staatstragende Ideologie über die Jahrhunderte hinweg, bildete seit der chinesischen Antike das ideologische Fundament der Geringschätzung den »Barbaren« gegenüber, weil sie, wie der Begründer der chinesischen Geschichtsschreibung Sima Qian (ca. 145-86 v. u. Z.) vermerkte, »von Li, vorschriftsmäßigen [konfuzianischen] Lebensregeln, und Yi, Lebenspflichten, nichts wissen«.¹⁴⁶

Gleichwohl war der Konfuzianismus nicht auf die Vernichtung dieser Völker aus, sondern verlangte, sie dem Kaiser unterzuordnen sowie sie in das Gesamtgefüge des chinesischen Reiches einzuordnen. Ziel blieb die »Kultivierung« mittels konfuzianischer Werte, das heißt die kulturelle, gewaltfreie Assimilierung. An dieser Grundhaltung hat sich bis heute wenig geändert.¹⁴⁷

Fünf große Konfliktlinien wirken sich auf das Beziehungsgefüge zwischen den Han und den ethnischen Minderheiten aus: historische Erfahrungen der Minderheiten mit der Mehrheit (kollektives Gedächtnis), politische, ökonomische und kulturelle Konfliktfelder sowie Konflikte, die sich aus raschem sozialen Wandel ergeben.

Das kollektive Gedächtnis bezieht sich auf historische Traumata wie die Verdrängung, Vernichtung oder Demütigung von Völkern. In der neueren Geschichte sind das zum Beispiel die blutige Niederschlagung der Miao-Aufstände in Südchina im 18. Jahrhundert oder muslimi-

sche Aufstände im 19. Jahrhundert; die Traumata der Assimilierungspolitik in radikalen Phasen der Mao-Ära verbunden mit der Beseitigung der Oberschichten einzelner Völker, die Zerstörung und Schändung von Kulturgütern und religiösen Stätten, der Versuch ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Gleichschaltung auf dem Weg zahlloser politischer »Kampagnen«, besonders durch die Kulturrevolution. Ohne gemeinsame Aufarbeitung von kollektiven Erinnerungen und historischen Traumata lebt das Konfliktpotenzial im Verborgenen fort und dürfte unter bestimmten Konstellationen neuerlich zum Ausbruch kommen.

Politische Konfliktfelder bestehen primär im Fehlen genuiner Autonomie. Autonomie wird in der VR China nach den Prinzipien Territorium und Nationalität(en) durchgeführt, das heißt unter Berücksichtigung der Siedlungsverhältnisse der ethnischen Minoritäten. Autonom sein heißt nicht, dass diese Gebiete ein Sezessionsrecht vom Territorium der VR China hätten, sondern dass sie unter der »Leitung höherer Organe« des Staates und der Partei bestimmte Sonderrechte gegenüber anderen Verwaltungseinheiten genießen.

Zu Beginn der 1980er Jahre sah sich die chinesische Führung aufgrund der Unzufriedenheit in den Gebieten der Nicht-Han-Völker und im Interesse der wirtschaftlichen Erschließung und »Modernisierung« dieser Regionen zu einer moderateren Politik gezwungen. Die Folgen der Kulturrevolution hatten verdeutlicht, dass Integration dieser Völker nicht durch Gewalt, sondern nur durch Maßnahmen zu erreichen war, die auf einem breiten Konsens basierten. Die Verfassung von 1982 wertete die Minoritäten entsprechend auf, und ein »Autonomiegesetz« von 1984 gestand ihnen formell die weitreichendsten Freiheiten seit Gründung der Volksrepublik China zu. Danach mussten Beschlüsse und Anweisungen höherer Organe, die nicht den konkreten Verhältnissen in einer autonomen Region entsprechen, nicht mehr durchgeführt werden (falls die höheren Organe zustimmten). Die Führungskader sollten aus den Nationalitäten stammen, die die Autonomie ausüben. Die autonomen Regionen erhielten erweiterte Rechte bei der Planerstellung, der Wirtschaftsentwicklung, bei Schutz und Verwaltung

146 Vgl. J. J. M. de Groot (1921): *Die Hunnen der vorchristlichen Zeit*. Berlin, Leipzig: Walter de Gruyter, S. 3.

147 Dazu ausführlich: Thomas Heberer (2001): Die Nationalitätenfrage in China am Vorabend des 21. Jahrhunderts. Konfliktsachen, ethnische Reaktionen, Lösungsansätze und Konfliktprävention, in: G. Schubert (Hrsg.): *China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert*. Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 81-134.

ihrer Ressourcen, im Außenhandel, Erziehungswesen, Finanzsektor und Gesundheitswesen.¹⁴⁸

Generell gesehen, wird unter Autonomie die Fähigkeit verstanden, »die eigenen Angelegenheiten ohne staatliche Intervention zu regeln«, und zwar »rechtswirksam und mit Ausschließung einer über die Rechtsaufsicht hinausgehenden staatlichen Einflussnahme« (Selbstorganisation der Minderheiten).¹⁴⁹ Trotz dieser rechtlichen Aufwertung von ethnischen Minoritäten und ihrer Autonomie existiert keine echte Selbstverwaltung. Erstens ist die Partei (gerade auch mit ihren Organisationen in den Autonomiegebieten) den autonomen Verwaltungsinstitutionen über- und vorgeordnet, weil sie die letztlich entscheidende Instanz ist; zweitens handelt es sich bei der Verfassung und dem Autonomiegesetz um »weiche« Gesetze, weil es aufgrund mangelnder Rechtssicherheit, fehlender Rechtsinstitutionen (es existieren keine entsprechenden Verfassungs- und Verwaltungsgerichte) und der Überordnung der Partei über das Recht keine rechtlichen und politischen Instrumente zur Durchsetzung dieser Gesetze und ihrer Bestimmungen gibt; drittens sieht das Autonomiegesetz in wichtigen Fragen wie Einwanderung von Han-Chinesen, Industrieansiedlung oder Schutz natürlicher Ressourcen oder Umweltfragen keinerlei Mitspracherechte vor, so dass die Autonomie a priori begrenzt ist. Wie wenig Wirkung das Gesetz besitzt, belegt etwa der Fall des Autonomen Bezirks Hainan der Li und Miao, der 1988 auf höhere Anweisung aufgelöst wurde, weil Hainan Provinzstatus erhielt und der autonome Bezirk der Wirtschaftsentwicklung im Weg zu stehen schien. Letztlich befinden sich die Nicht-Han-Völker im Status institutionalisierter Abhängigkeit, weil sie politisch und ökonomisch von Han-Institutionen dominiert werden. Zudem hat die Diskriminierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten im Verlauf des Reformprozesses deutlich zugenommen.

Ökonomisch gesehen, besteht der Konflikt darin, dass viele Minderheitengebiete noch immer zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen Chinas

zählen. Allein von daher sind die Voraussetzungen für eine Selbstverwaltung nicht sonderlich gut. Zwar hat das ökonomische und technologische Defizit dieser Gebiete auch historische Ursachen und kann von daher nicht der gegenwärtigen Parteiführung angelastet werden. Gleichwohl hat eine an die Bedingungen jener Regionen nicht angepasste Entwicklungspolitik seit den 1950er Jahren die Rückständigkeit kontinuierlich begünstigt, und dies, obwohl ein Großteil dieser Gebiete aufgrund reicher Rohstoffvorkommen ein signifikantes Entwicklungspotenzial besitzt. 2002 sollen ca. 60 Prozent der Personen unterhalb der Armutsgrenze in Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten gelebt haben. Trotz hoher Wachstumsraten und staatlicher Investitionen auch in den autonomen Gebieten haben sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten ethnischer Minoritäten und den Han-Gebieten im Verlauf der Reformära partiell vergrößert. Allerdings ist der Zentralstaat entschlossen, diesem Trend entgegenzuwirken. So hat der Staat allein zwischen 2011 und 2013 27,75 Milliarden RMB in 136 Grenzkreisen investiert (107 davon Landkreise in autonomen Gebieten), hauptsächlich in Infrastrukturentwicklung, Industrien ethnischer Minderheiten und Programme zur Armutsbekämpfung und zur Erhöhung des Lebensstandards.¹⁵⁰

Die Einkommensunterschiede zwischen Erwerbspersonen aus der Han-Nationalität einerseits und denen aus ethnischen Minderheiten andererseits haben im Verlauf des Reformprozesses weiter zugenommen. Angehörige ethnischer Minoritäten verdienen nicht nur weniger, sondern sie sind in Berufsgruppen mit hohem Status deutlich unterrepräsentiert und haben größere Schwierigkeiten als Han-Angehörige, einen Job zu finden.¹⁵¹ Konflikte ergeben sich zusätzlich mit Nomaden (Zwangsansiedlung) oder Viehzüchtern (im Hinblick auf die Nutzung von Boden) sowie die Ausbeutung von Bodenschätzen mit meist dramatischen ökologischen Folgen, zumal diese Exploration nicht den Herkunftsregionen nutzt, sondern primär den Regionen in Zentral- und Ostchina, die die Rohstoffe verarbeiten.

Kulturell gesehen, hat der Staat bei seiner Minderheitenpolitik stets zwischen »fortschrittlichem« oder »gesundem« und »rückständigem« oder »ungesundem«

148 Thomas Heberer (1984): Übersetzung und Kommentar zum neuen »Gesetz über die Gebietsautonomie der Nationalitäten der VR China«, in: *China aktuell*, Oktober, S. 601-609. Eine Neufassung des Autonomiegesetzes im Jahr 2001 hat zahlreiche Klauseln präzisiert, aber keine grundlegenden Veränderungen vorgenommen, siehe den Gesetzestext (in Chinesisch) unter http://www.gov.cn/test/2005-07/29/content_18338.htm (aufgerufen am 10.06.2013).

149 Dazu: Dieter Blumenwitz (1995): *Volksgruppen und Minderheiten. Politische Vertretung und Kulturautonomie*. Berlin: Gebr. Mann, S. 95f.

150 Renmin Ribao, 3.10.2014; <http://politics.people.com.cn/n/2014/1003/c1001-25775995.html> (aufgerufen am 27.4.2016).

151 Einen Überblick darüber gibt Xiaowei Zang (2015): *Ethnicity in China*. Cambridge: John Wiley & Sons, S. 55ff.

Brauchtum unterschieden. Auch wenn er in den letzten Jahrzehnten die Kulturen der Minderheiten stärker fördert, so doch eher im Hinblick auf Kommerzialisierung und Vermarktung. Staatliche Eingriffe in religiöses Brauchtum rufen immer wieder Unmut hervor. In vielerlei Hinsicht nimmt zudem das Bildungswesen in den Minoritätengebieten zu wenig Rücksicht auf die Sprachen, Schriften oder die Geschichte der betreffenden Völker. In höheren Schulformen wird meist nur noch die »Han-Sprache« Mandarin unterrichtet. Das Ergebnis ist, dass immer mehr Kinder aus ethnischen Minderheiten ihre eigene Sprache nur noch rudimentär oder gar nicht mehr sprechen können und vor allem die gebildeten Schichten im Interesse des beruflichen Fortkommens ihrer Kinder keinen Wert mehr auf die Ausbildung in der eigenen Sprache legen.

Schließlich rufen Phänomene, die im Zuge des Modernisierungsprozesses auftreten und von sozialem Wandel begleitet werden, Konflikte hervor. Diese Prozesse werden zum Teil wahrgenommen als Bedrohung ethnischer Identität, das heißt als Phänomene, die ethnische Zugehörigkeit, Sozialorganisation und Siedlungsweisen, Religion und traditionelles Brauchtum, Sprache und Schrift aufweichen und erodieren und daher zu ethnischer Auflösung oder Akkulturation führen. Dazu kommt die massive Zuwanderung von Han-Bevölkerung und die Abwanderung (Migration) von Angehörigen der eigenen Ethnie vor dem Hintergrund von Armut und Unterentwicklung.

Während bei einigen größeren Minoritäten das Moment der ethnischen Identität und des ethnischen Selbstbewusstseins zugenommen hat, das heißt das Moment der Ethnizität wie bei Uiguren und Tibetern, schreitet der Assimilierungsprozess bei anderen rasch fort. Die Mandchuren, das Trägervolk der letzten Kaiserdynastie, waren schon vor Gründung der Volksrepublik China weitgehend assimiliert worden. Bei anderen wurde dieser Prozess durch soziale Wandlungs- und Migrationsprozesse vor allem in der Mao-Ära beschleunigt. Kleineren Randgruppen wiederum wie den nordostchinesischen Jäger-völkern (Dahuren, Ewenken, Hezhe, Oroqen) droht die Assimilierung aufgrund des staatlicherseits eingeleiteten ökonomischen Wandels, gekennzeichnet durch erzwungenen sesshaften Ackerbau für Nomaden sowie Jäger und Sammler infolge des von oben oktroyierten »Kulturwandels« (Verbot schamanistischer und animistischer Rituale und Praktiken beziehungsweise Eingriffe in das

Brauchtum diese Völker). Vor allem in Xinjiang und in Tibet gibt es starke Bestrebungen im Hinblick auf größere Selbstentscheidungsrechte und in Xinjiang islamistische und terroristische Aktivitäten, auch wenn die Letzteren von der Bevölkerungsmehrheit abgelehnt werden.

In der chinesischen Nationalitätenpolitik seit den 1950er Jahren gibt es durchaus erfolgreiche Ansätze ethnischer Gleichstellung und Gleichberechtigung. Erstmals wurde Mitte der 1950er Jahre die Existenz von über 50 verschiedenen ethnischen Minderheiten anerkannt. Die Verfassung und eine Vielzahl von Gesetzen untersagten Diskriminierung und sollten Gleichheit gewährleisten. Sie schützten partiell die Kultur, und eine Selbstverwaltungspolitik (Gebietsautonomie) gestand ethnischen Minoritäten Sonderrechte zu. Auch individuell wurden Angehörigen ethnischer Minderheiten Formen spezifischer Vorzugsbehandlung eingeräumt, etwa im Hinblick auf Hochschulzugang, Geburtenplanung, Verwendung von Sprachen und Schriften, teilweise auch im Hinblick auf kulturelle Spezifika. Ferner gibt es schriftlich fixierte sowie prozentual festgelegte Vertretungsrechte für die ethnischen Minoritäten in den Parlamenten (Volkskongressen) aller Ebenen. Doch wir wissen, dass all dies eine wirkliche Gleichberechtigung der Nationalitäten in China nicht zu realisieren vermochte.

Vor allem in Zeiten politischer Radikalisierung (etwa in der Mao-Zeit) kam es zu forcierter Assimilationspolitik, bevölkerungsmäßiger Majorisierung ethnischer Gebiete durch Migration, gezielte Verfolgung ethnischer Eliten und kulturellen Einschränkungen – Traumata, die bis heute im Bewusstsein der Minoritäten fortwirken.

Ethnische Unruhen in den tibetischen Gebieten (2008) und in Xinjiang (2009) führten innerhalb der politischen Führung und unter chinesischen Intellektuellen zu einer Debatte über notwendige Änderungen im Hinblick auf die Nationalitätenpolitik. Vorschläge zur Ausweitung der Selbstverwaltungsrechte und eine sensiblere Politik gegenüber den ethnischen Minderheiten blieben dabei weitgehend ungehört. Prominenteste Vertreter aus dem akademischen Raum waren der Soziologieprofessor Ma Rong (Universität Peking) und die Qinghua-Professoren Hu Angang und Hu Lianhe auf der einen Seite und Hao Shiyuan (Chinesische Akademie für Sozialwissenschaften) auf der anderen. Die eine Seite vertrat die Meinung, Sonderrechte für ethnische Minoritäten und die Betonung ethnischer Zugehörigkeit hätten nicht zu einem

Mehr an Integration, sondern zu stärkerer Segregation und einer Überbetonung ethnischer Spezifika geführt. Statt nationale Kohärenz sei die Frage der Selbstverwaltung in den Mittelpunkt gestellt worden. Assimilierung und Hanifizierung (*hanhua*) seien aber notwendige Begleiterscheinungen von Modernisierungsprozessen. Wie in den USA sollten Minderheitenfragen als individuelle und nicht als politische Fragen angesehen werden.¹⁵² Hu Angang und Hu Lianhe sprachen sich in diesem Sinne für eine »zweite Generation ethnischer Politik« aus, verbunden mit der Abschaffung der Anerkennung jeglicher ethnischer Zugehörigkeit, der Beseitigung des Systems der Selbstverwaltung und der Förderung von Regionen statt ethnischer Gruppen sowie einer Verstärkung der Erziehung in der han-chinesischen Sprache.¹⁵³ Die andere Seite argumentierte mit Hao Shiyuan, nicht die bisherige Nationalitätenpolitik, sondern die Stigmatisierung und Diskriminierung der ethnischen Minderheiten sowie die unzureichende Implementierung der Nationalitätenpolitik seien das Kernproblem.¹⁵⁴

Die politische Führung sieht derzeit keinen Bedarf für eine Veränderung der Nationalitätenpolitik. Ohnehin gilt die Nationalitätenfrage nicht als Kernthema im gegenwärtigen Reformprozess, sondern wird primär unter dem Aspekt nationaler Sicherheitspolitik verhandelt. Mit der Modernisierung der Minderheitenregionen – so das Argument – werde sich das Problem der Integration und der Schaffung einer *zhonghua minzu*, eines einheitlichen »chinesischen Volkes«, ohnehin lösen. Xi Jinping äußerte sich in einer Rede über die ethnischen Konstellationen 2014 zunächst abschließend in dem Sinne, dass sich die bisherige Nationalitätenpolitik und die Politik regionaler Autonomie bewährt hätten und fortgeführt werden müssten. Gleichzeitig müssten jedoch die Momente ethnischen Austauschs und ethnischer Vermischung, bilin-

gualer Erziehung und des Aufbaus von interethnischen Gemeinschaften stärker gefördert werden, so dass von einer stärker assimilierenden Politik in der nahen Zukunft auszugehen ist.¹⁵⁵

11. Fazit

In dieser Studie haben wir zunächst einen Überblick über die Wandlungsprozesse seit Beginn der Reformen gegeben. Mithilfe des Begriffsfelds »Entwicklungsstaat« haben wir versucht, die gegenwärtigen innenpolitischen Konstellationen und Interaktionen zu konkretisieren und analytisch zu erfassen. Die Klassifizierung des politischen Systems als »autoritär« trägt nur wenig zur Erkenntnis und zum Verständnis der inneren Dynamik und Prozesse in China bei. Der chinesische Entwicklungsstaat selbst unterliegt einem periodischen Veränderungsprozess. Den aktuellen haben wir daher als »Entwicklungsstaat 3.0« klassifiziert. Trotz aller Probleme und Konflikte haben wir dem politischen System das Moment von Staatskapazität zugeordnet. Dieses System weist ferner ein relativ hohes Maß an Stabilität auf und besitzt (relative) Legitimität innerhalb der Bevölkerung. Je nach Sachlage und Konfliktpotenzial ist der Partei-Staat dabei in der Lage, gegebenenfalls vom Normalmodus in einen Krisen- und/oder in einen Transitionsmodus zu wechseln, um auf größere Spannungsfelder, die Intensivierung von Konflikten, ökonomische Verwerfungen oder eine Transformation des Wachstums- und Entwicklungsmodells und die damit verbundenen Spannungen entsprechend zu reagieren. Ein solch flexibler Entwicklungsstaat verfügt zugleich über Repressionskapital, das er intensiv einsetzt, etwa gegen Rechtsanwälte, Journalisten und kritische Intellektuelle, wenn er glaubt, Ordnung und Stabilität seien gefährdet.

Lokale Entwicklungen spielen über zentrale Politik hinaus eine wichtige Rolle und wurden daher in die Analyse einbezogen. Denn ein erhebliches Maß an ökonomischer und sozialer Dynamik lässt sich auf die regionale und lokale Ebene und die unteren Verwaltungsebenen zurückführen.

152 Vgl. z. B. Ma Rong (2009): Meiguo ruhe chuli »minzu wenti« (Wie die USA die »Nationalitätenfrage« behandelt), in: *Nanfang Zhoumo (Wochenende in Südchina)*, 16.7.2009; http://www.360doc.com/content/09/07/17/17142_4315477.shtml (aufgerufen am 3.5.2013).

153 Hu Angang/Hu Lianhe, Di erdai minzu zhengce: Cujin minzu jiaorong yiti he fanrong yiti (Die zweite Generation der Nationalitätenpolitik: Gemeinsame ethnische Verschmelzung und gemeinsames Aufblühen), in: *Xinjiang Shifan Daxue Xuebao (Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Xinjiang)*; <http://boxun.com/forum/201204/lilun/2589.shtml> (aufgerufen am 4.5.2013).

154 Hao Shiyuan (2013): Zhongguo minzu zhengce de hexin zhengce bu rong gaibian – pingxi »di erdai minzu zhengce« (Die Kernpolitik der chinesischen Nationalitätenpolitik darf nicht verändert werden – über die »zweite Generation der Nationalitätenpolitik«); <http://site.douban.com/154036/widget/notes/13133662/note/269501671/> (aufgerufen am 5.5.2013). Ein Überblick über die Debatte: Mark Elliott (2015): The Case of the Missing Indigene: Debate over a »Second Generation« Ethnic Policy, in: *The China Journal* 73, S. 186-213.

155 Die entsprechende Rede (Kuoda Xinjiang shaoshu minzu dao neidi juzhu guimo / Den Umfang der nationalen Minderheiten, die ins Landesinnere ziehen, erweitern) vom Mai 2014 findet sich unter: <http://news.sina.com.cn/c/2014-05-29/195830259246.shtml> (aufgerufen am 29.10.2015).

Vom Fokus auf den Staat wandten wir uns sodann dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu, wobei nicht nur *bottom-up*-Entwicklungen dargestellt wurden, sondern zugleich die *top-down*-Rolle des Staates im Hinblick auf die Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen untersucht wurde. Dem Internet als modernem Kommunikationsinstrument kommt dabei eine wichtige Rolle bei der Schaffung eines öffentlichen Raumes zu, auch wenn der Staat sich bemüht, dieses Medium unter stärkere Kontrolle zu nehmen und zugleich als Kontrollinstrument auszubauen. Zugleich lassen sich Grundstrukturen einer zivilen Gesellschaft erkennen, auch wenn es noch ein langer Weg bis zu einer voll entwickelten Zivilgesellschaft sein wird.

Unter der gesellschaftlichen Problemvielfalt wählten wir zwei Themen aus, die meist eher am Rande behandelt werden: den Wertewandel und die Nationalitätenpolitik. Der Wertewandel, begleitet von einer anwachsenden Religiosität, ist Ergebnis des raschen ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Modernisierungsprozesse bewirken für viele Menschen Entwurzelung, Vereinzelung und Entfremdung. Hier stellt sich die Frage, ob traditionelle Denkschulen wie Konfuzianismus oder Daoismus dazu beitragen können, das Wertevakuum zu füllen, oder ob sich letztlich eine Kombination von traditionellen mit »modernen« Wertvorstellungen durchsetzen wird, die auf Bildung, moderne Technologie und neue Beziehungen zwischen den Menschen gründen. Der Staat setzt unter anderem auf nationalistische Strömungen als Kitt für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

China ist von jeher ein Vielvölkerstaat, auch wenn die ethnische Mehrheit weit über 90 Prozent der Bevölkerung stellt. Bei diesen Größenverhältnissen ist ein Zerfall Chinas anhand ethnischer Linien kaum vorstellbar. Das mangelnde Verständnis der politischen Führung von der Komplexität der »Nationalitätenfrage« verstellt zurzeit den Blick auf mögliche Lösungsoptionen zur Vermeidung beziehungsweise Minimierung von ethnischen Konflikten.

Im Zentrum dieser Studie steht jedoch die »soziale Frage«: Seit dem Beginn der Reformperiode hat der Entwicklungsstaat 2.0 und das von ihm konzertierte chinesische Wirtschaftswunder einige entscheidende und weltweit einzigartige Erfolge hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung zu verbuchen. Es sind neue Mittelschichten

entstanden, welche eine Projektionsfläche für die Wünsche nach sozialem Aufstieg, Konsum und dem unter Xi Jinping propagierten »chinesischen Traum« bilden. Chinesische Wissenschaftler sehen in den Mittelschichten einen der Stabilitätsgaranten des Entwicklungsstaates. Auch bei der Armutsbekämpfung konnte der Entwicklungsstaat 2.0 entscheidende Erfolge erzielen. Hinsichtlich der Bekämpfung absoluter Armut, welche sich vor allem auf dem Land konzentriert, nimmt China weltweit eine Führungsrolle ein.

Der Entwicklungsstaat 3.0 sieht sich bei der Umstrukturierung des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Die wachsende soziale Ungleichheit und die damit verbundene relative Armut nehmen hier eine zentrale Position ein. Zwar scheint die Bevölkerung diesbezüglich ein hohes Maß an Toleranz zu haben, sofern die Verteilung als fair wahrgenommen wird. Dennoch widerspricht soziale Ungleichheit im Kern nach wie vor der normativen Selbstbeschreibung der KPCh. Dengs Parole »Lasst einige zuerst reich werden« impliziert letztendlich, dass die intensiviertere soziale Ungleichheit ein Übergangs- und kein Dauerzustand sein soll. Wenn die Binnennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu einer nachhaltigen Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung werden soll, wird eine Senkung der Sparquoten bei chinesischen Familien und Haushalten ein zentraler Schritt zur Realisierung dieses Ziels sein – eingeschlossen eine effektivere Absicherung sozialer Risiken und eine progressivere Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen.

Die chinesische Familie als Institution ist mit einer Reihe von sozialen Funktionen belastet, welche sie an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bringt. Die Mehrheit der älteren Bevölkerung hat keine Rentenansprüche, welche ihr eine unabhängige Lebensgrundlage gewährleisten können. Diese Bevölkerungsgruppe ist auf ihre Kinder angewiesen, was bedeutet, dass ein berufstätiges Paar bis zu vier Elternteile zu versorgen hat. Hinzu kommt in der Regel die Versorgung eines Kindes. Wo die Familien an ihre Leistungsgrenzen stoßen, müssen Prioritäten gesetzt werden, welche oft zulasten der Älteren und der Frauen gehen. Durch den demografischen Wandel verschärft sich die Problematik und eine Entlastung der Familien hinsichtlich der sozialen Sicherheit wird immer dringender.

Um die Jahrtausendwende begann die Zentralregierung, weitreichende Reformen der sozialen Sicherungssysteme einzuleiten. Die städtischen Systeme wurden nach dem Vorbild einer paritätischen Sozialversicherung reformiert. Zusätzlich wurden neue Systeme für die Sozialhilfe, Kranken- und Rentenversicherung geschaffen. Allerdings ist nach wie vor nur eine privilegierte Minderheit effektiv gegen elementare soziale Risiken abgesichert. Insbesondere auf dem Land leisten die bestehenden Systeme nur eine Unterstützung der Familien, welche die Hauptquelle sozialer Sicherheit bleiben.

Eine Ausweitung der Leistungen von staatlichen Sicherungssystemen ist der Schlüssel zu einer effektiven Entlastung der Familien, gleichzeitig markiert sie aber auch einen zentralen Zielkonflikt zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einerseits sollen staatliche Sozialausgaben begrenzt und ein übermäßig großzügiger Wohlfahrtsstaat vermieden werden. Ein solcher Wohlfahrtsstaat würde sich auch in einer höheren Belastung der Wirtschaft durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zeigen. Andererseits sollen die Haushalte stärker als Konsumenten auftreten und damit Zugpferde der wirtschaftlichen Transformation werden, anstatt ihre Einkommen für Rente, Bildung oder Gesundheitsausgaben zu sparen. Eine Ausweitung der Sozialleistungen auf der Basis der gegenwärtigen institutionellen Strukturen würde zudem das *hukou*-System als Faktor der sozialen Stratifizierung stärken; sie liefe Gefahr, durch die Kopplung sozialer Leistungen an den Ort der Registrierung Anreize gegen die Mobilität von Arbeitskräften zu setzen, was das Wachstum der Wirtschaft bremsen würde. Mit der Integration städtischer und ländlicher Versicherungssysteme und der Schaffung von Portabilitätsmechanismen über Stadt- und Provinzgrenzen hinweg ist die Anpassung dieser Strukturen an die Mobilität des Faktors Arbeit und die Urbanisierung in vollem Gange. Nichtsdestotrotz bleiben die zu überwindenden Herausforderungen gewaltig.

Politisch gesehen, ist kurz- und mittelfristig kein Regimewandel zu erwarten. Auch mit Reformen wie der Etablierung eines unabhängigen Rechtssystems oder von Gewaltenteilung ist nicht zu rechnen. Allerdings sind weitere Reformen abzusehen, etwa im Hinblick auf die Transformation des ökonomischen Modells, politische Institutionalisierung und Verbesserung von *governance*. Politische Reformen im Sinne tiefgehenden politischen Wandels sind nicht in Aussicht. Die politische Führung fürchtet zu sehr, eine zeitgleiche Parallelität von grund-

legenden Wirtschafts- und politischen Reformen könne zu Instabilität führen und das gesamte politische System ins Wanken bringen. Erst für die Zeit nach der Schaffung einer stabilen Wirtschaftsbasis sind politische Reformen vorgesehen. Ob die Befürchtungen, das Ausbleiben politischer Reformen werde sich letztlich negativ auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken, zur Realität werden, bleibt abzuwarten.

Zhao spricht von »effizienzgetriebenen« politischen Reformen, womit gemeint ist, dass Reformen der Effektivierung des gegenwärtigen Systems und der weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dienen sollen.¹⁵⁶ Gedacht ist an größere Transparenz im Hinblick auf das Agieren von Partei und Staat auf allen Ebenen, ein zunehmendes Maß an kontrollierter Partizipation der Bevölkerung im Sinne der Kontrolle der Regierungen und Behörden, die Offenlegung der Einkommen höherer Funktionäre und Abgeordneten der Parlamente (Volkskongresse), striktere Evaluierungen der Politikgestaltung und Politikumsetzung von Funktionären durch höhere Ebenen, die Abschaffung von Folter und Lager zur Umerziehung durch Arbeit sowie die Durchsetzung der Befolgung bestehender Gesetze.

Nicht zu Unrecht argumentieren viele chinesische Wissenschaftler, dass sich Demokratie nicht einfach einführen lässt und dass ein demokratisches System mehr erfordert als demokratische Institutionen wie Gewaltenteilung, ein unabhängiges Rechtssystem oder ein Mehrparteiensystem. Ein stabiles politisches Gebilde verlangt spezifische Voraussetzungen, damit sich demokratische Strukturen entwickeln und stabilisieren können. Dazu gehören neben zivilgesellschaftlichen Strukturen größere Freiheiten für Medien und NGOs, die Herausbildung von Bürgersinn und Bürgerpflichten, ein funktionierendes Rechtssystem, das die Bürger vor staatlicher Willkür schützt, Rechtsbewusstsein sowohl der Bürger als auch der Beamtschaft und zivile Formen von Konfliktlösung. Zivilgesellschaftliche Strukturen, ein Bürgerbewusstsein und ein funktionierendes Rechtssystem befinden sich noch in einer frühen Entwicklungsphase. Demokratie erfordert auch ein Bewusstsein der Menschen, dass Demokratie etwas Gelebtes sein muss, ein Lebensgefühl, das man wollen und an dem man sich

156 Suisheng Zhao (1997): Political reform and changing one-party rule in Deng's China, in: *Problems of Post-Communism* 44 (5), S. 13-21.

beteiligen muss. Diese kognitive Seite einer Demokratisierung wird häufig übersehen.

Der chinesische Staat fungiert heute nicht einfach als »Entwicklungsagentur«, sondern zugleich als politischer Unternehmer und politischer Architekt, der funktionierende Strukturen schaffen und das Land entwickeln will. Von daher ist der Partei-Staat im gegenwärtigen China eine Entwicklungsagentur mit »infrastruktureller Macht«. Dazu gehören politische Durchsetzungsfähigkeit, die Kapazität, die dafür erforderlichen Ressourcen zu generieren, sowie effektive Politikimplementierung.¹⁵⁷ Dazu zählt aber gleichermaßen die Fähigkeit, gesellschaftliche Gruppen in Entscheidungsprozesse einzubinden und dafür erforderliche Institutionen zu bilden. Und dies erfordert zugleich, gesellschaftliche Fragmentierung zu vermeiden und dringend zu lösende ökonomische, politische und soziale Fragen wie wachsende Einkommensdisparitäten, Umwelt- und ökologische Probleme oder weit verbreitete Korruption anpacken und lösen zu können und so Stabilität zu wahren. Dies sind die Kernaufgaben des Entwicklungsstaats 3.0, wobei abzuwarten bleibt, ob es der gegenwärtigen Führung gelingen wird, diese Fragen effektiv zu lösen.

¹⁵⁷ Siehe Michael Mann (1993): *The Sources of Social Power*, vol. II: *The Rise of Classes and Nation-States*. Cambridge et al.: Cambridge University Press, S. 5.



- Attané**, Isabelle (2016): *La Chine à bout de souffle. Le fardeau de la démographie*. Saint-Amand-Montrond: Fayard.
- Billioud**, Sebastian/Joel Thoraval (2015): *The Sage and the People. The Confucian Revival in China*. Oxford et al.: Oxford University Press.
- Blumenwitz**, Dieter (1995): *Volksgruppen und Minderheiten. Politische Vertretung und Kulturautonomie*. Berlin: Gebr. Mann.
- Chau**, Adam Yuet (2009): Expanding the Space of Popular Religion: Local Temple Activism and the Politics of Legitimation in Contemporary Rural China, in: Yoshiko Ashiwa/David Wank (Hrsg.): *Making religion, making the state*. Stanford: Stanford University Press, S. 211-240.
- Chen**, Yingfang (2009a): Les mouvements de protestation des classes moyennes, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 187-219.
– (2009b): »Chaîne d'intérêts« et absorption des migrants en ville, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 75-92.
- Damm**, Jens (2003): Internet and the Fragmented Political Community, in: *IIAS Newsletter*, 33, S. 10.
- Davies**, Gloria/Gaby Ramia (2008): Governance Reform towards »Serving Migrant Workers«. The Local Implementation of Central Government Regulations, in: *The China Quarterly*, 193, S. 140-149.
- deLisle**, Jacques/Avery Goldstein/Guobin Yang (Hrsg.) (2016): *The Internet, Social Media, and a Changing China*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Deng**, Xiaoping (1992): Zai Wuchang, Shenzhen, Zhuhai, Shanghai deng di de tanhua yaodian, Deng Xiaoping wenxuan, vol. 3, S. 370-383; English version: Excerpts from talks given in Wuchang, Shenzhen, Zhuhai and Shanghai (January 18-February 21), in: Selected Works of Deng Xiaoping, vol. III (1982-1992), S. 358-370.
- Duckett**, Jane (2011): *The Chinese State's Retreat from Health. Policy and the Politics of Retrenchment*. London, New York: Routledge.
- Easton**, David (1965): *A System Analysis of Political Life*. New York et al.: Wiley.
- Elliott**, Mark (2015): The Case of the Missing Indigene: Debate over a »Second Generation« Ethnic Policy, in: *The China Journal*, 73, S. 186-213.
- Floracruz**, Michelle (2016): Are Chinese Wives Becoming Relationship Breadwinners? Chinese Women Continue To Defy Traditional Chinese Gender Roles; <http://www.ibtimes.com/are-chinese-wives-becoming-relationship-breadwinners-chinese-women-continue-defy-traditional-chinese> (aufgerufen am 20.03.2016).
- Frazier**, Mark W. (2010): *Socialist Insecurity. Pensions and the Politics of Uneven Development in China*. Ithaca: Cornell University Press.
- Freedom House Country Report China** »Freedom on the Net« 2015; <https://freedomhouse.org/report/freedom-net/2015/china> (aufgerufen am 29.10.2015).
- Gaetano**, Arianne M. (2015): *Out to work. Migration, Gender, and the Changing Lives of Rural Women in Contemporary China*. Honolulu: University Of Hawai'i Press.
- Gandhi**, Jennifer/Adam Przeworski (2007): Authoritative Institutions and the Survival of Autocrats, in: *Comparative Political Studies*, vol. 40/11, S. 1279.
- Géographie des progrès de la condition féminine** (2015): Le Monde Diplomatique (französische Ausgabe), Juli, S. 9.
- Gilley**, Bruce (2009): *The Right to Rule: How States Win and Lose Legitimacy*. New York: Columbia University Press.
- Groot**, J. J. M. de (1921): *Die Hunnen der vorchristlichen Zeit*. Berlin, Leipzig: Walter de Gruyter.
- Gough**, Ian/Geof Wood (Hrsg.) (2004): *Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hao**, Shiyuan (2013): Zhongguo minzu zhengce de hexin zhengce bu rong gaibian – pingxi »di erdai minzu zhengce« (Die Kernpolitik der chinesischen Nationalitätenpolitik darf nicht verändert werden – über die »zweite Generation der Nationalitätenpolitik«); <http://site.douban.com/154036/widget/notes/13133662/note/269501671/> (aufgerufen am 5.5.2013).
- Heberer**, Thomas (1984): Übersetzung und Kommentar zum neuen »Gesetz über die Gebietsautonomie der Nationalitäten der VR China«, in: *China aktuell*, Oktober, S. 601-609.
- (2001): Die Nationalitätenfrage in China am Vorabend des 21. Jahrhunderts. Konfliktsachen, ethnische Reaktionen, Lösungsansätze und Konfliktprävention, in: G. Schubert (Hrsg.): *China: Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert*. Hamburg: Institut für Asienkunde, S. 81-134.
- (2003): *Private Entrepreneurs in China and Vietnam. Social and Political Functioning of Strategic Groups*. Leiden, Boston: China Studies.
- (2008): Falungong: soziales, politisches und religiöses Phänomen zwischen Tradition und Modernisierungsrust, in: Wiebke Koenig/Karl-Fritz Daiber (Hrsg.): *Religion und Politik in der Volksrepublik China*. Würzburg: Ergon-Verlag, S. 289-312.
- (2012): China – Creating Civil-Society Structures Top-down? In: Jianxing Yu/Sujian Guo (Hrsg.): *Civil Society and Governance in China*. New York et al. New York: Palgrave Macmillan, S. 63-84.
- (2016): Strategic Behavior of Private Entrepreneurs in China – Collective Action, Representative Claims, and Connective Action. Working Papers of East Asian Studies, 108, May. University Duisburg-Essen; https://www.uni-due.de/imperia/md/content/in-east/about/publications_green_series/paper108-2016.pdf (aufgerufen am 22.11.2016).
- Heberer**, Thomas/Christian Göbel (2013): *The Politics of Community Building in Urban China*. London/New York: Routledge, S. 104ff.

- Heberer**, Thomas/Gunter Schubert (2008): *Politische Partizipation und Regimelegitimität in der Volksrepublik China*, Bd. 1: Der urbane Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 81ff.
- Heberer**, Thomas/Gunter Schubert (2012): County and Township Cadres as a Strategic Group. A New Approach to Political Agency in China's Local State, in: *Journal of Chinese Political Science*, vol. 17, No. 3, S. 221-249.
- Heilmann**, Sebastian (2002): *Das politische System der Volksrepublik China*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hu**, Angang/Lianhe Hu, Di erdai minzu zhengce: Cujin minzu jiaorong yiti he fanrong yiti (Die zweite Generation der Nationalitätenpolitik: Gemeinsame ethnische Verschmelzung und gemeinsames Aufblühen), in: *Xinjiang Shifan Daxue Xuebao (Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Xinjiang)*; <http://boxun.com/forum/201204/lilun/2589.shtml> (aufgerufen am 4.5.2013).
- Hussain**, Athar (1990): Rural Social Welfare in China, in: Jørgen Delman/Clemens Stubbe Østergaard/Flemming Christensen (Hrsg.): *Remaking Peasant China. Problems of Rural Development and Institutions at the Start of the 1990s*. Aarhus: Aarhus University Press, S. 139-156.
- (2007): Social Security in Transition, in: Vivienne Shue/Christine Wong (Hrsg.): *Paying for Progress in China: Public Finance, Human Welfare and Changing Patterns of Inequality*. New York: Routledge, S. 97-116.
- Jacka**, Tamara/Andrew B. Kipnis/Sally Sargeson (2013): *Contemporary China. Society and Social Change*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jiang**, Zemin (2001): Zai qingzhu Zhongguo Gongchandang chengli bashi zhounian dahuishang de jianghua (Rede auf der Versammlung zur Feier des 80. Jahrestages der Gründung der KPCh), in: He Yiting (Hrsg.): *Xuexi Jiang Zemin »qi yi« jianghua fudao wenda (Fragen und Antworten zum Studium der Rede Jiang Zemins vom 1. Juli)*. Beijing: Dangjian Duwu Chubanshe, S. 17-19.
- Johnson**, Chalmers (1982): *MITI and the Japanese Miracle*. Stanford: Stanford University Press.
- Khan**, Azizur Rahman/Carl Riskin (2001): *Inequality and Poverty in China in the Age of Globalization*. New York: Cambridge University Press.
- Khan**, Azizur Rahman/Carl Riskin (2005): China's Household Income and Its Distribution, 1995 and 2002, in: *The China Quarterly*, 182, S. 356-384, 363ff.
- King**, Gary/Jennifer Pan/Margaret E. Roberts (2013): How Censorship in China Allows Government Criticism but Silences Collective Expression, in: *American Political Science Review*, 107, No. 2, May, S. 1-18.
- Klotzbücher**, Sascha (2006): *Das ländliche Gesundheitswesen der VR China: Strukturen, Akteure, Dynamik*. Frankfurt: Peter Lang.
- Leftwich**, Adrian (2000): *States of Development. On the Primacy of Politics in Development*. Cambridge: Polity.
- Li**, Cheng (2015): Introduction. Bringing Ethics Back into Chinese Discourse, in: He Huaihong: *Social Ethics in a Changing China. Moral Decay or Ethical Awakening?* Washington, D.C.: Brookings Institution Press, S. xii.
- Li**, Chunling (2009): Migrations villes-campagnes et mobilité sociale, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 47-73.
- Li**, Gan (2015): Zhongguo zhongchan jieji renshu yi chaoguo liang yi (Die Zahl der Angehörigen der Mittelschicht übersteigt bereits 200 Millionen), Souhu Caijing, 17.11.2015; <http://business.sohu.com/20151117/n426657041.shtml> (aufgerufen am 22.4.2016).
- Li**, Qiang (2009): La classe moyenne chinoise dans un parcours de sociologue, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 133-140.
- Li**, Shi/Hiroshi Sato/Terry Sicular (Hrsg.): *Rising Inequality in China. Challenges to a Harmonious Society*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Liang**, Qichao (2005): Politische Artikel, in: Liang Qichao zuopin jingxuan (Ausgewählte Schriften Liang Qichaos), Wuhan, S. 3-180.
- Lin**, Yutang (2016): *Mein Land und mein Volk*. Hrsg. und mit einer Einführung von Thomas Heberer, 2. Auflage. Esslingen: Drachenhaus Verlag.
- Luo**, Chuliang/Terry Sicular (2013): Inequality and Poverty in Rural China, in: Shi Li/Hiroshi Sato/Terry Sicular (Hrsg.), S. 197-229.
- Lüthje**, Boy/Siqi Luo/Hao Zhang (2013): *Beyond the Iron Rice Bowl. Regimes of Production and Industrial Relations in China*. Frankfurt am Main: Campus.
- Ma**, Rong (2009): Meiguo ruhe chuli »minzu wenti« (Wie die USA die »Nationalitätenfrage« behandelt), in: Nanfang Zhoumo (Wochenende in Südchina), 16.7.2009; http://www.360doc.com/content/09/07/17/17/142_4315477.shtml (aufgerufen am 3.5.2013).
- Mann**, Michael (1993): *The Sources of Social Power*, vol. II: The Rise of Classes and Nation-States. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller**, Armin (2016): Hukou and Health Insurance Coverage for Migrant Workers, in: *Journal of Current Chinese Affairs*, 45, S. 2.
- Nathan**, Andrew J. (2003): Authoritarian Resilience, in: *Journal of Democracy*, 1, S. 6.
- National** Bureau of Statistics (Hrsg.) (2015): *Zhongguo Tongji Nianjian (Statistical Yearbook of China)*. Beijing: Zhongguo Tongji Chubanshe.
- o. V.** (2016): »Staatsrat veröffentlicht Revisionsentwurf der Vorschriften für religiöse Angelegenheiten«, in: *China heute*, 3, S. 140-142.



- o. V. (2015): »Zhongguo qiye shehui zeren wang« (Social responsibility of Chinese enterprises net); [qihttp://www.chinacsr.cn](http://www.chinacsr.cn) (aufgerufen am 5.12.2015).
- Ohno, Kenichi (2013): The East Asian Growth Regime and Political Development, in: K. Ohno/Izumi Ohno (Hrsg.): *Eastern and Western Ideas for African Growth. Diversity and Complementarity in Development Aid*. New York: Routledge, S. 30-52.
- PiBler, Knut Benjamin (2016): Foreign NGOs in China revisited (2016): Zwischen Zivilgesellschaft und Überwachungsstaat, in: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, 23, S. 117-124.
- Przeworski, Adam (2014): Parties, States, and Economic Reforms in the Soviet Union and China, paper presented at the international conference »Governance, Adaptability and Institutional Stability under Contemporary One-party Rule: Comparative Perspectives« at Nanchang University, Nanchang, March, 27-29.
- Qin, Gao/Carl Riskin (2009): Market versus Social Benefits: Explaining China's Changing Income Inequality, in: Deborah S. Davis/Feng Wang (Hrsg.): *Creating Wealth and Poverty in Postsocialist China*. Stanford: Stanford University Press, S. 20-36.
- Renmin Ribao, 3.10.2014; <http://politics.people.com.cn/n/2014/1003/c1001-25775995.html> (aufgerufen am 27.4.2016).
- Rocca, Jean-Louis (Hrsg.) (2008): *La société chinoise vue par ses sociologues. Migrations, villes, classe moyenne, drogue, sida*. Paris: Presse de Sciences Po.
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratiethorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Shi, Li/Chuliang Luo/Terry Secular (2013): Overview: Income Inequality and Poverty in China, 2002-2007, in: Shi Li/Hiroshi Sato/Terry Sicular (Hrsg.), S. 44-84.
- Slater, Dan/Sofia Fenner (2011): State Power and Staying Power: Infrastructural Mechanisms and Authoritarian Durability, in: *Journal of International Affairs*, Fall/Winter, vol. 65, No. 1, S. 16.
- Solinger, Dorothy J. (2010): The urban Dibao: Guarantee for Minimum Livelihood or for Minimal Turmoil? In: Christopher J. Webster/Fulong Wu (Hrsg.), S. 253-277.
- Sun, Li /Tao Liu (2014): Injured but not Entitled to Legal Insurance Compensation. Ornamental Institutions and Migrant Workers' Informal Channels in China, in: *Social Policy and Administration*, 48, Nr. 7, S. 905-922.
- Sztompka, Piotr (1993): Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 2, S. 88f.
- The Decision on Major Issues Concerning Comprehensively Deepening Reforms (abridged version):** http://www.china.org.cn/china/third_plenary_session/2013-11/16/content_30620736_4.htm Chinese version: http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/15/c_118164235.htm (aufgerufen am 4.12.2015). Der Beschluss Nr. 25 (2014) des Staatsrats zum hukou-System sieht explizite dessen Modifizierung vor; http://www.gov.cn/zhengce/content/2014-07/30/content_8944.htm (aufgerufen am 22.4.2016).
- Website** »Li Bang«, http://www.ecocolor.com.cn/?utm_source=baidu&utm_medium=cpc&utm_term=119150&utm_campaign=c149&utm_content=g1240 (aufgerufen 05.12.2015).
- Webster, Christopher J./Fulong Wu (Hrsg.) (2010): *Marginalization in Urban China. Comparative Perspectives*. New York: Palgrave Macmillan.
- Weller, Robert P. (2001): *Alternative Civilities. Democracy and Culture in China and Taiwan*. Boulder: Westview Press.
- Wen, Yunchao (2009): http://www.tudou.com/programs/view/rs4E_bUBTmY (aufgerufen am 23.1.2009).
- Wenzel-Tauber, Katharina (2015): Statistisches Update 2014 zu Religionen und Kirchen in der Volksrepublik China, in: *China heute*, 1, S. 22-34.
- Whyte, Martin King (2010): *Myth of the Social Vulcano*. Stanford: Stanford University Press.
- Wong, Linda (1998): *Marginalization and Social Welfare in China*. New York: Routledge.
- World Bank (Hrsg.) (1997): *World Development Report 1997*. Oxford et al.: World Bank.
- Woronov, Terry (2016): *Class Work: Vocational Schools and China's Urban Youth*. Stanford: Stanford University Press.
- Xi, Jinping (2015): Rede auf der Arbeitssitzung der Abteilung Einheitsfront des ZK im Mai 2015; <http://boxun.com/news/gb/intl/2015/05/201505211257.shtml#.VkspyPkvd1g> (aufgerufen am 17.11.2015).
- Yan, Yunxiang (2003): *Private Life under Socialism. Love, Intimacy, and Family Change in a Chinese Village, 1949-1999*. Stanford: Stanford University Press.
- Yang, Guobin (2009): *The Power of the Internet in China: Citizen Activism Online*. New York: Columbia University Press.
- Yu, Keping (2013): Zhongguo zhili bianqian 30 nian (1978-2008) (30 Jahre Veränderung von Governance in China), Jilin Daxue Shehui Kexue Xuebao, 5 December 2013; http://www.gmw.cn/xueshu/2013-12/05/content_9710161_6.htm (aufgerufen am 1.2.2015).
- Yu, Yingshi (2015): Dalu tichang rujia shi rujia de siwang zhi wen (Bei dem vom Festland vorgetragenen Konfuzianismus handelt es sich um den Todeskuss des Konfuzianismus); http://blog.sina.com.cn/s/blog_5d8bebefd0102v4cv.html (aufgerufen am 17.11.2015).
- Zang, Xiaowei (2015): *Ethnicity in China*. Cambridge: John Wiley & Sons.
- Zhang, Wei (2005): *Sozialwesen in China*. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Zhao, Suisheng (1997): Political reform and changing one-party rule in Deng's China, in: *Problems of Post-Communism*, 44 (5), S. 13-21.



Zheng, Bingwen/Qingbo Gao/Huan Yu (2010): Xin Zhongguo shehui baozhang zhidu de bianqian yu fazhan (The Changes and Development of Social Security in the New China), in: Jiagui Chen/Yanzhong Wang (Hrsg.): *Zhongguo shehui baozhang fazhan baogao (Report on the Development of Social Security in China)*. Beijing Shehui Kexue Wenxian Chubanshe, S. 1-52.

Zheng, Yongnian (2007): *Technological Empowerment: The Internet, State, and Society in China*. Stanford: Stanford University Press.

Zhongguo quyuan jingji tongji nianjian 2014 (Chinesisches Jahrbuch für regionale Wirtschaft 2014).

Zhou, Xiaohong (2009): La classe moyenne chinoise, in: Jean-Louis Rocca (Hrsg.), S. 141-159.



Über die Autoren

Prof. Dr. Thomas Heberer ist Seniorprofessor für Politik & Gesellschaft Chinas an der Universität Duisburg-Essen:
<http://uni-due.de/oapol/>

Dr. Armin Müller ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Gesellschaft und Wirtschaft des modernen China am Ostasiatischen Seminar (Institut für Soziologie) der Georg-August-Universität Göttingen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik
Tel.: +49-30-26935-7450 | Fax: +49-30-26935-9250
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt hier:
Almut.Weiler@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-95861-681-3